

SOZIALISTEN

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzeln-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11 864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 36.

Berlin, den 3. September 1911.

15. Jahrg.

Bum Generalstreik der Transportarbeiter in England.

Eine Warnung an die deutschen Gehegeber.

„Eine Brandfackel ist geschleudert, und kein Mensch, auch die nicht, die sie geschleudert haben, können sagen wie weit der Brand um sich greifen wird. Zündstoff, das haben die letzten Tage gezeigt, ist leider genug, mehr als genug in England, einen riesigen Brand zu entfachen. Kräfte, die in dunklen Tiefen lagen, sind mit einem Male entfacht und reden trotz der Brust, Instinkte, von einer winzigen Oberschicht bisher niedergehalten, sprengen das Joch und ringeln sich ungezügelt empor. An die vom Lärmel ergriffenen Schichten heftet sich der Mob voll der Gellüste nach Brand, Mord und Plünderung, und bei dieser plötzlich in Bewegung geratenen Masse verschwinnt alles im Stampfgetöse, Wuschrei und Gewalttat. Aus dunklen Tiefen brodelte es auf, aus Tiefen, die einst Revolutionen geboren.“

So die „Neue Freie Presse“, das Organ der Großbourgeoisie, der Intelligenz und der Regierung Oesterreichs. Es ist ein treffender Spiegel dessen, was in den Köpfen des Bürgertums während des Generalstreiks der englischen Transportarbeiter vorging. Schlatternde Angst und tiefes Bangen vor dem erwachten riesigen Proletariat spricht aus diesen Zeilen, die Angst um den Geldsack nicht weniger, als die um die fernere Möglichkeit der Ausbeutung und Beherrschung der Massen. Dieser Feuerbrand des wirtschaftlichen Kampfes läßt die Besitzenden erschauern vor den schließlichen Konsequenzen ihrer Ausbeutungs- und Auspowerungstaktik, er zeigt ihnen mit Feuermalen, wohin der Weg des Kapitalismus an seinem Ende führt. Einzelnen aus der besitzenden Klasse scheint es jetzt traumhaft aufzudämmern, worin die Grundursachen dieser Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit liegen. Ein feiner liberaler Parlamentarier Baron de Forest reichte im Parlament eine Resolution ein, die er in nächster Zukunft begründen möchte und die folgenden Wortlaut hat: „Nach der Ansicht dieses Hauses erleichtern die Verbesserung der Produktions-, Verkehrs- und Transportmittel und die bessere Organisation und das bessere Zusammenarbeiten von Arbeit, Kapital und Austausch beständig die Produktion aller Waren und vermehren den produktiven Wert jeder individuellen Anstrengung; diese Faktoren sollten demgemäß das Angebot aller Waren vermehren, ihre Kosten und die des Lebensunterhalts verringern, den individuellen Arbeitsaufwand, der zur Beschaffung der Waren nötig ist, reduzieren und den Wert des Reallohnes aller Arbeiter relativ erhöhen; das Ausbleiben dieser natürlichen Folgen ist unheilvoll, seine wahre Ursache sollte unverzüglich untersucht werden, und es genügt, um alle Unzufriedenheit und Unruhe der ganzen arbeitenden Bevölkerung zu erklären.“

Der Herr Baron hat zweifellos den Nagel auf den Kopf getroffen. Nur das seinen Worten keine Taten folgen werden. Auch die englische Bourgeoisie huldigt dem Grundsatz: „Alle Reichtümer für uns und nach uns die Sündflut.“ Also wird sie den Warner bei Seite schieben und ihre gier nach vermehrtem Besitz ungeniert und unbekümmert der Folgen solcher Häubertaktik in der Zukunft weiter treiben.

Wie ist es denn gekommen? Englands Meeder, Werft- und Schiffsbesitzer waren es, die sich in der weltumfassenden internationalen Shipping Federation eine Scharfmacherorganisation geschaffen, bestimmt lediglich zu dem Zweck, die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lebenslage mit brutaler Gewalt niederzuhalten. Lange seufzten die englischen Seeleute und Hafenarbeiter unter dem furchtbaren Druck dieser, den egoistischen Ausbeuterinstinkten dienenden Organisation, aber nur so lange bis der Krug voll war und überlief. Lange, lange drohten die Seeleute mit dem Streik, sie wurden, weil sie über eine nur schwache Organisation und wenig Moneten verfügten, einfach von den Meedern ausgelacht.

Die Shipping Federation setzte sich gar aufs hohe Pferd und prahlte, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um eine etwa entstehende Bewegung im Keime zu ersticken. Dieser Prahlerei folgte die Strafe auf dem Fuße. Als begleitendes Finale der Königskrönung mit ihrem mittelalterlichen Firlefanz, dem Nachglanz einer Zeit, da König und Adel wirklich die Macht haben Englands waren, begann der Generalstreik der englischen Seeleute. Die unorganisierten Massen erklärten sich mit ihren organisierten Berufskollegen solidarisch und gaben so dem Kampf eine Wucht, die alle Macht der Meederorganisation schon nach drei Tagen zusammenbrechen ließ. Der Niederwurf der Shipping Federation folgte der Sieg der Seeleute, erst in einzelnen Betrieben, dann auf der ganzen Linie. Die junge nationale Transportarbeiter-Föderation war den Seeleuten mit Solidaritätsstreiks der Hafenarbeiter zu Hilfe gekommen. Der Sieg der Seeleute gab den Hafenarbeitern und Fährleuten Veranlassung, die Niederlage der Arbeitgeber-Scharfmacherorganisation vollenden zu helfen, indem auch diese Gruppen die Arbeit niederlegten.

London und Liverpool, die Haupthäfen Englands, waren natürlicherweise auch die Streitzentren. Als in Liverpool das Streikkomitee, um den Widerstand der Meeder zu brechen, sich genötigt sah, den Generalstreik aller Transportarbeiter zu erklären, da spielte die Shipping Federation ihren letzten Trumf aus und erklärte 30000 Transportarbeiter als ausgesperrt. Doch:

Man muß die Faust den Meedern zeigen, dann werden sie gleich klein und blaß, sie werden sie den Rücken neigen vor Liebe, aber wohl vor Haß. Man zeige ihnen led die Zähne, dann glättet sich die Löwenmähne.

Nach diesem probaten Rezept handelten unsere englischen Berufskollegen und siehe da, schon nach 24 Stunden war der Progenhochmut der Liverpooler Arbeitgeber gebrochen und klein heigebend erklärten sie die Aussperrung für aufgehoben. Um die gewalttätige Bewegung vorerst niederzuwerfen, — Zeit gewonnen, heißt alles gewonnen — bewilligte man nun sämtliche Forderungen der Arbeiterschaft in der festen Absicht, diese Bewilligungen nicht einzuhalten. Aber zu früh verrieten die Unternehmer, wie sie ihr Wort zu halten gesonnen waren und wieder brach der Streik mit vermehrter Behemung los. Die Eisenbahner kamen nun ihren Kollegen im

Transportgewerbe zu Hilfe, auch sie erklärten, was die Direktoren der Eisenbahngesellschaften dank ihrer brutalen Unterdrückungspolitik für unmöglich gehalten hatten, den Generalstreik, der prompt im ganzen Lande ausbrach. Dieser Eisenbahnerstreik war von ganz besonderer Bedeutung. Nicht allein seiner Ausdehnung wegen, die über das ganze Reich ging, und der Massen der Beteiligten: vor allem, weil es hier gelungen ist, dem Scharfmachertum, einer hochmütigen Gruppe von Finanzaristokraten, einen schweren Schlag zu versetzen und die Regierung, die schon dabei war, bedingungslos auf die Seite der Großkapitalisten zu fallen, zu einer Haltung im Sinne fortgeschrittener Sozialpolitik und vor allem zugunsten der Anerkennung der Organisation durch das Eisenbahnkapital zu bestimmen.

Im Gegensatz zu den meisten Unternehmergruppen haben bisher die Aktiengesellschaften, auf deren Rechnung der britische Eisenbahnverkehr betrieben wird, es schroff abgelehnt, mit den Vertretern der Gewerkschaften ihrer Leute zu verhandeln. Solche Unternehmer-„Prinzipien“ pflegen nicht auf Erwägungen technischer Notwendigkeit, auch nur zum kleinen Teil auf dem Hochmut des Geldsacks zu beruhen: es sind „Geschäftsmagimen“, die sich, solange sie aufrecht zu erhalten sind, glänzend zu rentieren pflegen. Solange man es fertig brachte, daß die Mannschaften sich die Abwechslung gemeinsamer Verhandlungen von Macht zu Macht gefallen ließen, solange jede Direktion nur mit den abhängigen Wortführern „ihrer Leute“ zu tun hatte, solange war es möglich, die Löhne auf dem beschämend niedrigen Stand zu erhalten, den sie bis jetzt eingenommen haben. 100 000 Mann, die 20, und 600 000, die 25 Schilling die Woche verdienen, wie John Burns jetzt in einer Rede sagte, noch dazu in einer Zeit unaufhaltamer Teuerung; gewiß ein „glänzendes“ Ergebnis der bis dahin ebenso wirksamen wie anmaßenden Taktik der Direktoren. Zwar war im Jahre 1907 eine „liberale Errungenschaft“ erzielt worden: die Einsetzung von Vermittlungsgängern, leider aber in einer Weise, die den Arbeitern keinen Nutzen bringen konnte. Denn nicht die Verbände, ja nicht einmal die Gesamtarbeiterorganisationen der einzelnen Linien waren herufen, mit den Gesellschaften zu verhandeln, die einzelnen Gruppen hatten Leute ihrer Spezialbranche und ihres Dienstbezirks zu wählen, die nun, ohne die diplomatische Schulung des gewiegten Gewerkschaftsbeamten und in der Stellung abhängiger Lohnarbeiter, mit ihren gestrengen höchsten Vorgesetzten „verhandeln“ sollten. Die Ergebnisse waren kümmerlich. Und sie wurden nicht einmal ehrlich gewährt. So wird von einem Orte berichtet, daß dort den Arbeitern der Güterbahn statt der vereinbarten Mittagspause von einer Stunde nur 30 Minuten gewährt, nichtsdestoweniger aber die vollen 60 Minuten vom Lohne abgezogen wurden. Wie das ganze Verhältnis zum Bruche trieb und wie die Dinge hinter den Kulissen sich dabei abgepielt haben, wird an-

schaulich in einem Bericht der radikalen Daily News erzählt, der über den Ausstand des reichlichen Drittels der etwa 620 000 Eisenbahnarbeiter und Beamten manches neue Licht verbreitet. Da heißt es: Die Eisenbahner hatten wiederholt beim Handelsministerium eine Revision des Abkommens von 1907 beantragt. Sie erklärten, die Gesellschaften hätten es in wichtigen Punkten gebrochen und die Entscheidungen umgangen. Deshalb stellten sie am 15. August ihr Ultimatum mit 24stündiger Bedenkzeit. 2 Tage später schlug das Ministerium eine Untersuchungskommission vor. Die Gesellschaften waren erfreut. Denn damit war die Frage der „Verhandlung“ auf Monate vertagt. Dazu gab die Regierung noch vor den Verhandlungen den Gesellschaften freie Hand, die Truppen in Anspruch zu nehmen. Dieses Schriftstück ohne gleichen wurde von den Gesellschaften bekannt gemacht als absolute Garantie eines, wenigstens beschränkten, Eisenbahndienstes. Waren doch die Soldaten mit geladenem Gewehr und aufgepflanztem Seitengewehr tatsächlich ihrer Verfügung überlassen. Das bedeutete die Anwendung der Briand'schen Politik. Der Ministerpräsident erklärte den Behörden, der einzige Vorschlag der Regierung sei die Untersuchungskommission. Dessen Zurückweisung würde die Arbeiter klar ins Unrecht setzen.

Diese Rede wirkte überraschend und erschütterte bei den Arbeitern den Glauben an die Unparteilichkeit der Regierung. Der Streik wurde erklärt. Mit einmal erwies sich die Lage als unendlich ernster, als die Unternehmer der Regierung vorgespiegelt hatten. Aber noch in diesem Moment beharrten sie auf ihrer Weigerung, mit den Leuten zu verhandeln, und die Regierung tat nichts, um diese Weigerung beiseite zu schieben. Am 17. drängte das Ministerium des Innern auf Sendung von Truppen in die Londoner Straßen, wo noch keine Unordnung vorgekommen war. Die Regierung sandte erst J. Burns zur Besichtigung, auf dessen Bericht die Sendung unterblieb.

Inzwischen teilte die Arbeiter-Fraktion der Regierung mit, daß sie einen Mißbilligungsantrag einbringen werde, bei dessen Verhandlung die ganze Behandlung der Verbandsvertreter öffentlich Margelegt werden sollte. Das Ergebnis war Lord Georges versöhnliche Rede und — weit wichtiger — die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Vielleicht wirkte auch das ernste Verhalten des Parlaments auf die Minister. Am 18. bestand noch die Absicht, das Haus zu vertagen. Aber Regierungsgenossen jeder Richtung weigerten sich, die Regierung bis zum 24. Oktober ohne Kontrolle zu lassen. Am Nachmittag beriet man dann über eine Grundlage der Verhandlungen. Das dauerte bis Mitternacht.

Der Triumph unseres Wirkens.

„Die haben den Glauben noch“ sagte der liberale Parlamentarier Ludwig Bamberg, als im Reichstag wieder einmal auf die Sozialdemokratie die Rede kam. Der Glaube an die Zukunft ist der Partei auch geblieben, nachdem sie sich immer mehr auf die Gegenwart beschränkt einrichten lernte. Ja, dieser Glaube breitete sich aus, denn je stärker das Heer der Streiter im Proletariat anwuchs, je mehr ging auch der Glaube an die Zukunft der Sozialdemokratie in die Reihen ihrer Gegner über, je mehr mußten diese sich vom inneren Zwang getrieben vor der gewaltigen Größe der proletarischen Bewegung beugen. Natürlich geschah dies nicht ohne daß darob im bürgerlichen Lager Mißbehagen entstand; und der Widerwille gegen jede auch nur bedingte Anerkennung sozialdemokratischen Wirkens kam gar possierlich vor kurzem in der Korrespondenz des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck, die einen feinerweichenden Appell an die Wortführer des Bürgertums richtete, doch ja im Lobe der Sozialdemokratie zurückhaltend zu sein.

Das hat nun wenig Zweck. Denn gerade die besten Köpfe im Bürgertum zollen der Sozialdemokratie Anerkennung nicht weil sie sich ihr verschrieben hätten, sondern weil sie es im eigenen zu verteidigenden Lager so entseßlich öde und leer finden, weil sie hier den Idealismus vermissen, der die Arbeiterkataloge in so reichem Maße besetzt. Dieser Idealismus nötigt eben den gestitteten Gegnern auch dann Anerkennung ab, wenn sie mit den Zielen seiner Träger nicht einverstanden sind; von nicht zu unterschätzendem Werte ist die Anerkennung aber wiederum für unsere agitatorische Tätigkeit.

In einem 174 Seiten starken Buch, das „Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner“ heißt und soeben in der Buchhandlung „Vorwärts“ zu Berlin erschienen ist, hat unser Parteigenosse Dr. August Erdmann es unternommen, die wichtigsten Aussprüche unserer Widersacher zusammenzustellen. Schon was dem Vater des wissenschaftlichen Sozialismus nachgelagt wird, ist bedeutsam. Der katholische Pfarrer W. Hoff steht nicht an, laut und nachdrücklich zu erklären, daß er Marx nicht bloß für den größten und bedeutendsten Nationalökonomien der Gegenwart, sondern für

Am Morgen des 19. erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Die direkte Grundlage war vorhanden, aber die Gesellschaften weigerten sich immer die Verhandlung. Inzwischen hatte das Ministerium des Innern eine Kundgebung veranstaltet, die von den Arbeitern sehr übel aufgenommen wurde. So war darin von „desertion“ (Trennlosigkeit) der Leute gesprochen. Ein anderer Satz sprach vom „wohlgeordneten Eisenbahndienst“, obwohl weit und breit Stillstand herrschte und schon die Fabriken geschlossen wurden. Nun weigerten sich die Arbeiter, weiter zu verhandeln, solange die Gesellschaften nicht bereit seien, Auge in Auge mit ihnen zu beraten. (Bis dahin saßen beide Gruppen in verschiedenen Zimmern des Handelsministeriums, zwischen denen die Regierungsveterer hin und hergingen).

Die Verbände der Maschinisten und die verschiedenen der Bergarbeiter waren bereit, in den Sympathiestreik einzutreten. Die Haltung der Arbeiterfraktion machte die Niederlage der Regierung im Parlament bei erster Gelegenheit sicher. Erst jetzt forderte die Regierung unbedingt die gemeinsame Verhandlung. Sie fand statt zwischen den Vertretern der Direktoren und denen der 4 Eisenbahnerverbände, denen die Abgeordneten Henderson und Macdonald zur Seite standen. Hier brach der Widerstand der Verwaltungen rasch zusammen. Man einigte sich, daß zunächst die einzelnen Schiedsämter beraten sollten. Alle von diesen nicht erledigten Fragen werden einem Oberschiedsgericht von 5 Mann vorgelegt, dessen Entscheidung beide Teile ausdrücklich im vornherein annehmen, auch wenn die Anerkennung der Verbände darin ausgesprochen wird. Da das sicher ist, auch eine Reihe anderer Forderungen dort sicher ihre richtige Würdigung finden werden, so konnten die Verbandsleitungen mit Recht den Sieg im Prinzip feststellen und das Signal zur Wiederaufnahme der Arbeit geben. Der Sieg ist errungen über Kapital und Regierung, dank der Energie der Gewerkschaften und der Arbeiterfraktion!

Wie es während des jetzt allseitig so glänzend gewonnenen Streiks in England aussah, das haben unsere Kollegen bereits aus der Tagespresse gesehen. Und trotz der oft an Aufruhr grenzenden Begleitumstände des Streikes, hat es in England kein Moabit gegeben. Die Regierung hat immer halbwegs kühlen Kopf behalten. Und trotz aller Freundschaftsdienste gegen die bestreikten Unternehmer hat es die Regierung doch nicht gewagt, offen sich auf deren Seite zu stellen, wie es in Deutschland bei jedem Streik geschieht. Zweifellos hat dieser Streik dem englischen Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen, sie wären aber noch weit schwerer, vielleicht unabsehbar gewesen, hätte preußische Schneidigkeit dort den Ton angegeben.

den weitaus größten und genialsten aller Zeiten hält. Das Marxsche Lebenswerk, das „Kapital“ ist nach Hoff die zweifellos wertvollste wissenschaftliche Leistung, welche auf dem Gebiete der politischen Ökonomie jemals erschienen ist.

Diesen Gelehrten in den Reihen des Zentrums schließt sich eine wissenschaftliche Leuchte des protestantischen Konservatismus rüchlos an. Adolph Wagner schreibt, man werde „auch gegenwärtig“ zugestehen müssen, in Karl Marx haben wir auch vom Standpunkte der Wissenschaft aus einen Mann ersten Ranges anzuerkennen, von dem alle, auch seine Gegner, lernen können und lernen müssen.“

Wir erfahren aus dem Munde unserer Gegner weiter, wie groß in kulturpolitischer Hinsicht die Saat einzuschäßen ist, die die Sozialdemokratie den Lehren ihres Wortkämpfers nachgehend auch auf schwer zu beackenden Boden ausgestreut hat. Niemand, so schrieb das Hauptorgan des Zentrums, die „Politische Wochenschrift“ 1904, niemand hat sich der politischen Arbeiter in ihrer Not angenommen, es kamen die Sozialdemokraten, nun sind diese Bezirke sozialdemokratisch. Wiederum muß auf der anderen Seite das Organ der gegen die Sozialdemokratie dressierten Kriegervereine, die „Parole“ 1909 anerkennen, wie es sich bei der Sozialdemokratie um die Wahrnehmung der Berufs- und Lebensinteressen des mit der Hand seinen Unterhalt verdienenden Arbeiterstandes handle, und ein Nationalliberaler vom rechten scharfmacherischen Flügel der Partei, der Landtagsabgeordnete Schiffer gesteht in einer vor wenigen Monaten zu Eberfeld abgehaltenen Versammlung den Respekt ein, den er vor dem vielen Idealismus, der vielen Ueberzeugung der Sozialdemokratie habe. „Es wäre uns wohl, wenn wir überall denselben Idealismus nicht bloß mit Worten, sondern auch mit Taten aufweisen könnten“. Auf konservativer Seite macht der „Wogtländische Anzeiger“ auf die Mitarbeit der 25 Sozialdemokraten im sächsischen Landtage aufmerksam, die die Regierung gern annehmen werde, wo diese im Rahmen unseres Gegenwartstaates Reformen, „vielleicht vernünftige und berechtigte Reformen“, anstrebe. Der konservative Landtagsabgeordnete v. Bodelschwingh erkennt an, daß der größere Teil unserer einfachen Arbeiter, die der sozialdemokratischen Fahne folgen, es als einen

Freiwillige Polizisten und Truppen sind freilich auch in England beim Streik aufmarschiert und Genosse Macdonald hat der Regierung im Parlament diesbezüglich die Meinung des freien englischen Volkes gesagt. Der Minister des Innern Churchill verteidigte die Haltung des Ministeriums mit den denkwürdigen Worten: „Seine Blockade durch einen auswärtigen Feind hätte in so wirksamer Weise einen Druck auf die große Bevölkerung des Landes ausüben können. Ich weiß keinen Fall in der Geschichte, wo solche Katastrophe jemals ein großes Gemeinwesen bedroht hat. Ich erkenne an, daß die Eisenbahner im ganzen Lande nichts zu tun haben mit der Schmach und Schande des Aufruhrs und der Vorfälle der Unordnung, für die die Verantwortung gewissen Personen zugeschrieben werden muß.“

Das Drama ist zu Ende. Aber noch ist der Sieg der Arbeiterschaft des Transportgewerbes Englands nicht dauernd gesichert, deshalb stehen unsere Berufscollegen dort jetzt noch Wehr bei Fuß, jeden Augenblick bereit, mit Hilfe ihrer aus dem Streik neugeborenen Organisation, dem nationalen Transportarbeiterverband, wieder mit aller Wucht loszuschlagen, wenn die gemachten Versprechungen nicht innegehalten werden sollten.

„Aus dunklen Tiefen tauchen schwierige, gefährliche Fragen. Europa wartet, wie England sie lösen wird.“ So fragt bange die „Neue Freie Presse.“ Nun England hat die Frage gelöst, zwar nicht wie Alexander, der den gordischen Knoten zerhauen, sondern wie es einer Kulturnation geziemt, durch Anerkennung der Arbeiterschaft und ihrer Organisation als gleichberechtigten Machtfaktor.

Wir fragen: Werden die deutschen Machthaber die allein möglichen Lehren aus diesem Gigantenkampf ziehen? Die deutschen Gesetzgeber, die soeben in dem neuen Strafgesetzbuch versuchen, allen Esfahrungen der Staatsraison zum Trost, den Transportarbeitern aller Kategorien das Koalitionsrecht zu rauben. Sie, die versuchen, genau so wie die Shipping Federation und die englischen Eisenbahndirektoren, alle Aufschächte zuzumauern und alle Ventile des wirtschaftlichen Dampfes gründlich zu verstopfen und dabei den Kopf in den Sand zu stecken. Herrn Breitenbachs oberstes Prinzip ist ja die Laktul der englischen Eisenbahndirektoren, das Nichtverhandeln mit der Arbeiterorganisation, mag er sehen, daß es ihm nicht eines schönen Tages so geht wie seinen englischen Kollegen. Und wenn er sich auch mit gesetzlichen Koalitionsverboten gürtet. Solche papierene Utase sind wertlos wie beliebig beschriebene Fegen, wenn die Masse wie in England zum Streik greift. Oder will man

Verrat an ihren Mitbrüdern ansehen, wenn sie anders als sozialdemokratisch wählen; der konservative Oberbürgermeister Dr. Beutler in Dresden konstatiert mit Freuden, daß wir bei unseren Maßnahmen, weite Volkskreise mit guter Lektüre zu versorgen, die größte Unterstützung bei den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gefunden haben“. Und da die Kulturarbeit unserer Partei nicht nur auf ethischen, sondern man darf wohl sagen auch auf dem gegenteiligen Gebiete vor sich geht, so sei angeführt, was ein alter Soldat 1908 in der ultramontanen „Allgemeinen Rundschau“ über den Einfluß unseres Wirkens auf die Armeesagte: „Es ist im Reichstage darüber Klage geführt worden, daß Referenten mit Schimpfworten wie „Blödsinniges Kameel“, „gemeine Hammelherde“ und dergleichen beleidigt worden sind. Wenn diese Klage auch von sozialdemokratischer Seite kam, so laute ich doch nicht behaupten, daß sie unbegründet wäre. Man muß jedes Verdienst anerkennen, und es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Partei, gegen den rohen Ton in der Armees, der Anrufungen aus dem Tierreich beliebt, zuerst Front gemacht zu haben.“

Es geht im Rahmen einer kurzen Betrachtung nicht an, aus der Erdmannschen Zusammenstellung auch nur in wenigen Auszügen weiter hervorzuheben, was die Sozialdemokratie nach dem Urteile ihrer Gegner sowohl in der Kritik und Unregung als auch in positiver Arbeit geleistet hat, wie hoch sie als Kulturbewegung im allgemeinen und als Arbeiterin auf dem Gebiete des Bildung- und Erziehungswesens im besonderen einzuschätzen ist. In dieser Hinsicht möge ein jeder, der sich zum Zwecke der Agitation unterrichten will, selber Nachschau halten. Unsere Sache war es hier, das Siegesbewußtsein, das Vertrauen in unsere Ideen in den weiten Reihen des Proletariats von neuem zu stärken, und das ist, wie wir hoffen, mit um so größerem Nachdruck geschehen, als wir absichtlich alle Aussprüche von Linksliberalen und Demokraten beiseite gelassen und uns auf die Ausführung von Anerkennungen aus den Reihen unserer entschiedensten Gegner beschränkt haben. Wenn diese im Kampfe gegen uns wankend werden, wer soll dann noch die „Ordnung“ von heute stützen helfen?

vielleicht eine halbe Million und mehr deutscher Transportarbeiter ins Gefängnis schicken, wenn sie sich an das Koalitionsverbot nicht halten? Nur zu. Das wäre der Generalfreitag von Gesehwegen in Permanenz.

Bediglich der Arbeiterorganisation, dem verhassten deutschen Transportarbeiterverband, und nicht ihrer Macht und Taktik, haben es die deutschen Unternehmer des Transportgewerbes, hat es der Staat zu verdanken, wenn diesmal das Streikfeuer nicht auf Deutschland übergesprungen ist, das mögen sich die Herrschaften gesagt sein lassen.

Unser Verband hat durchaus kein Interesse daran, daß durch einen Generalfreitag wie in England das gesamte wirtschaftliche Leben lahmgelegt wird. Er hat noch immer versucht, die Kämpfe um Verbesserung der Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder in einer Form zu führen, die eine rechtzeitige Verständigung ermöglicht. Verlegt man seiner, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber eminent gleich nützlichen Tätigkeit den Weg, dann kommt es zweifellos in Deutschland in absehbarer Zeit genau so wie in England. Dann aber darf man den Transportarbeiterverband nicht als Schuldigen hinstellen. Die Schuldigen sind dann diejenigen, die sich mit der Absicht tragen, jede Regung der Transportarbeiter nach Verbesserung der Lebenslage, mit gesetzlichen Strafen auf den Leib zu rücken. Und wenn dem Transportarbeiterverband erst gar die Möglichkeit genommen werden soll, die Massen in der Organisation zu disziplinieren, dann kommt es letzten Endes so wie Schiller in seiner Glocke sagt:

„Weh, wenn sich in dem Schoß der Städte Der Feuerzunder still gehäuft, Das Volk zerreißen seine Kette, Zur Eigenhilfe schrecklich greift! Da zerret an der Glocke Strängen Der Aufruhr, daß sie heulend schallt Und, nur geweiht zu Friedensklängen, Die Lösung anstimmt zur Gewalt.“

Möge die rechtzeitige Einsicht der wirklich staatsmännischen Gesetzgeber derartige Konsequenzen verhüten. Der Deutsche Transportarbeiterverband wird seine ganze Macht dafür einsetzen, daß Deutschland von ähnlichen wirtschaftlichen Katastrophen, wie England, verschont bleibt, er wird aber auch die Interessen seiner Angehörigen im gegebenen Falle wirksam, furchtlos und mit aller Kraft zu vertreten wissen.

Mögen nun die Gesetzgeber tun was ihnen die Staatsraison gebietet, sie und die herrschende Klasse werden die Folgen ihres Handelns zu tragen haben.

Ultramontane Verratspolitik.

Indem er mit der Novelle zu einem neuen Strafgesetzbuch sich beschäftigte, bewies der Gewerkschaftskongress, daß er die Zeichen der Zeit zu würdigen wußte. Die deutsche Arbeiterschaft geht harten Kämpfen entgegen. Nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete.

Das Scharfmachertum fordert das Koalitionsrecht einengende Gesetze, um die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe leichter und sicher überwinden zu können.

Wohin die Reise gehen soll, das hat der bekannte Herr Bued in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller im Dezember 1910 ungeschminkt ausgesprochen. Unter tosendem Beifall der Industriejuden, die höhnisch von einer „Firma Regierung“ reden, die ganz ungeniert die Ministerfärserei betreiben, proklamierte Bued das Programm der völligen Zerschmetterung der Gewerkschaften. Etwas anderes gibt es nicht! So rief der Scharfmachergeneral pathetisch hinterdrein.

Nun hat das Scharfmachertum bereits zu einem großen Schlage ausgeholt. Es verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in das Strafgesetzbuch, die das Streikpostenstellen, sowie überhaupt jede äußere gewerkschaftliche Tätigkeit bei wirtschaftlichen Kämpfen verhindern soll, indem dafür Strafen bis 1000 Mk. oder 1 Jahr Gefängnis angedroht werden.

Durch eine solche Ausnahmebestimmung will man die Gewerkschaften bis zur Wehrlosigkeit inebeln und sie damit mit der ungefehlten, von der Polizei und anderen Behörden unterstützten, organisierten Unternehmernmacht zu Boden drücken. Dann hat die Willkür der Scharfmacher in der Festsetzung der Arbeitsbedingungen vollständig freies Spiel; die Arbeiter müssen sich bedingungslos ergeben. Das ist die Spekulation und Absicht der Herrenmenschen.

Seider liegt die Gefahr vor, daß sie mit ihrem Attentat auf das Koalitionsrecht Glück haben werden, wenn nicht die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, wenn sie nicht einen Reichstag zusammen bringt, der solche Pläne entschieden ablehnt. Die Umfuryvorlage, das Buchhausgesetz hat der Reichstag allerdings, aufge-

muntert von den Massenprotesten des Proletariats, in den Orkus verschwinden lassen. Mittlerweile aber haben die Verhältnisse sich sehr zum Nachteil der Arbeiter geändert. Zunächst ist die Regierung noch mehr in das Scharfmacherlager abgeschwenkt. Der Minister, der heute von den Schlotjüngern abgelängelt wird wie ein Schulbube, erscheint morgen auf einer ihrer Tagungen und macht ihnen Komplimente. Die Minister tanzen, wie die Widdorf, Uthemann, Stinnes und Storsien zu pfeifen belieben. Und sie werden daher

Arbeit.

Arbeit hemmt den Blick, den müden, Dir, froh in die Welt zu schau'n: Auf des Sommers stillen Frieden, Auf des Winters kaltes Grau'n. Deine Welt: Maschinenstampfen Und das Surr'n der Räderchar, Roter Schloße ruß'ges Dampfen — Darin lebst du, Proletar!

Arbeit fesselt deine Hände, Ob auch rings der Frühling springt, Und im blühenden Gelände Heller Jubel singt und klingt! Denn dein Lenz ist dumpf und trübe, Notbedrängt stets Jahr für Jahr — Und doch schlägt dein Herz der Liebe Und der Schönheit, Proletar!

Arbeit fettet dich in Qualen, Die nur der kennt, der sie litt! Milden Sommers gold'ne Strahlen Leuchten nicht um deinen Schritt! Denn dein Sommer geht durch Mähen, Aller Lebensfreuden bar! Und die Blumen die da blühen, Duften dir nicht, Proletar!

Arbeit schmiedet dich in Bande, Und die Not hält bei dir Wacht, Wenn der braune Herbst im Lande, Reife Früchte streuend, lacht! Denn dein Herbst, der fruchtlose, Reicht statt Brot dir Steine dar, Und das Grau'n, das namenlose, Schüttelt rauh dich, Proletar!

Arbeit hält die Luft dir ferne, Die der weiße Winter bringt, Wenn im Glanz der Glockensterne Weg und Steg wie Silber blinkt. Denn dein Winter doppelt schmiedet Dich an Tagwerk und Gefahr! Frost und Hunger, unermüdet, Rauern vor dir, Proletar!

Arbeit zwingt dich in die Fronen Heut noch! . . . Schon steigt empor Deiner Zukunft Flammenkrone An des Horizontes Lor! Alle deine Ketten gleiten Von dir ab. Bekränzt das Haar Wirft du in die Freiheit schreiten Mann der Arbeit — Proletar!

auch mit allem ihrem Einfluß für die von den Scharfmachern verlangten Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiterschaft eintreten.

Von größerer Bedeutung aber ist eine Veränderung in der Parteikonstellation: Das Zentrum, das bisher mit Rücksicht auf seine Arbeiterwähler den all zu frechen Angriffen auf das Koalitionsrecht entgegentrat, ist jetzt vollständig an die Seite der rücksichtslosesten Volksfeinde und Arbeiterhasser getreten. Seine höheren Parteinteressen, die das Arbeiterinteresse in die Scheupuddeleine verweisen, veranlassen es dazu. Um dem Ultramontanismus in Deutschland die politische Herrschaftsrolle zu erobern, muß und will das Zentrum unter allen Umständen die ausschlaggebende Partei in der Gesetzgebung werden.

Um die mächtige Gruppe der Agrarier und die der nicht minder einflussreichen Großindustriellen den ultramontanen Parteinteressen dienstbar zu machen, muß das Zentrum diesen Gruppen andere, deren Klasseninteressen fördernde Dienste leisten. Aus diesem

Grunde macht es sowohl Broitwucher- als auch Scharfmacherpolitik!

Ein Blick auf die politischen Vorgänge läßt die Entlohnung des Zentrums zum Schutzrecht der Scharfmacher ganz deutlich erkennen.

Der Bülowbloß hatte das Zentrum als ausschlaggebende Partei ausgeschaltet, die konserverativen reaktionären mit dem Freijümi. Seinen Wählern schwindelte das Zentrum vor, es leide unter strukturalismus, die Kirche, der katholische Stamben sei bedroht. Dadurch schuf es sich freie Bahn für reaktionäres Tur. Es wurde agrarischer als die Großgrundbesitzer waren. Dadurch zwang es diese, bei der Reichsfinanzreform dem freijümiigen Bundesbruder den Kaufpaß zu geben und des Reiches Geschicke wieder unter ultramontanen Einfluß zu bestimmen.

Damit ist des Zentrums Herrschaft aber noch nicht gesichert. Die Agrarier verlangen größere Dienste. Mit der bevorstehenden Neuordnung der Handelsverträge planen die Junker einen neuen Raubzug auf die Taschen des Volkes. Sie verlangen erhöhte und neue Zölle auf Lebensmittel. Bei diesem sauberen Plane will das Zentrum helfen! Mit dem guten Willen sind natürlich die Junker nicht zufrieden, das Zentrum muß beweisen, daß es für die Reaktion unentbehrlich ist. Es muß auch für eine sichere Majorität sorgen. Gegen den Protest der Großindustrie ist an eine Aufrechterhaltung oder gar Erhöhung der Agrarzölle nicht zu denken, und die Herrscher im Reiche von Schlot und Esse verlangen als Gegenleistung für die Zustimmung zu den Agrarzöllen ebenfalls Schutzzölle und dazu Attentate gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter! Um diesen Preis will der Ultramontanismus nicht auf die politische Herrschaft verzichten. Darum macht er sich mit vollem Bewußtsein zum Förderer und Begünstiger der Scharfmacherpläne.

Handgreifliche Beweise für die zentrumsche Verratspolitik sind schon genügend vorhanden. Aus Gefälligkeit für die stollenbarone müßte der Gewerkschaften christlicher Bergleute, der nicht lange vorher noch mit einem Messerstreik gedroht hatte, die im Frühjahr vom Bergarbeiterverband eingeleitete Lohnbewegung stören. Die christliche Gewerkschaftspressen, die das Politische in der Presse der freien Gewerkschaften in edler Entrüstung als Sünde wider die Neutralität verdammte, verteidigt nun auf Geheiß der Ultramontanen das herrschende Schutzollsystem, dem das Volk die schmerzhaften Lebensmittelerhöhung verbannt. Und als Vorbereitung für die parlamentarische Hege gegen das Koalitionsrecht, muß die christliche Gewerkschaftspressen Tag für Tag Schwindeln nachrichten über gewerkschaftlichen Terrorismus in die Welt setzen. Die Scharfmacher selber, die mit Hilfe der Polizei jahrelang Terrormaterial sammelten, aber nichts rechtes zusammenbrachten, können von den Christen lernen, wie man Material gegen das Koalitionsrecht — fabriziert. Sie werden natürlich nicht verfehlen, von dem Material der Ultramontanen geeigneten Gebrauch gegen die Arbeiter zu machen.

Mit solchen Liebesdiensten läßt es das Zentrum nicht genug sein. Als kürzlich der ultramontane Fabrikant Stern-Nachen eine Broschüre gegen Sozialpolitik herausgab, fand der arbeitserfeindliche Streich in der Zentrumspressen wohlwollende Besprechung. Die Kriegsansage gegen die Gewerkschaften auf dem erwähnten Delegiertentage des Scharfmacherverbandes suchte man mit Hinweis auf sozialdemokratischen Terror zu rechtfertigen und man hegte den Zentralverband gegen den Hausabund auf, weil dieser zu weit nach links neige. Ja, um der Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Mandate abzujaugen, will das Zentrum ebenf. sogar auf die Aufrüstung eigener Kandidaten verzichten, die Arbeiter sollen sofort für die Repräsentanten des gottlosen Kapitals — so wurden die Nationalliberalen früher in der Zentrumspressen angeprochen — und für die Vertreter der wildesten Scharfmacherei stimmen, ihren brutalsten Feind zu ihrem Gesetzgeber machen. Damit begehrt das Zentrum doppelten Verrat. Es beweist damit, daß es die Religion nur dazu benutzt, um die Arbeiter zu betrügen. Auf dem Anfang August dieses Jahres in Mainz abgehaltenen Katholikentage rief der Präsident, Graf Galen, mit großer Euphorie und mit jubelndem Beifall der Zuhörer aus: Wir wollen nicht ruhen, bis wir alle unsere Ordensleute wieder haben! Aber bei der Wahl sollen die Arbeiter für die Nationalliberalen eintreten, die immer für die Ausweisung der Jesuiten gestimmt und agitiert haben, sie sollen gegen die Sozialdemokraten Sturm laufen, die das Jesuitengesetz stets bekämpften. So beschwindelt man gut gläubige, arme Arbeiter. Noch vor nicht langer Zeit kennzeichnete man die Großindustriellen als die schlimmsten Arbeiterfeinde. In seiner Nr. 45 vom 5. November 1910 schrieb z. B. das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes u. a.:

In keinem anderen Industriezweig ist die Ohnmacht der Arbeiter so groß und ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung so wenig anerkannt, wie in der Großeisenindustrie. Der Herr-im-Hause-Standpunkt wird hier am rücksichtslosesten vertreten. Die Hauptgegner der Arbeiterorganisationen, der Tarifvertragsidee, des sozialen Fortschritts stehen hier. Man halte sich auch vor Augen, wie das System der Wohlfahrtseinrichtungen (Werkwohnungen, Pensionen, Witwen- und Waisenkassen) hemmend auf die organisierten Bestrebungen wirken muß. Das Lohn- und Kolonensystem erleichtert es, nach Günst und Willkür zu verfahren, den einen zu bevorzugen, den andern zu benachteiligen. Das System untergräbt das Solidaritätsgefühl an der Wurzel; die Arbeiter lernen einander zu misstrauen und zu fürchten; es ist die Quelle des Spitzels und Demagogentums.

Doch das stärkste Hemmnis für die so bringend notwendige gewerkschaftliche Organisation ist der ge-

waltige Druck von oben. Die Nachmittage der verhältnismäßig wenigen Werte sind unheimlich. Im Augenblick können sie sich verständigen, die umfangreichsten Ueberwachungsmaßregeln ergreifen. Bei keiner anderen Industrie sind schon seit Jahrzehnten die Spermaßregeln, schwarze Listen so in Übung und haben solche Ausbildung erfahren, wie im Metallgewerbe. Von einer eigentlichen Koalitionsfreiheit kann bis jetzt keine Rede sein."

Das ist ja nett gesagt! Nun aber verlangt das Zentrum, die Arbeiter sollen diese ihre schlimmsten Feinde in den Reichstag wählen. Um die Arbeiter zu solcher Verkennung ihrer ureigensten Interessen zu bestimmen, schmeichelt man ihnen natürlich vor, daß solche Politik von der Kirche um die Kirche wohl diktiert werde. Brachte man es doch sogar fertig, das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Erledigung der Reichsfinanzreform als von den Interessen der Kirche geboten zu verteidigen. Dabei hatten diese Arbeitervertreter gegen die Beschlüsse und Forderungen christlicher Gewerkschaften gesprochen und gestimmt, ja sogar Anträge eingebracht und verteidigt, die solchen Forderungen widersprachen.

Nach diesen Proben darf man von den Zentrumselementen auch noch größere Verärgerungen, die vollständige Auslieferung der Arbeiter an die Scharfmacher erwarten. Jahrzehnte lang hat der Ultramontanismus mit allen Waffen der Hebe und Aufreizung gegen das Industriekapital gewütet und es hat dem Widerpart keine Macht gezeigt. Nun wird Friede geschlossen — auf Kosten der Arbeiter! Das Kapital überläßt den Ultramontanen die geistige Herrschaft, es liefert die Schule und das öffentliche Leben den Schwarzen aus, dafür verlangt es die uneingeschränkte Gewalt über die Lohnarbeiter. Auf der Basis des doppelten Arbeiterbetruges der doppelten Arbeiternebelung etabliert sich die Herrschaft des Kapitals und des Ultramontanismus!

Aus den Vorgängen mögen die Arbeiter erkennen, wie auch Politik und wirtschaftliche Interessen verfilzen, wie eins in das andere webt, von einander abhängig wird. Sie sollen aber auch erkennen, daß sie alle ihre Energie aufbieten müssen, um die drohenden Gefahren abzuwenden. Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariates, die Verhinderung der Wahl von koalitionsfeindlichen Abgeordneten, das ist der gewerkschaftlichen Lebensbedingungen dringendes Gebot!

Die Düsseldorfster Fuhrleute und Lagerarbeiter

entfalten gegenwärtig eine lebhafteste Agitation für ihre Berufsorganisation. Fast allabendlich finden Betriebs- und Betriebsbesprechungen statt und können die Transportarbeiter in ansehnlicher Zahl der Organisation zu. Angeregt wurde die Agitation durch die erfolgreichen Lohnbewegungen der Transportarbeiter in Oberfeld-Warmen und Köln einerseits und durch die mehr als miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die Düsseldorfster Kollegenschaft zu arbeiten gezwungen ist, andererseits. Die Verhältnisse im Düsseldorfster Transportgewerbe bieten ein buntes Gemisch, meist aber sehr trübseliges Bild rückständigen Ausbeutertums und jeder ehrliche Menschenfreund kann nur dringend wünschen, daß dieser geschichteten, getretenen und mißachteten Arbeiterkategorie es baldmöglichst gelingen möge, annähernd menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Unser Verband veranfaßt gegenwärtig eine statistische Erhebung, um die Verhältnisse jedes einzelnen Betriebes genau zu erfassen. Diese Arbeit ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber es läßt sich heute, auf Grund des vorliegenden Materials, schon feststellen, daß selbst die Verbandsleitung es nicht für möglich gehalten, daß solch unhaltbare Zustände ans Tageslicht gefördert würden.

Auf die Frage nach der Beschaffenheit der Kost beim Unternehmer lautet die vielsagende Antwort: Des Sonntags macht man uns 6 Hammelküpfe, das Stück zu 30 Pf. — also zusammen für 17 bis 20 Mann für 1,80 Mk. Fleisch — zurecht. Aus dieser trockenen Antwort lassen sich allerhand Schlüsse ziehen, erstens, daß die Verköstigung äußerst mangelhaft und obendrein sehr schlecht ist, und zweitens, daß sich der Unternehmer als Kost- und Logisgeber auf Kosten der Transportarbeiter nochmals extra bereichert. Es ist eine schwere Verwundung an der Gesundheit der Arbeiter, die bei schwerer und langer, oft 15- bis 16-stündiger Arbeitszeit, mit solchen Abfällen abgestiftet werden. Des öfteren sieht man Bürger und auch Arbeiter den Kopf schütteln, wenn ein Fuhrmann „schaulend“ sein Fuhrwerk begleitet oder gar auf dem Wagen eingeschlafen ist. Es ist wohl sehr leicht zu begreifen, wenn auch nicht zu entschuldigen, wenn seitens der Fuhrleute solch uneheliche Strafenbilder geboten werden. Die Schuld ist zum allergrößten Teil dem profitgierigen Unternehmertum zuzuschreiben. Schlecht genährte, 15 bis 16 Stunden in schwerer Berufsarbeit, einige Glas Bier oder gar Schnaps in den ausgezeherten Körper in der Ermüdung hineingegossen, und die Widerstandskraft ist völlig gebrochen. Zweck strenger Durchführung der Straßenpolizeiverordnungen hat sich die Düsseldorfster Polizeibehörde ein Auto zugelegt, und mancher Fuhrmann muß seine „Gleichgültigkeit“, weil seine Energie und Umsicht eben nicht auf der Höhe sein kann, mit einem Protokoll büßen. Die Behörde würde ein großes Verdienst erwerben, wenn sie die Verhältnisse, unter denen die Fuhrleute ihre Existenz zu fristen gezwungen sind, erforschen würde und dahin drängte, eine Milderung der unhaltbaren Zustände herbeizuführen.

Wie die Wohn- bzw. Schlafräume bei einzelnen Firmen beschaffen sind, darüber gibt ein Fragebogen folgende Auskunft: „Neben dem Pferd.“ Ein zweiter Vogen: „Die Schlafräume sind über dem Stall und sind jeglicher Witterung ausgesetzt.“ Ein dritter Vo-

gen: „Die Schlafstellen sind derart in Unordnung und von Ungeziefer durchsetzt, daß ein stollege kürzlich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte, weil ihm ein Ohr vollständig durchgefressen war von Wanzen.“ Jeglicher Kommentar würde die Wirkung dieser Sätze nur abschwächen. Die Namen der Firmen werden zwar, wenn das gesamte Material gesichtet ist, der Öffentlichkeit übergeben, also der Nachwelt sichern.

Waschvorrichtungen sind wohl in keinem einzigen Betriebe vorhanden. In den meisten Fällen dient der Pflug- oder Pferdeceimer als Waschgefäß. Ja, in einem Falle dient der Pferdeceimer als Handmich. — Schränke zum Aufbewahren der Kleider sind nach Ansicht der meisten Unternehmer überflüssige Möbel; die Löhne, die die Unternehmer zahlen, sind so bemessen, daß es die wenigsten Fuhrleute zu einem Sonntagsanzug bringen können, daher „erlaubt“ sich auch die Bereitstellung von verschleißbaren Schränken — nach Ansicht der Herren Arbeitgeber. Herrliche Zustände in der Kunst- und Gartenstadt Düsseldorf im zwanzigsten Jahrhundert.

Aus folgendem Vertrag mag die Öffentlichkeit ersehen, was man den Transportarbeitern heute noch zu bieten wagt:

Vereinbarung

Zwischen dem Unterzeichneten und der Firma D. Wappner ist folgendes vereinbart: Der Wochenlohn inkl. Sonntagsarbeit beträgt 24 Mk. abzüglich Anteil an der Invaliden- und Krankenversicherung.

Am ersten Lohntag (Donnerstag) wird der Lohn für zwei Tage als Sicherheit und Garantie zurückbehalten.

Die als Fuhrleute angenommenen haben bei Bedarf auch beim Aus- und Einladen der Schiffe zu helfen, und zwar bis zur vollständigen Fertigstellung.

Die Arbeit darf während des Aus- und Einladens von niemand verlassen werden, andernfalls verfällt die Garantie zugunsten der Firma.

Die Kründigungsfrist ist beiderseits auf 48 Stunden vereinbart, dieselbe beginnt und schließt nach vollendeter Tagesarbeit resp. mit Abfertigung der betr. Abendsschiffe.

Falls der Unterzeichnete im Laufe des Tages oder abends während des Aus- und Einladens die Arbeit einstellt, verfällt ebenfalls die Garantie an die Firma.

Schnaps darf nicht getrunken werden. Trunkenheit ist Grund zur sofortigen Entlassung und Verfallung der Sicherheit an die Firma. Wenn ein Arbeiter oder Fuhrmann seine Mitarbeiter aufhebt, aufwiegelt, sich rabiat benimmt oder sonst irgendwie großes Aergernis erregt, so gilt dies als Grund zur sofortigen Entlassung und wird dann ebenfalls die Sicherheit als Strafe festgehalten. Falls ein Arbeiter oder Fuhrmann von der Arbeit gänzlich wegbleibt ohne vorherige Entschuldigung, sei es auch durch Krankheit, so wird derselbe unter Einbehaltung der Sicherheit sofort entlassen.

Spätere Entschuldigung ist zwecklos und verträgswidrig.

Ich erkläre mich deshalb unterschrieben damit einverstanden, daß meine Sicherheit auch im vorgenannten Falle einbehalten wird.

Derjenige Fuhrmann, welcher die Nachfuhr nach Oberbill und zurück zu fahren hat, muß sich abends 7 Uhr im Monitor melden und fragen, ob noch Instruktionen zu geben sind und sich dann zum Stall zu begeben und die Pferde zu versorgen. Derselbe Fuhrmann hat dann wieder um 9 Uhr im Stall zu sein, um seine Pferde anzuschirren und dann die Fuhr nach Oberbill zu machen.

Unpünktlichkeit wird mit Ordnungsstrafe belegt. Düsseldorf, den 1911.

Estrafe, Entlassung — Entlassung, Strafe. Wer nicht 18 Stunden arbeitet, wird bestraft und entlassen.

Wer keine Mitarbeiter „aufhebt“, wird bestraft und entlassen.

Wer durch Krankheit verhindert ist, wird entlassen und bestraft.

Wer die Arbeit verläßt, wird bestraft und entlassen.

Der geistige Vater dieser „Vereinbarung“ scheint ein früherer schreibender Staatsanwalt zu sein.

Die Bestimmungen, daß gearbeitet werden muß, bis die Arbeit fertig ist, sind bei der Firma Wappner durch die obige Vereinbarung festgelegt; bei anderen Firmen fehlt eine solche Vereinbarung, aber gearbeitet wird ebenfalls so lange oder noch länger als bei Wappner. Die Arbeiter der meisten Gewerbe halten ihre Betriebsbesprechungen usw. um sechs, spätestens sieben Uhr ab, können also um neun Uhr spätestens bei ihren Familien sein. Die Besprechungen der Transportarbeiter können vor 10 Uhr abends nicht begonnen werden, weil eben die Fuhrunternehmer nicht genug bekommen können und die Leute bis spät in die Nacht hinein schlafen lassen. Es ist keine Seltenheit, kein Einzelfall, daß Fuhrleute des Abends um 8 Uhr, nach eben beendetem Tour, nochmals vom Hof gejagt werden, eben noch schnell eine Fuhr zu besorgen. Für derartige Mehrleistungen auch eine besondere Vergütung, also Bezahlung der Ueberstunden, zu gewähren, ist den Düsseldorfster Fuhrherren in ihrer großen Wehrheit ein vollkommen fremder Begriff. Das noch in großem Flor befindliche Logiswesen beim Unternehmer gibt letzterem eine leichte Handhabe, die Leute in aller Frühe, um 4 bis 5 Uhr morgens, herauszutreiben und die Arbeit zwei bis drei Stunden eher beginnen zu lassen, als es in anderen Gewerben üblich ist. Und wenn dann die Arbeiter aller anderen Berufe sich der wohlverdienten Ruhe längst hingeeben haben, da erst poltert der Fuhrmann mit seinem Gefährt dem Betriebe zu, um dann noch seine Pferde abzuschirren, zu versorgen, schließlich noch den

Wagen abzuladen, damit für den nächsten Morgen alles klar zur Arbeit ist. Ueber zuviel freie Zeit haben sich die Fuhrleute also nicht zu beklagen, eine Nachtruhe von 5 bis 6 Stunden ist die Durchschnittsruhezeit des größten Teils der Kollegen. Hervorgehoben soll werden, daß es auch einen Teil Betriebe gibt, die eine, wenn auch noch immerhin lange, aber doch geregelte Arbeitszeit eingeführt haben.

Die Löhne sind durchweg völlig unzureichend. Große Betriebe zahlen Löhne von 10, 11 bis 12 Mk. pro Woche mit Kost und Logis, kleinere Betriebe noch unter diesem Satz. Der größte Betrieb am Orte zahlt für die Silk- und Westflatterwagenkutscher 21 Mk. pro Woche — natürlich ohne Kost und Logis —, für die im Schwerefuhrwerk beschäftigten Fuhrleute 23 bis 24 Mk. pro Woche — natürlich ohne Kost und Logis —, davon gehen die Beiträge zur Sozialversicherung noch ab. Was in dem teureren Düsseldorf ein verheirateter Mann anfängt mit einem solchen Hungerlohn, braucht hier nicht auseinandergelegt zu werden. Die billigsten, licht- und luftarmen Wohnungen werden gemietet, die primitivsten Nahrungsmittel können nur beschafft werden, was zur Folge haben muß, daß Krankheit und Sickness den Mann mit samt der Familie befallt. Ein Vergleich mit den in Köln gezahlten Löhnen ergibt, daß die Düsseldorfster Transportarbeiter um wöchentlich 5 Mk. schlechter gestellt sind als ihre Kölner Arbeitskollegen. Ein Auspost mehr, alles daranzusetzen, daß auch hier andere Zustände Platz greifen.

Die Organisation hat hier noch ein großes Stück Arbeit zu leisten, um diese Arbeiterkategorie aus dem geistigen und körperlichen Elend herauszureißen, um wirkliche nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft aus ihr zu machen. Mit Energie und Ausdauer wird und muß das gesteckte hohe Ziel erreicht werden. Wir möchten an dieser Stelle an alle organisierten Arbeiter Düsseldorfster das Ersuchen richten, aufklärend unter dieser Berufsgruppe zu wirken, diese Kollegen auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam zu machen.

Jeder Arbeiter, der in diesem Sinne tätig ist, leistet ein großes Stück Strukturarbeit im Interesse der Menschheit. Das Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes befindet sich Düsseldorf, Wallstr. 10, Zimmer 8, Telefon 9019, und sind eventuelle Mitteilungen an diese Adresse erbeten.

Neue Krankenkassenzersplitterung!

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ veröffentlicht in Nr. 33 einen Aufruf des „Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“, den er der sorgsamsten Beachtung aller Arbeitgeber bringt. Der Aufruf lautet:

„Gründet Betriebskrankenkassen!“

Die Reichsversicherungsordnung gibt verschiedenartige Bestimmungen für die Errichtung neuer und für die Zulassung bestehender Betriebskrankenkassen. Neue Betriebskrankenkassen können nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nur errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150, in landwirtschaftlichen und Winenschiffahrtbetrieben mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Ferner darf durch die Errichtung der Betriebskrankenkasse der Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährdet werden. Bestehende Betriebskrankenkassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, solche für landwirtschaftliche und Winenschiffahrtbetriebe mindestens 50 Mitglieder haben. Die Voraussetzung, daß die allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen nicht gefährdet werden, kommt hierbei nicht in Betracht. Wie diese Gegenüberstellung der gesetzlichen Bestimmungen (§ 245 und 255 der Reichsversicherungsordnung) ohne weiteres ergibt, empfiehlt es sich für alle diejenigen Betriebe, die zwischen 100 und 150 Versicherungspflichtige umfassen, noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, was voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 1912 geschehen wird, Betriebskrankenkassen zu gründen, da ihnen später diese Möglichkeit überhaupt genommen ist. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, die eine größere Zahl von versicherungspflichtigen Personen zählen, dürfte sich die baldige Gründung von Betriebskrankenkassen empfehlen, da die Zulassung dann nicht von der angegebenen Voraussetzung der Geschäftsfähigkeit abhängig ist. Es steht noch dahin, wie der Begriff der Geschäftsfähigkeit festgestellt werden wird. Auf jeden Fall ist in dieser Hinsicht große Vorsicht geboten. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß die in mehreren, räumlich getrennten Betriebsstätten einer Firma beschäftigten Personen in eine Betriebskrankenkasse zusammengefaßt werden können. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen mit dem Sitz in Essen ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.

Der Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen beschreitet hiermit einen Weg, der zur Umgehung der gesetzlichen Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung führt. Er will durch die schleunige Gründung von Betriebskrankenkassen unter der Geltung des alten Krankenversicherungsgesetzes den durch die neue Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Schutz der Orts- und Landkrankenkassen wirkungslos machen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein solches Vorgehen ungesetzlich ist und bei den Aufsichtsbehörden keinerlei Unterstützung finden darf. Aber auch die Arbeiterschaft und die Öffentlichkeit im weitesten Sinne muß gegen dieses frivole Unternehmen überführter Betriebskrankenkassen Gründungen aufgerufen werden, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Eile, die geboten ist, um die Kasse noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zu „errichten“, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse in ausreichender Weise sichergestellt werden kann. Die

Arbeiter solcher Betriebe, deren Unternehmer in der Zeit bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine Betriebskrankenkasse errichten wollen, haben alle Schritte zu tun, um die Ausführung dieses Planes zu verhindern.

Nach § 64 des Krankenversicherungsgesetzes müssen bei Errichtung des Statuts einer Betriebskrankenkasse die beschäftigten Personen oder die von denselben gewählten Vertreter angehört werden. Die Arbeiter, beziehungsweise deren Vertreter haben hierbei Gelegenheit, ihre Gegenstände gegen die beabsichtigte Kassenerrichtung geltend zu machen, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung zu verneinen und nachzuweisen, daß durch letztere ihre Interessen geschädigt werden. Sie haben von ihren Einwänden zugleich der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben. Das Statut der Betriebskrankenkasse bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Diese kann die Genehmigung versagen, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt (also irgend welche gesetzliche Vorschriften nicht berücksichtigt oder die Leistungsfähigkeit der Kasse nicht ausreichend gesichert ist), oder wenn die Bestimmung über Klassen von Personen, welche der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Kasse in Widerspruch steht. Selbstverständlich muß die Errichtung der Kasse selbst ordnungsgemäß erfolgt sein. Die zuständige Ortskrankenkasse kann ebenfalls durch Einwendungen, insbesondere gegenüber etwaigen Mängeln des Statuts, an die höhere Verwaltungsbehörde auf eine gründliche, nicht zu überleitende Prüfung der Voraussetzungen für derartige Gründungen hinwirken. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß bei Anwendung aller dieser berechneten und selbstverständlichen Schutzmaßnahmen Betriebskrankenkassen in größerer Zahl bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die behördliche Genehmigung erhalten können. Sollte aber auch hier der Arbeitgeber mächtiger sein, als der Wille des Gesetzgebers, dann bleibt den Arbeitern solcher Betriebe nur noch übrig, alle gewerkschaftlichen Machtmittel zur Anwendung zu bringen, um sich gegen das Aufzwingen einer Betriebskrankenkasse zu wehren. Eine solche Abwehr im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Instanzen rechtfertigt sich um so mehr, als das Vorgehen der Arbeitgeber, die der Parole der Zentrale der Betriebskrankenkassen folgen, die flagranteste Verletzung der Gleichberechtigung der Arbeiter enthält. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter solcher Betriebe, für die die Errichtung einer Betriebskrankenkasse geplant ist, mit dem Tage, da ihnen diese Absicht zur Kenntnis gelangt, auch ihre gewerkschaftlichen Instanzen darüber unterrichten.

Wer sind die Expreßer?

Die Kriegsheker- und Panzerplattenpatriotenpresse hat es in letzter Zeit besonders auf den Deutschen Transportarbeiterverband abgesehen. Das von den weisfälligen Schwerindustriellen ausgehaltene Preßmägdchen, die ehemals Stummische Post, brachte kürzlich eine von infamistischem Arbeiterhaß zeugende Notiz gegen die Bestrebungen unseres Verbandes, die eine wirtschaftliche Hebung der Lebenslage unserer Kollegen bezwecken. Der giftigste Erguß, aus dem man den Hezweck im ersten Satz erkennt, lautet:

„Der Deutsche Transportarbeiterverband unternimmt es augenblicklich, die Ersagmannschaften der Großen Berliner Straßenbahn für seine Zwecke zu gewinnen. Es sind dies meist neu eingestellte jüngere Leute, die dem Verband noch nicht angehören, im Notfall bei einem Gesamtstreik der Organisation aber den Betrieb der Straßenbahn zur Not beschränkt aufrecht erhalten könnten. Für sie und für alle Unzufriedenen der „Großen Berliner“ wurden in den letzten Tagen in der Nähe der Straßenbahnhöfe 20 Versammlungen abgehalten, in denen über die Direktion in der üblichen Weise hergezogen, den Angelegten aber auch nahegelegt wurde, dem Verband beizutreten, um bei dem in Szene zu setzenden großen Streik zur Verbesserung der Lage des Personals beitragen zu helfen. Da sich der Transportarbeiterverband hierbei rühmen konnte, daß er in der letzten Zeit durch die (überall vom Jaune gebrochenen) Streiks in den Betrieben der U. C. G., bei der Firma Bergmann, im Fensterputzgewerbe und bei dem Straßenbahnerstreik in Straßburg stets eine Besserung der Lage der Angelegten erzwingen habe, so ist denn auch in der Sektion 3 des Verbandes die Mitgliederzahl durch den Eintritt einer großen Zahl Straßenbahner in den letzten Tagen von 700 auf 6000 Personen gestiegen. Wenn man nun an einen Ernstfall für Berlin denkt, so muß man sich vor Augen halten, daß diese Expreßungsbesserer Vespeldung neben kolossalem Schaden für Industrie, Handel und Gewerbe, den eine Verkehrsnot gerade in Berlin unweigerlich mit sich bringen muß, schließlich stets Aussicht auf Erfolg hat, denn die „Große Berliner Straßenbahn“ darf nach dem Kleinbahngesetz den Betrieb als Abwehr gegen die Ansprüche des Verbandes längere Zeit nicht einstellen, um nicht der Konzeption verlustig zu gehen. Sie muß sich also, wenn der polizeiliche Schutz nicht weit genug für Aufrechterhaltung und Sicherung des Betriebes genährt werden kann, dem Terrorismus des Verbandes bedingungslos beugen.“

Die arme Straßenbahndirektion muß sich also, frei nach der Post, den Expreßungen des Transportarbeiterverbandes beugen. Arme Direktion, unser herzlichstes Mitleid. Aber in Wirklichkeit sehen Mücke und Genossen gar nicht so aus, daß sie sich so ohne weiteres bedingungslos unterwerfen. Für diese Armen wird seitens der Post nur das Mittel ertrotzt, um die gefährlichen Körperknoten systematisch gegen unsern Verband aufzuheben. Freilich, wenn die Post uns verleumdet, können wir stolz darauf sein, denn wir befinden uns dabei in hoher Gesellschaft. Kann es doch

auch der deutsche Kaiser der Post nicht recht machen; sie wirft ihm vor, er habe Schmach und Schande und noch schlimmeres als Dmüß über Deutschland gebracht, weil er nicht wegen eines ausgedörrten Fegens Marokkos an Frankreich den Krieg erklärt hat. Diese Prostituierte der Panzerplatten- und Kanonenpatrioten will durch solche Beschimpfung des Kaisers den Krieg gegen Frankreich und England erpressen, lediglich zu dem Zwecke, daß ihre Nutzhalter aus dem Munde der deutschen Nation neuen Profit einheimen können. Und dieses internationale Raubgeseßel, demgegenüber der Volkos des Olmups ein Gentleman ist, will den Patriotismus in Erbpacht genommen haben? Profitgierige Hundeseelen des Geldfacts, guck mal in den Spiegel, dann seht ihr dort die Kraken der Hochverräter an der deutschen Nation! Die Expreßungsbesserer Besoldung für Leute, denen man einen Hungerlohn von 3,20 Mk. pro Tag zahlt für schwere und verantwortungsvolle Arbeit, ist Ehrenpflicht jedes feinen Nächsten liebenden Menschen. Eine Schande ist es freilich, daß in Berlin noch heute solche Löhne gezahlt werden, obwohl selbst der ortsübliche Tagelohn weit darüber hinausgeht. Eine größere Schandtat ist es aber, die Zahlung solcher Schundlöhne noch öffentlich als gerecht und billig verteidigen zu wollen. Daß wir die armen Proletarier der Straßenbahn organisieren, ihnen zu höherer Entlohnung verhelfen, ist um so mehr unseres Verbandes Pflicht, als sie selbst von keiner Seite Hilfe in ihrer Not zu erwarten haben. Und wenn die Post mitsamt ihren Zubältern die Gelbsucht bekommt, wir marschieren.

Rückblick und Ausichten in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sektion 5, Industriearbeiter in Berlin.

Ein Rückblick auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie sich in den letzten Jahren vollzogen haben, befriedigt nicht. Die Arbeitszeit hat eine Verkürzung im allgemeinen nicht gebracht, sondern beträgt gegenwärtig immer noch täglich 10, 11, 12 und mehr Stunden. Das alte Leiden, das Ueberstundennwesen hält sich immer noch in voller Blüte. Gar häufig wird festgestellt, daß durch Ueberstunden die Arbeitszeit bis zu 15 Stunden täglich ausgedehnt wird. Es ist dies ein Zustand, der für die Dauer unhaltbar wird. Schon bei einer kürzeren Arbeitszeit wird die Arbeitskraft bis zur Erschöpfung ausgepumpt; ganz zu schweigen von der Ausnutzung durch die lange Arbeitsleistung. Der Kräfteverfall muß durch die lange Arbeitszeit um so eher eintreten und der Familie wird der Ernährer schon bei Zeiten geraubt. Leider wird diese Folge von einem Teil unserer Kollegen nicht immer eingesehen. So mancher treibt mit seiner Gesundheit in unverantwortlicher Weise Raubbau.

Woran liegt dies, so wird man sich fragen, und wo ist die Wurzel des Übels zu suchen? Die Hauptschuld, daß noch ein gewaltiger Drang nach Leistung von möglichst viel Arbeitsstunden vorhanden ist, liegt in der schlechten Gestaltung der Löhne.

Mit Bedauern muß konstatiert werden, daß immer noch in den Metallbetrieben Löhne anzutreffen sind, die aller Menschlichkeit Lohn sprechen. Gerade die Prozen der Metallindustrie zahlen die erbärmlichsten Löhne. Hier wird die menschliche Arbeitskraft am schamlosesten ausgebeutet, aber am schlechtesten bezahlt. In anderen Industriegruppen hat überall eine ausgleichende Lohnerhöhung stattgefunden. Hier in den Metallbetrieben ist eine Aufbesserung völlig ausgeblieben. Durch die Teuerung der letzten Jahre sind die Preise für alle Lebens- und Genussmittel um mindestens 35 bis 40 pCt. gegen früher in die Höhe gegangen. Auch die Preise für Wohnungsmieten und Bekleidung steigen ständig und es ist noch garnicht abzusehen, wann die Steigerungen ihren Höhepunkt erreicht haben werden. Und angesichts solcher Zustände ist es ein Lohn, wenn die Kapitalmagnaten sich immer noch andrücken, unsere Kollegen Bader, Lager- und Transportarbeiter mit einem Stundenlohn von 36, 37 und 38 Pf. abspießen zu glauben. Was sind 36 Pf. Stundenlohn bei einer 10stündigen Arbeitszeit? Die Berechnung ergibt für den Tag 3,60 Mk., das ist für die Woche ein Verdienst von 21,60 Mk. Gelangt das Kranken- und Invalidengeld von ca. 90 Pf. in Abzug, so verbleibt ein „Fürstentum“ von 20,70 Mk. Mit den Lohnsteigerungen, die in „wohlwollender“ Weise nach Fleisch und Leistungen gegeben werden sollen, steht es verheerend schlecht aus. Man kann mit Recht die Frage stellen: Wann ist die Grenze von Fleisch und Leistung ertlangt, die eine Wohnzulage berechtigt?

Die Kollegen haben das Gefühl und dieses Gefühl hat sich bereits festgesetzt, daß mit den Worten Fleisch und Leistung Schindluder getrieben wird. Alles wird über einen Kamm geschoren und nur diejenigen haben noch Aussicht auf eine winzige Lohnaufbesserung, die sich als überaus nützliche Elemente aufspielen und durch gewisses Auftreten bekunden, daß sie gewillt sind, für Pfennige ihre Arbeitsbrüder zu verraten.

Die Lage, in der die Bader, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter der Metallbetriebe verunsichert und Umgegend sich befinden, ist eine äußerst niedergedrückte. Es quält sich der Ruf aus jeder Brust: daß es anders werden muß, denn die bestehenden Verhältnisse lassen sich nicht mehr lange ertragen. Man kann, ohne Gefühlsmenschen zu sein, den Kollegen sehr gut nachempfinden. Ihr Dasein ist ein Kampf ums tägliche Leben. Der größte Teil hat mit Nahrungs-, Sorgen, Not und Glend schändlich zu kämpfen. Immer und immer wieder drängt sich daher die Frage auf: Wie kann geändert, wie kann gebessert werden? Der einzelne kann es freilich nicht und ist er auch der bestveranlagteste Mensch und mag er vom besten Willen

beseelt sein, er wird der Macht des geeinigten Kapitals weichen und unterliegen. Also, ein anderer Weg muß gefunden werden. Ein altes Sprichwort sagt: Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein gangbarer Weg. Und so auch hier. Ein leider großer Teil Bader, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter, die in den Metallbetrieben tätig sind, haben bisher es nicht für notwendig befunden, über die Ursachen ihrer schlechten Lage nachzudenken. Sie glauben immer noch, daß der Arbeitgeber eines Tages so lieb sein werde, um sie mit einer Lohnaufbesserung zu besüßeln. Diese Toren warten schon lange und sie werden auch bis zum Nimmerleinstage warten können. Die Harmoniebulle ist ein für allemal vorbei. Soll die Lage unserer Berufskollegen in den Berliner Metallbetrieben sich verbessern, dann heißt es Macht entfalten! Das Lämmlein trübt dem Wolf kein Wasser, aber eine Schar bissiger Rötter jagen ihn in die Flucht. Auch bei uns liegt es ähnlich. Wollen wir dem rabiaten Unternehmer das zum Leben notwendige abtropfen, dann bedarf es einer Festigung unserer Reihen, einer Geschlossenheit aller Kollegen in der Berufsorganisation. Sollen in naher Zeit Kämpfe von Bedeutung geführt werden, dann säume niemand mehr, sondern begeben sich hinein in die Organisation.

In den Berliner Metallbetrieben werden heute ca. 13 000 Kollegen beschäftigt, die als Bader, Lager-, Betriebshilfs-, Hof- und Transportarbeiter tätig sind. Eine ungeahnte Kraft speichert in diesen Tausenden. Man kann also mit Recht sagen, daß der größte Teil garnicht weiß, welche gewaltige Macht die Kollegen repräsentieren und welche Stärke sie besitzen.

In einer Reihe von Betrieben haben die Kollegen den Wert und die Macht der Organisation bereits erkannt. Sie haben sich seit Jahren organisiert und dadurch zu Wege gebracht, daß in der Gestaltung der Löhne und der Arbeitszeit wesentliche Verbesserungen eingeführt wurden. Bei der weiteren Fortentwicklung treten die rückständigen Betriebe diesen bereits hinbernd in den Weg. Es muß daher das Verjämte in allen jenen Betrieben jetzt im beschleunigten Tempo nachgeholt werden. Nützt die Zeit, sie ist kostbar. Jeder Tag, der unangenehm verstreicht, kann nie wieder eingeholt werden.

In weit stärkerer Maße muß daher der Aufschall: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne. Die Erbringung dieser Forderungen dürfen nie und nimmermehr aus den Tagesdiskussionen verschwinden.

Wir Handels-, Hilfs- und Transportarbeiter haben Anspruch zu erheben an den Kulturerrungenschaften teilzunehmen. Unser Ruf muß laut und klar erschallen, daß wir nun endlich unsere traurige Lage fall haben. Wir wollen nicht länger die Knechte der Industrieherrn bleiben, wir verlangen, daß unser Lohn- und Arbeitsverhältnis menschenwürdig geregelt wird. Unsere Forderungen lauten daher zunächst: Einführung des 9stündigen Arbeitstages als Höchstleistung und Zahlung eines Lohnes, welcher ausreichend ist, dabei uns und unsere Familie ernähren zu können. Fort mit den Günstlingslöhnen, und fort mit allen Löhnen, die unter 45 Pf. pro Stunde sich bewegen. Jeder, der es mit sich und den Seinigen ehrlich meint, hat dies Ziel zu erstreben.

Wirtschaftliche Kämpfe in Leipzig!

Schon immer war das Bestreben der Organisation darauf gerichtet, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufskollegen erträglicher zu gestalten. Mit dem Wachstum der Organisation wird dieses im stetigdem Maße möglich sein. Den besten Beweis hierfür bieten die Erfolge, welche die Organisation am Orte in den acht Monaten des Jahres 1911 zu verzeichnen hat. Wurden doch im Ganzen 39 Lohnbewegungen zu Ende geführt. Diese Bewegungen verteilten sich auf 86 Betriebe, in denen 1457 männliche und 61 weibliche Berufsangehörige tätig sind. In den Bewegungen waren beteiligt 1428 männliche und 59 weibliche Berufsangehörige. In 9 Fällen mußten die Kollegen ihre Forderungen durch Arbeitseinstellung erkämpfen. Sämtliche Bewegungen, mit Ausnahme einer einzigen, verliefen für die Kollegenchaft erfolgreich. Erfolge hatten 1437 männliche und 59 weibliche Berufsangehörige. Durch die geführten Lohnbewegungen wurde erreicht für 1398 Beteiligte ein wöchentliches Mehrlohn von 1064,64 Mk., das sind im Jahre 2 11, 3 61, 2 8 Mk., oder im Durchschnitt für den einzelnen ein Mehr von 1 5 1, 1 8 Mark. Neben dem erhöhten Lohn wurde für 616 Beteiligte eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 2 3 70 Stunden erzielt, das sind durchschnittlich für den einzelnen 3,8 Stunden. Außerdem gelang es in Punktbezahlung der Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, Einführung von Jourdnisten, Gewährung von Ferien, unter Fortbezahlung des Lohnes ganz bedeutende Vorteile für die Kollegenchaft zu erreichen.

Dazu kommt, daß in Krankheitsfällen ein Lohnzuschuß bis zur Höhe des Wochenlohnes seitens der Unternehmer für einen großen Teil der Kollegen gewährt werden mußte. Auch bei militärischen Übungen erhalten die Kollegen täglich 2—3 Mk. Angesichts solcher Vorteile muß man sich tatsächlich wundern, wie es immer noch Kollegen geben kann, die den Organisationsbestrebungen gleichgültig, öfters sogar feindselig, gegenüberstehen und die absolut nicht begreifen wollen, daß sie in erster Linie es sind, die Schuld daran tragen, daß gerade in unserem Beruf noch solche rückständige, nach Mordelust duftende Zustände vorhanden sind. Als ein ganz ungesundes Verhältnis muß es bezeichnet werden, daß selbst von den an den Lohnbewegungen Beteiligten es immer noch 174 männliche und 32 weibliche Berufsangehörige gab, die die Zipselstücke des über den Ohren hatten und dem Ber-

band noch fern standen. Die Kosten der Lohnbewegungen und Streiks waren verhältnismäßig sehr gering. Die Ausgaben hierfür betragen insgesamt 256,20 Mk., wovon, aus Rücksicht auf den nicht günstigen Stand der Hauptkasse, 1068,60 Mk. aus der Nebenkasse gedeckt wurden. In zehn Fällen gelang es, mit den Unternehmern Tarifverträge zu vereinbaren. Diese Verträge erstreckten sich auf 38 Betriebe, in denen 16 Verbandsangehörige tätig sind.

Überblicken wir das Gesamtbild, so muß ohne weiteres gesagt werden, daß die Organisation ihre Aufgabe voll erfüllt hat. Nur ist zu bedauern, daß durch die herrschende Teuerung der größte Teil der Erträge wieder illusorisch wird. Dabei stehen wir erst am Anfang derselben, denn die vorhandene Futtermittelnot hat zweifelslos zur Folge, daß ein Teil des Getreides zu Futtermitteln Verwendung findet und dieses bewirkt Verteuerung des Brotes. Hinzu kommt, daß infolge der tropischen Hitze die Kartoffelernte ziemlich schmal ausfallen dürfte, so daß eine weitere Brotverteuerung nicht ausbleiben wird.

Die Aussichten für die arbeitende Bevölkerung sind ungemein trüb, werden doch heute schon Preise für die meisten Nahrungsmittel verlangt, die der Arbeiter nicht bezahlen kann. So kostet gegenwärtig das Pfund Butter 1,68—1,72 Mk., das Pfund Sauerkohl früher 6 Pfg. jetzt 20 Pfg. Gemüseartikel sind überhaupt nicht zu haben und wo ab und zu einmal ein Angebot gemacht wird, werden Preise gefordert, daß der Arbeiter die Finger davon lassen muß.

Für die gesamte Kollegenschaft müssen solche Zustände ein Ansporn sein, den Ausbau der Gewerkschaft mit Macht zu fördern, damit dem Unternehmertum Zugeständnisse abgerungen werden können, die es ermöglichen, auch in den Zeiten der Teuerung den Hunger zu stillen.

Freiwillig gewährt das Unternehmertum den Arbeitern nicht das geringste, jeder Fuß breit Sozialreform muß denselben erst im schweren Stampfe abgerungen werden. Den besten Beweis hierfür bietet die Aussperrung der Metallarbeiter, bei der auch 226 Verbandsmittelglieder in Mitleidenschaft gezogen sind. Anstatt einen Dreier Lohnzulage zu gewähren, wirft dieses übermäßige Scharfmachertum tausende von Familienvätern rücksichtslos auf das Straßenpflaster. Diese Vorgänge haben das gute für sich, daß auch jenen Arbeitern, die immer noch an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glaubten, die Augen geöffnet werden.

In bezug der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft sind die Unternehmer aller Schattierungen sich einig, auch die Buchhändler machen keine Ausnahme. Bei den letzten Tarifberatungen waren diese Herren besonders stolz auf ihr „gutes Herz“, was so warm für die Arbeiter schlägt, daß man von der Hofplatzstraße es im Volkshaus klopfen hörte. Diese guten Unternehmerherzen haben es fertig gebracht, daß in den letzten vier Jahren der Tarifdauer ganzen 21 Kollegen eine „freiwillige“ Lohnzulage gemacht wurde.

Die Buchhändler-Markthelfer treten in den nächsten Wochen in eine Tarif-Revision, hier wird es sich zeigen, wie weit die Unternehmer nicht das gute Herz, sondern den Geldbeutel aufstun. Vor allen Dingen ist nötig, daß die Berufskollegen im Buchhandel sich etwas mehr rühren und dazu beitragen, daß der Indifferenzismus aus ihren Reihen verschwindet. Geschicht dieses, so pfeifen wir auf das gute Herz der Unternehmer, sondern werden zu geeigneter Zeit uns besseres Brot erkämpfen.

Waffenstillstand im

Danziger und Elbinger Schichaukampf.

Am 23. August 1911 wurde der Danziger Schichaustreik nach zwanzigwöchiger Dauer abgebrochen. An dem Tage erfolgte in einer Versammlung der Streikenden eine Abstimmung über die Fortführung des Kampfes. Das Resultat war:

- 400 Stimmen für weiteren Streit,
- 335 Stimmen gegen weiteren Streit,
- 20 Stimmen unglücklich.

Es fehlten an der statutenmäßigen Dreiviertel-Mehrheit für weiteren Streit 147 Stimmen, womit das Schicksal des Kampfes entschieden war.

Die Kommission der Streikenden verhandelte am 24. August mit der Firma Schichau wegen Aufnahme der Arbeit. Herr Carlson war auf Reisen. So wurden dann mit anderen Vertretern der Firma nachstehende Vereinbarungen getroffen:

Die Streikenden werden sämtlich wieder in Arbeit genommen. Maßregelungen finden nicht statt.

Mit ungebrochenem Mute, als Unbesiegte kehren die tapferen Schichaukämpfer an ihre Arbeitsplätze zurück. Sie können ihr Haupt stolz erheben, errangen sie doch als schlichte Blumenmänner Hochachtung und Bewunderung, nicht nur bei ihren Arbeitsbrüdern, sondern in allen Volksschichten, mit Ausnahme der industriellen und agrarischen Scharfmacher. Und das ehrt die Schichauarbeiter noch mehr.

Eine Schlacht ist unentschieden abgebrochen, der Krieg dauert fort. Die starke Organisation bleibt der sichere Felsen, von dem aus die Arbeiter letzten Endes ihren wirtschaftlichen Befreiungskampf siegreich durchführen werden. Das Festhalten an der Organisation, ihre Stärkung, ist die vornehmste Pflicht aller denkenden Proletarier.

Nun schwirren wieder die Riesen, die Mäder fassen, die Maschinen beginnen ihren rasenden rastlosen Lauf, die Schloße quaden und wuchtige Hämmer kloren Eisen und Stahl. Die Lohnslaven opfern wieder ihre Arbeitskraft, ihr Leben, dem Moloch Kapitalismus. Die verbrauchte Lebenskraft der Schaffenden verwandelt sich im Arbeitsprozeß in gleichenbes

Gold — für den Millionär Diefse. Er fühlt sich als Herrscher im Betriebe. Steinen Genuß des Lebens braucht er sich verjagen, regen sich doch tausende fleißige Hände für die Mehrung seines Profits, für die Anhäufung seines Kapitals.

Hornig erhoben die Proletarier den Nacken gegen das erbarmungslose Joch. Rarger Lohn, farge Nahrung zu harter Arbeit. Der Drang nach Lebensfreude und Lebenslust erwachte! Alle Mäder standen still — darin lag der Ausdruck der größeren Macht des Proletariats. Nur scheinbar steht die Herrschaft des Kapitals noch unerschüttert. Der Wissende hört das Grollen in der Tiefe, sieht die Zukunftsschichten, die den Geknechteten Befreiung bringen, trotz alledem —!

Waffenstillstand auch in Elbing.

Die Elbinger Schichauarbeiter folgten dem Rate der Gewerkschaftsführer, einzuweichen nicht zum schärfsten Mittel im gewerkschaftlichen Ringen zu greifen. Die Proklamierung des Streiks unterblieb.

Wag sich mancher auch nur zähneknirschend den alten Verhältnissen fügen. Getrost, allen Arbeitern blüht die Hoffnung einer besseren Zukunft! Die über 2 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Kämpfer, die über 3 1/2 Millionen sozialdemokratischen Wähler, die über 800 Tausend organisierten Sozialdemokraten bürgen dafür, daß der allgemeine Fortschritt weder in Danzig noch in Elbing halt machen wird.

Agitieren und organisieren muß der einzelne zu allen Stunden. Jeder neue Freund vermehrt die Schlagkraft der Arbeiterbataillone. Darin liegt der Schlüssel zu kommenden Erfolgen.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Eine Antwort des deutschen Kraftwagenführer-Kartells. Daß wir das „Deutsche Kraftwagenführer-Kartell“ unsern Kollegen einmal in schönster Rachtzeit gezeigt haben, daß wir seine Phrasendrescherei einmal auf das richtige Maß zurückschraubten, ist dem offiziellen Organ des Kartells auf die Herzen gefallen. Der „Kraftwagenführer“ hat ausgerechnet, daß unser Artikel „Eine Abfuhr des Kraftwagenführer-Kartells“ in der Nr. 33 des „Couriers“ vom 13. August 1911, rund 250 Zeilen lang war, im übrigen beschränkt sich der Rezensent auf einige Nebensächlichkeiten. Er bestreitet sogar die Abfuhr in Magdeburg. „In Magdeburg“ schreibt der Rezensent harmlos, naiv, „befiehlt kein Kartellverein, der die Propaganda für das Kartell in die Hand nehmen könnte.“ Der „Kraftwagenführer“ überfließt dabei ganz, daß wir nicht von der Abfuhr des Magdeburger Kartellvereins sprachen, sondern von der des Münchener Kraftwagenführer-Kartells, das in Magdeburg eine Vereinsgründung plante. Daß die famosen Kartellisten in Magdeburg auf einen reichen Fischzug hoffen, wird indirekt zugegeben, es bleibt nur die Ausnahme übrig, daß sich ein paar von der Kartelleitung versandte Flugblätter in falsche Hände vertritt haben“ schreibt der „Kraftwagenführer“. Wir sind allerdings der Meinung, daß sie gerade in die richtigen Hände kamen, denn wohl einzig unser Dazwischentreten hat verhindert, daß eine Anzahl Magdeburger Chauffeure der geisttötenden, gegen ihre eigenen Lebensinteressen verstoßenden, Vereinsmeierei verfiel. Das Kartellorgan schreibt: „Es scheiden für uns fast vollständig die Droschken-, Geschäfts- und Lastwagenchauffeure aus, ferner alle diejenigen, welche das 21. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt und noch keine 3jährige einwandsfreie Fahrerzeit aufweisen können.“ Das Kartell organisiert eben nur die „Besten“, wie das Flugblatt ebenso annahmend wie unwahr schreibt. Was das Kartellorgan hier gewissermaßen als Entschuldigung anführt, ist gerade die größte Sünde des Kartells. Ist es schon wahrhaftig, die Automobilführer von den übrigen Transport- und Verkehrsarbeitern künstlich zu trennen, ihnen einen lächerlichen und schädlichen Stabesbündel aufzuschwägen, so ist es geradezu frivole Arbeiterfeindschaft, die Automobilführer selbst noch in ungleicherwertige Klassen zu scheiden. Es ist niedrigste Demagogie, jene Automobilführer, die die angeblichen Aufnahmebedingungen des Kartells erfüllen können, die „Besten“ zu nennen, und alle andern in eine niedriger stehende Klasse der „minder guten“ Kraftwagenführer zu rangieren. Die Existenz des Münchener Kraftwagenführer-Kartells ist eine Aufreizung der Autoführer gegen einander. Es ist ein verächtliches Geschäft, die niedrigsten Instinkte im Menschen zu wecken. Der krasseste Egoismus wird durch solche Vereinsmeierei in den „Besten“ zur Wille gebracht. Sie sind nur für sich da, was geht sie die übrige Automobilführerschaft an? Jeder Mensch ist für sich da, das ist die Quintessenz der Agitationsweise des Kraftwagenführer-Kartells. Wohl! Jeder Mensch ist für sich da! Aber das ist doch nur eine Begriffsklärung der Bestimmung des Menschen. Jeder Mensch ist nicht nur für sich, sondern auch für den andern da, das ist unser Leitstern und deshalb gelte bei der Automobilführerschaft zum Automobilführer ganz unbekümmert darum, ob er Privat-, Droschken-, Geschäfts- oder Lastwagenchauffeur ist; ganz unbekümmert darum, ob er 20 oder 40 Jahre alt ist und zwei Jahre oder zwanzig Jahre ein Automobil fährt.

Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Feind aller Automobilführer, wer aber das Gegenteil behauptet, der braucht sich nicht erst in den Schmutz zu setzen wie der „Kraftwagen-

führer“ es von uns behauptet*) — der sieht schon drin.

Im übrigen beklagt das Kartellorgan in lautmohanten Tönen, daß wir durch unsere Artikel die Kluft zwischen dem Kartell und unsern Verband vergrößern. Du lieber Herrgott! Wie maßt sich in diesen Köpfen die Welt. Selbstverständlich liegt uns nichts an einem Streit mit andern Chauffeurvereinen, aber wenn der Artikelschreiber des „Kraftwagenführers“ noch nicht begriffen hat, daß von einem dauernden Frieden zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und den kleinen und kleinsten Lokalvereinen der Chauffeure niemals die Rede sein kann, dann mag er sich sein Lehrgeld wieder geben lassen. Wenn dem Chauffeurberuf Gefahr von außen droht, werden die Vereine und Verbände uns auf dem Posten finden, (mögen sie dann nicht fehlen) niemals aber werden wir den Anspruch aufheben, daß sämtliche Automobilführer in den Deutschen Transportarbeiterverband gehören — auch die jetzigen Mitglieder des Kartells. — Der „Kraftwagenführer“ ist enttäuscht, daß wir die Kleinerung des Fürsten Lwoff wiedergegeben haben, er nennt die Quelle schmutzig. Der „Kraftwagenführer“ muß das besser wissen als wir. Wenn der Gewährsmann des Kartellorgans sich die Mühe nehmen wollte, das Buch des Fürsten Lwoff, „Der korrekte Chauffeur“ einmal durchzulesen, so wird er die Erfahrung machen, daß der Chauffeur des Fürsten sicher zu den „Besten“ gehört, und außerdem mit den „Vereinen“, der deutsche Transportarbeiterverband nicht gemeint sein kann. Und deshalb läßt uns die — recht billige — Entrüstung des „Kraftwagenführers“ taft.

Im ganzen kann man es dem Kartellorgan anmerken, daß es ihm recht unangenehm ist, daß die Flugblätter in „falsche Hände“ gerieten. Der Passus der sich direkt gegen uns richtete, hätte im Flugblatt gern fehlen können, meint der „Kraftwagenführer“ und bemüht sich dann, ihm eine harmlose Wendung zu geben. Dies Bestreben ist verständlich, dürfte doch das Flugblatt nicht weit von der Redaktion des „Kraftwagenführers“ entflanden sein. Unsere Kennzeichnung der Vereine, die keine parteipolitische Verührung wünschen, hat insofern gewirkt, als sich der „Kraftwagenführer“ zu dem Gegenstand veranlaßt fühlt, das „Kartell“ triebe auch Politik — wenn auch nur die Politik des Weileins, des gehorsamsten Petitionierens. Auch zur Reichsversicherungsordnung hat das Kartell petitioniert. Hier unterläuft dem Kartellorgan der Fehler, den wir schon im Flugblatt fanden. Es wird davon gesprochen, daß die Versicherungspflicht eine Grenze bei 2000 Mk. Einkommen hat. Das ist in dieser Allgemeinheit falsch. Nur bei der Zwangsversicherung hört die Versicherungspflicht bei über 2000 Mark auf. Gegen Unfall sind sämtliche Arbeiter, unbeschadet ihres Einkommens, versicherungspflichtig. Zu diesen Arbeitern gehört auch der Automobilführer (auch die „Besten“ des „Kartells“). Gegen Krankheit, und von diesem Versicherungsgegenstand war im Flugblatt die Rede, ist jeder Automobilführer versicherungspflichtig, dessen Einkommen 2500 Mark nicht übersteigt.

Eine merkwürdige Interessenvertretung, bester „Kraftwagenführer“, die das nicht weiß.

Wir haben alle Punkte der Erwiderung, die wenigstens aus der Ferne einigermaßen sachlich ausfallen, berührt. Auf die Schimpfereien des „Kraftwagenführers“ einzugehen, erübrigt sich. Wenn er wenigstens in seiner Schimpfstanonade wie z. B. „pötern“, „schimpfen“, „faugrober Gelegenheitsarbeiter“, „Verleumdung“, „schmutzige Quelle“, „Unrat“, „Toll“, „Dreißigkeit“, „Unverständlichkeit“, „unantastbare und unwahrscheinliche Angriffe“, „beweislose Beschimpfungen“, „Schmutz“ zc. — etwas Logik bringen wollte, dann ließe sich darüber reden. Sind wir durch den Kampf mit den Unternehmerorganen doch schon mancherlei gewöhnt. Aber mit der Logik verfährt der „Kraftwagenführer“ wie mit der Wahrheit — beide werden einer himmelschreienden Eisenbarrikade unterworfen, an der sie zu Grunde gehen. Und da streichen wir denn vor der Schimpfstanonade des „Kraftwagenführers“, die sich auf eine Notiz von 30 Zentimeter Länge breit macht, lieber die Segel. Unsere gute Erziehung leidet sonst darunter.

Die Automobilführer wissen auch so die Konsequenzen zu ziehen. Des sind wir sicher. Die Parole für sie lautet: Sine in in den Deutschen Transportarbeiterverband.

Samburg 1. Versammlung am 18. August. Kollege A. erläuterte das Delegiertensystem, wie es von der Ortsverwaltung der Generalversammlung vorgelegt werden soll. Redner ersuchte, diesem System zuzustimmen, da dasselbe eine gerechte Vertretung der einzelnen Gruppen garantiere. In der folgenden, lebhaften Diskussion stimmten sämtliche Redner bis auf eine Ausnahme dem Vorschlage zu, wünschten jedoch, daß die Zahl der Delegierten verdoppelt werde. Folgende Resolution fand gegen 4 Stimmen Annahme: „Die Versammlung der Branche Kraftwagenführer erblickt in dem Delegiertensystem eine gerechte Vertretung der einzelnen Gruppen und erklärt sich aus diesen Gründen im Prinzip mit denselben einverstanden. Die Versammlung steht jedoch auf dem Standpunkt, daß die Zahl der Delegierten, wie im Entwurf angegeben, zu wenig ist, und beantragt daher, daß auf je 50 Mitglieder ein Delegierter gewählt wird.“

Bei der S. G. D. A. G. haben 2 Kollegen die ihnen laut Tarif zustehenden Ferien dadurch durch-

*) Der „Kraftwagenführer“ muß übrigens eine selten niedrige Meinung von dem Deutschen Kraftwagenführer-Kartell haben, wenn er glaubt, daß wir uns durch die Beschäftigung mit dem „Kartell“ in den Schmutz setzen. Es geht halt nichts über Selbsterkenntnis.

brochen, daß dieselben während denselben teilweise gefahren haben. Dieses Vorgehen wird von der Versammlung aufs Schärfste verurteilt, ebenso das sogenannte 24 Stundenfahren, welches allerdings in nur sehr wenigen Fällen von vereinzelten Kollegen versucht wurde. Bei Wiederholung dieses Vorgehens sollen die Betroffenen ausgeschlossen werden. Die Rechtschuhangelegenheit des Kollegen M. zeigt, daß mancher Kollege den Weg zum Verband sehr gut zu finden weiß, wenn er sich in Not befindet, jedoch sich später nicht mehr verpflichtet fühlt, den Beschlüssen der Kollegen Rechnung zu tragen. Eine rege Diskussion entfaltete sich über die neue eingeführte Grenze für Rückfahrgebühren. Da die weitaus größte Anzahl der Kollegen durch die unbekannte Ausgabe der Grenzen sich im Unklaren befindet, wird die Leitung beauftragt, bei der Polizeibehörde vorstellig zu werden dahin, daß jeder Fahrer in den Besitz eines Planes von Hamburg kommt, auf welchem diese Grenze deutlich eingezeichnet ist. Desgleichen soll die Sektionsleitung wegen einiger Halteplätze bei der Behörde vorstellig werden. Nach Erledigung einiger Internas erfolgt Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Dollarprinzessin und Chauffeur. Nachrichten unter dieser Überschrift werden allmählich eine ständige Rubrik in der Presse Nordamerikas. Schöne Prinzessinnen verlieben sich, wie man sagt, dann und wann in einen schmucken Leutnant. Die Geldprinzessinnen der Vereinigten Staaten verraten neuerdings eine ausgesprochene Vorliebe für junge und smarte Führer von Automobilen. Während aber unstandesgemäßer Hirt der echten Prinzessinnen in den meisten Fällen im Kreise erstickt wird, greifen die resoluten Misses im Yankee Lande, ohne viel zu zögern, zu dem gründlichsten Mittel, sich den Gegenstand ihrer Wahl zu sichern, zur Heirat. In dem fashionablem Badeort Newport, in dessen Villenkolonie ein Millionär neben dem anderen wohnt, schlägt man augenblicklich die Hände über dem Kopf zusammen vor Entsetzen über die Tatsache, daß eine der gefeiertsten Damen dieses exklusiven Kreises bei Nacht und Nebel mit einem Chauffeur davongegangen und bereits mit ihm getraut ist. Die junge Dame heißt Miss Julia Steele French und ist die Tochter des Mr. Amos Luc French, der zu den Leitern der Manhattan-Trust-Gesellschaft in New-York gehört. Sie ist mit den obersten Würdenträgern des Dollarlandes auf verschiedene Art eng verwandt; so ist z. B. Mrs. French Wandaerbild ihre leibliche Tante. Sie ist erst 18 Jahre alt, eine auffällig hübsche Erscheinung, und wenn ihre Freundinnen ihr immer einen besonders energischen Charakter nachgerühmt haben, so ist der Schritt, den sie jetzt unternommen hat, jedenfalls nicht geeignet, ihr diesen Ruhm zu schmälern. Mit Sport hat sie sich natürlich, wie alle jungen Mädchen ihrer Heimat und ihrer Gesellschaftsklasse, stets sehr beschäftigt. Und durch den Sport machte sie die Bekanntschaft des Chauffeurs John Edward Paul Geraghty, dessen Frau sie jetzt in aller Heimlichkeit geworden ist. Er wird als ein dunkelhaariger, athletisch gebauter und sehr stattlich aussehender junger Mann von 23 Jahren geschildert. Sein Vater ist der Eigentümer von zwei Droschkenautos, und eins dieser Autos pflegte er selbst bis vor kurzem durch die Straßen von Newport zu steuern. Da er dort allmählich eine bekannte und beliebte Persönlichkeit geworden war, unternahm er es, zur Verbesserung seiner Finanzen, sich zum Unterrichts im Automobilfahren anzubieten, und erhielt bald lebhaften Zuspruch. Eine seiner Schülerinnen war Miss Julia Steele French, und es dauerte nicht lange, so war sie zu ihrem Lehrer in heißer Liebe entbrannt. Die Klucht des jungen Paares vollzog sich unter sehr romantischen Umständen. Es fuhr, selbstverständlich im Automobil, absichtlich erst in die Kreuz und die Quer, um seine Spur zu verwirren, bis es nach einer Fahrt von 60 Meilen im eilastigen Tempo nach seinem Ziele, dem Städtchen Central Village gelangte. Dort begab der Chauffeur und Dollarprinzessin sich in ein Hotel und verlangten, so wie andere Reisende sich ein Frühstück oder ein warmes Bad bestellen, nach einem Geisteslichen, der sie gleich an Ort und Stelle trauen konnte. Der Zufall fügte es, daß sich ein Pfarrer unter den Bewohnern des Hotels befand. Er lag indessen, da es noch früh am Morgen war, im tiefsten Schlaf, und so frühstückte das Paar erst. Dann klopfte es an die Tür des Geistlichen und bat ihn, als er sich aus den Federn erhob und fragte, was man von ihm wünsche, er möchte die Trauung ohne Aufschub vornehmen. Die standesamtliche Lizenz war schnell beschafft, und eine halbe Stunde später ging die Trauung in der Eingangshalle des Hotels, dessen Eigentümer selbst einen der beiden Zeugen abgab, vor sich. Und mit dem nächsten Zuge fuhren die jungen Eheleute nach New-York ab. Vergeblich hatte sich Mrs. French Wandaerbild, ebenfalls im Auto, auf den Weg gemacht, um ihre Rechte von dem verhängnisvollen Schritt abzuhalten. Sie konnte ihren Vorprung nicht einholen, und so wird der Familie wohl nichts anderes als gute Miene zum bösen Spiel übrig bleiben.

Fensterputzer.

Hannover. Tarif-Vertrag für Fensterputzer. Seit dem 1. August d. J. besteht in zwei Fensterreinigungsanstalten eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Da in den meisten Reinigungsanstalten schlechtere Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden sind, so ist zu hoffen, daß sich nunmehr auch der letzte Fensterputzer der Organisation anschließt, damit in allen Betrieben mindestens gleichartige Verhältnisse geschaffen werden können. Zur besseren Orientierung lassen wir die wesentlichsten Bestimmungen des Tarifs folgen:

Lohn.

Der Lohn beträgt für diejenigen Putzer, die nachweislich 2 Jahre gepußt haben, pro Woche 25 Mk.

ohne Abzug. Dieser Lohn steigt jährlich um 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 28 Mk. Die im Betriebe geleistete Dienstzeit wird angerechnet. Für Ueberstunden wird ein Aufschlag von 15 pCt. bezahlt, sind jedoch Feiertage zu überholen, werden dadurch entstehende Ueberstunden nicht bezahlt.

Für Säure- und andre gefährliche Arbeiten, Abstauben von Glasdächern, die länger wie vier Wochen liegen, Häuserwaschen usw. wird pro Stunde 1 Mk. bezahlt.

Desgleichen wird auch die Sonntags- und Nachtarbeit mit 1 Mk. pro Stunde bezahlt.

Für Nachtsarbeit ist eine Entschädigung von 5 Mk. pro Tag zu bezahlen.

Die in die Woche fallenden Feiertage sind mitzubezahlen.

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit ist eine 9/2 stündige und dauert, unterbrochen durch eine zweistündige Pause, von morgens 6 bis abends 5 1/2 Uhr.

Als Ueberstunden gilt die Zeit von 5 1/2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends; als Nachtarbeit die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind nur in dringenden Fällen zu machen.

Kann die Pause nicht innegehalten werden, so wird dementsprechend eher Feierabend gemacht. Ist dies nicht möglich, so wird die Zeit als Ueberzeit gerechnet und als solche bezahlt.

Bei Ueberzeit wird, falls diese länger als 2 Stunden dauert, eine Ruhezeit von mindestens einer halben Stunde ohne Lohnkürzung gewährt.

Die Arbeitszeit beginnt und endet im Skontor.

Allgemeines.

Der 1. Mai ist unter Fortzahlung des Lohnes freizugeben; die notwendigste Arbeit ist jedoch zu erledigen. Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung dürfen nicht erfolgen.

Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabends gleich nach Schluß der Arbeit.

Gegenseitige Kündigung findet nicht statt. Eine Kautions wird nicht gestellt.

Für Bruch oder sonstigen Schaden haftet der Putzer nur dann, wenn ihm nachgewiesen wird, daß er unwillig oder grob fahrlässig gehandelt hat.

Sämtlichen Putzern wird unter Fortzahlung des Lohnes ein Erholungsurlaub bewilligt; derselbe beträgt nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre 1 Tag, nach zwei Jahren 2 Tage, nach drei Jahren 3 Tage.

Bei Bedarf von Arbeitskräften ist der Nachweis des Transportarbeiter-Verbandes zu benutzen. Ist der Nachweis nicht in der Lage, geeignete Arbeitskräfte nachzuweisen, so kann die Einstellung auch anderweitig erfolgen. In diesem Falle muß jedoch der Verbandsleitung im Laufe des Tages hiervon Mitteilung gemacht werden und müssen die dieserart eingestellten am Einstellungsstage Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes werden.

Liegt eine Arbeitsstelle in einem Vorort oder weitentlegenen Stadtteile, so hat die Firma das Fahrgehalt für die Hin- und Rückfahrt zu bezahlen.

Stuttgart. Kürzlich ereignete sich hier ein folgenschwerer Unfall. Ein hiesiger Fensterputzer, der bei der Firma Krebs in Arbeit ist, war mit anderen Kollegen beim Hausabwaschen beschäftigt und hatten dieselben zu diesem Zwecke zwei Stagenleitern aufeinandergebunden, trotzdem ganz auf eine Fahrlässigkeit beruht werden konnte und zu erreichen gewesen wäre. Auch hat der Unternehmer Krebs eine Ziehleiter, aber dieselbe wurde (wahrscheinlich aus Sparhamkeit) nicht benützt. Als nun der Putzer oben beschäftigt war, stürzte er plötzlich aus einer Höhe von 10-12 Meter ab, wobei er sich einen Fuß am Knöchelgelenk brach und außerdem schwere Gesichtsverletzungen davontrug. Es ist dies wieder ein Beweis dafür, wie wenig die Unfallverhütungsvorschriften befolgt werden, denn hätte ein Mann unten an der Leiter gestanden, dann wäre der Unfall wahrscheinlich nicht passiert. In Stuttgart kennt man jedoch anscheinend solche Vorschriften nicht, sonst würde die Polizei, die doch sonst immer gleich bei der Hand ist, wenn es gilt, den Arbeitern Moses zu lehren, solche groben Verstöße gegen bestehende Vorschriften unter keinen Umständen dulden.

Hafenarbeiter.

Hamburg I. Branche Schauerleute. Auf Vorschlag der Obmannschaft wurde der zweite Punkt der Tagesordnung, das Delegiertensystem betreffend, wegen der Besprechung des eng-lischen Kampfes, zurückgestellt. Es soll hierzu in einer baldigst einzuberufenden Versammlung Stellung genommen werden. Zum zweiten Branchenleiter wurde H. gewählt. Beim Bericht der Branchenleitung hebt H. hervor, daß der Hafenbetriebsverein in verschiedenen Gauen Deutschlands versucht, Arbeiter nach dem Hamburger Hafen zu locken. Da nun die Arbeitslosigkeit im Hafen abgenommen hat und Arbeitskräfte genügend an den Nachweisen herumstehen, so will der Hafenbetriebsverein die Zahl der Arbeitslosen hier in Hamburg noch vergrößern, oder auch eventuell als Streikbrecher nach England abschieben. Ein Redner weist noch besonders darauf hin, daß die Katarbeiter durch die Schauerleute in ihrer Agitation unterstützt werden müssen. Sodann gab H. eine Uebersicht über die Bewegung in England. Die Aufforderung der Internationale, der auch wir angehören, auf allen englischen Schiffen — soweit Streikbruch in Frage kommt — die Arbeit einzustellen, wurde von mehreren Rednern unterstützt. Wir können getrost vorwärts schreiten, angesichts der großartigen Entwicklung unserer Organisation. Durch den Zusammen-schluß ist ein Machtfaktor geschaffen, der der Unterneh-

merorganisation nicht nachsteht. Auch die Kontraktarbeiter werden sich ihrer Lage immer mehr bewußt; die meisten von ihnen sehen bereits ein, daß sie nur Werkzeuge des Hafenbetriebsvereins sind. Dies ist bereits in verschiedenen Betriebsversammlungen zu Ausdruck gekommen. Die stantvolle, ein Lebensnerv der Organisation, muß überall durchgeführt werden. Die Obleute müssen in dieser Beziehung von allen Kollegen unterstützt werden. Jeder Kollege muß für die Ausbreitung der Organisation tätig sein. — Verschiedene Tarifbrüche, wie sie in letzter Zeit vorgekommen, bildeten weiter den Gegenstand der Diskussion. Trotz der enormen Hitze haben verschiedene Kollegen 36, 40 und mehr Stunden in einer Tour gearbeitet. Um diese Mißstände aus der Welt zu schaffen, müssen alle diese Fälle gemeldet werden. Wenn wir weiterkommen wollen, so muß der uns auf-gezwungene Tarif vor allen Dingen innegehalten werden. Stehen doch noch viele Kollegen auf der Straße, die, wenn eine gerechte Arbeitsverteilung Platz greift, zu ihrem Rechte kommen. Die Behauptung des Hafenbetriebsvereins, die Leute arbeiteten die über-tarifliche Zeit freiwillig, bricht in sich zusammen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, wie die Kollegen zur Ueberarbeit gezwungen werden. W. rügt das Verhalten einiger bei der Firma Tor Nielsen tätigen Schauerleute, die die Mittagszeit durchgearbeitet haben und nicht die tarifmäßige Bezahlung hierfür erhalten u o c h g e f o r d e r t haben. Am Schluß wies der Vorsitzende noch auf ein Schreiben hin, worin die Kollegen ermahnt werden, Kolporteurs, Journal- und Zeitschriftenboten, die gesamten Geschäftskutscher, als Petroleum-, Seifen-, Kaffee-kutscher, Einfassierer oder Boten der Abzahlungs-geschäfte auf ihre Verbandszugehörigkeit hin zu befragen. Ins-besondere müssen Frauen hierauf aufmerksam gemacht werden. Auch das Tringelgerumtreden spielt bei einigen Gruppen noch eine ganz bedeutende Rolle, es kann sogar behauptet werden, daß dieses System bestimmte Leute abhält, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Hamburg I. Ueber die Norddeutsche Kohlen- und Kokswerke Aktien-Gesellschaft ist die Sperre verhängt. Die Arbeiter dieser Gesellschaft haben bereits seit längerer Zeit kleine Forderungen gestellt. Die Arbeiter müssen beim Entlösen der Kohlen- und Koksdaemper diese Schiffe in einer Tour leer machen, was eine Arbeitszeit von 22 bis 24 Stunden bedeutet. Die Leute wünschen, da bei dieser intensiven Arbeit oft ihre Kräfte kaum ausreichen, daß ihnen eine längere Pause während der Nacht gewährt wird. Falls Nacht- und Sonntagsarbeit erforderlich, soll diese mit 3 Mk. extra vergütet werden. Auch wünschen die Arbeiter, den Lohnsatz beim Entlösen von Schiffen von 40 Pf. pro Tons auf 50 Pf. zu erhöhen. Die Leute behaupten, daß dieser Lohnsatz bereits vor einigen Jahren bezahlt ist, jedoch reduziert wurde. Bei der Akfordarbeit auf dem Plage wünschen die Leute den Lohnsatz für Kohlen von 37 Pf. pro Tons auf 40 Pf., für Koks von 60 Pf. auf 80 Pf. erhöht. Die Leute sind auch damit einverstanden, wenn diese Arbeit im Tagelohn nach dem Tarif der Kohlenarbeiter verrichtet wird.

Nach vielen Hin- und Herschreiben ist weder eine Einigung erzielt noch eine bestimmte Antwort erteilt worden. Da nun durchaus mit der Firma nichts anzufangen ist, sah sich die Organisation veranlaßt, über den Betrieb die Sperre zu verhängen.

Er hat doch ein Herz, der Raubdirektor Winter in Hamburg nämlich. Im „Hamburgischen Correspondent“ läßt er ein bewegliches Klagegeld vom Stapel, um den von Not bedrängten Buztehubern einige Silberlinge zu erbeteln. Den von einer großen Feuersbrunst in Glend und Not gebrachten Buztehubern ist gewiß jede Hilfe zu gönnen; ihnen würden wir es nicht einmal verargen, wenn sie Geld annehmen, das direkt aus der Tasche ihres Landmannes Winter kommt. Aber wozu in die Ferne schweifen, Herr Winter, wo doch „Jhr“ Betrieb eine Bruststätte des Glends, des Hungers und der Not ist? Die christliche Nächstenliebe beginnt im eigenen Hause, sagt ein englisches Wort. Wenn Herr Winter nicht den Verdacht auf sich lenken will, daß es ihm bei der Buztehuber Hilfsaktion nur um des Namens willen zu tun ist — seit Malefumb ist diese „Wohltätigkeit“ ja Mode — so wird er seine Kräfte einsetzen müssen, daß die Schand- und Hungerlöhne der Katarbeiter, und vor allem der Raubhelfer, entsprechend den Leuerungsverhältnissen in Hamburg aufgebessert werden. Ein Tagelohn von 3,40 Mk. ist für Hamburger Verhältnisse eine maskierte Verurteilung zum Hungertode. — Daß Herr Winter aus Buztehuber ist, hätte man bei seinem Wüten gegen die freie Arbeiterbewegung auch so wissen können.

Wo bleibt der vom Hafenbetriebsverein eingeführte Schichtwechsel? Das im Hamburger Hafen liegende Vermessungsschiff „Lampico“, welches mit Harz und Terpentin beladen von dem Stauer Tor Nielsen geleistet wird, ist bereits seit dem 12. August in Arbeit. Die ganze folgende Woche ist für die Schauerleute jeden Abend zur rechten Zeit auscheiden gewesen. Am Sonnabend, den 19. d. Mts., aber wurde von den Schauerleuten verlangt, daß sie bis 12 Uhr nichts arbeiten sollten. Die meisten Schauerleute lehnten jedoch dieses Verlangen ab; schließlich gelang es dem Wizen Lenz, einen Gang komplett zu bekommen, der dann die tarifwidrige Arbeitszeit durchmachte. Am Montag, 21. d. Mts., trat der Wize wiederum an die Schauerleute heran, sie sollten bis abends 6 Uhr arbeiten, dann bis 9 Uhr ans Land gehen und Abendbrot essen und um 9 Uhr wieder an Bord sein und die ganze Nacht arbeiten. Trotdem mehrere Schauerleute den Wizen darauf aufmerksam machten, daß genügend Arbeitskräfte am Arbeitsnachweis vorhanden seien, die gern arbeiten und was verdienen möchten, redete der Wize Lenz so lange auf die Schauerleute

ein, bis es ihm schließlich gelang, einen Gang bis 12 Uhr und einen Gang für die ganze Nacht zu bekommen. Der Wize sagte mehrfach zu den Leuten, was soll ich mit frischen Leuten machen, damit kann ich doch nichts beschließen. Wann werden die Schauerleute endlich dahin kommen, ihrer Gesundheit nicht direkt zuwider zu handeln? Wie viel ist nun schon darüber geredet und geschrieben worden, daß der Tarif eingehalten werden soll, damit die auf der Straße liegenden Arbeiter auch etwas verdienen. Traurig ist es, daß die Arbeiter auf die Zureden eines Wizen und gerade des Wizen Lenz umfallen, der früher in der Mitgliebschaft Schauerleute als zweiter Vorsitzender fungierte und selbst scharf für die Einhaltung aller Beschlüsse eintrat. Lenz ist es auch gewesen, der vor einiger Zeit auf einem englischen Dampfer mit dem Schauermann L. in Differenzen geriet, worauf der Mann von dem Stauer entlassen, und als er wieder an Bord kam, um sich Zeugen zu suchen, von dem Stauer mißhandelt wurde, wofür der Stauer bestraft wurde. Und von einem solchen Wizen lassen sich alte Schauerleute überreden, gegen den Tarif zu verstoßen? — Interessant ist die Behauptung des Wizen, daß er mit frischen Leuten nichts beschließen könne. Diese Behauptung ist nur dann zutreffend, wenn er vom Arbeiter nachweis des Hafensbetriebsvereins Leute bekommen hätte, denen die von ihnen verlangte Arbeit völlig fremd gewesen wäre. Die Befürchtung des Wizen, daß er solche Leute bekommen könnte, spricht Hände für den „Wert“ des hafensbetriebsvereinslichen Maßregelungsbüros. In seinem blindwütigen Arbeiterhaß leistet sich das schwarze Kabinett die größten Schmeicheleien. So wären in diesem Falle vielleicht Schauerleute nach der „Tampico“ geschickt worden, die jahrzehntelang in Jodler und Salpeter gearbeitet haben. Diese Leute hätten selbstverständlich nicht das Quantum leisten können, wie alte, eingearbeitete Schauerleute. Der Leidtragende wäre der Stauer gewesen. Nun sucht sich jeder Mensch vor Schaden zu bewahren, vor allem aber, wenn er auf die Arbeit anderer Menschen angewiesen ist. Zwei Auswege gibt es für den Stauer, der eine führt gegen den Hafensbetriebsverein, der andere gegen die Arbeiter. Gegen den Hafensbetriebsverein wagt er nicht zu mucken; zwar trümmert er sich als echter Wurm, wenn er getreten wird, aber damit ist sein „Widerstand“ auch erschöpft. Und so wendet er sich gegen den schwächeren Teil, gegen die Arbeiter.

Wir denken, die Forderung ist leicht gegeben. Und diesen Terrorismus zu begegnen, müssen unsere Kräfte wachsen, sie dürfen nicht denen des Hafensbetriebsvereins gleichen, sie müssen größer sein. Nur so läßt sich eine Heilung durchzuführen; Moral gibt es für den Hafensbetriebsverein und seine Trabanten nicht. Den Hafensbetriebsvereins empfehlen wir das Studium der gegenwärtigen englischen Transportarbeiterbewegung. Wenn sie glauben, daß diese „wilden“ Streiks für Deutschland ein „überwundener Standpunkt“ ist, so möchten wir daran erinnern, daß hier die Zweckmäßigkeitfrage — und einzig sie — von entscheidendem Gewicht ist.

Wie es einem Arbeiter erging, der seine gefundene Knochen bei der Woermann-Linie einbrachte. Aus Hamburg wird uns dazu geschrieben: Seit Dezember vorigen Jahres ist der Mann Invalide, so daß er zu der schweren Hafensarbeit nicht mehr zu gebrauchen ist. Das wurde von dem Wizen W. vom Verholgang eingesehen, der ihn als zweiten Mann in die Geschirrbude beorderte. Als er nun dorthin kam, um die Stelle anzutreten, wurde ihm die Antwort, daß für ihn dort keine Beschäftigung sei. Als er nun die Anfrage stellte, warum man ihn denn nicht haben wolle, da ihm doch die Stelle angeboten sei, wurde ihm die Antwort, daß gegen seine Einstellung die Vorleser und einige seiner Kollegen (!) Einspruch erhoben hätten. Würde er vom Wizen doch eingestellt, würden diese beim Inspektor Boigt vorstellig werden, da er in einer öffentlichen Versammlung diese beschimpft hätte. Diese Leute, die so mit einem Kollegen umgingen, sind sämtlich nicht organisiert. Ihm wurde weiter zur Antwort, daß seiner Beschäftigung in der Werkstätte ja nichts im Wege sei, er, der Wize, habe bereits mit Kapitän Dücker darüber gesprochen. Gesprochen hat der Wize wohl mit Kapitän D., aber nie, das ist eine andere Sache. Als man nun über die Zukunft des Mannes beraten hatte, ließ Kapitän Dücker ihn rufen und sagte: Das in die Versammlung laufen und das große Maul aufreißen muß jetzt ein Ende nehmen; worauf er antwortete, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich zu organisieren, und das gehöre ja auch nicht zur Sache. Darauf meinte Kapitän D.: Also so lange Sie gesund sind, müssen Sie im Verande sein und nun, da Sie krank sind, soll die Firma Sie ernähren. (Damit hat der Kapitän Dücker bewiesen, daß man Kapitän sein kann, ohne die Weisheit mit Löffeln gegessen zu haben. Auch seine Herzensbildung tritt in dieser Werbung gegen einen Invaliden rührend zutage.) Der Mann ist noch Verbandsmitglied, er hat sich auch nicht selbst um die Stelle beworben, sondern sie ist ihm angeboten worden. Infolge der Vorwürfe, die ihm gemacht sind, hat er aber auf die Stelle verzichtet. Der Herr Kapitän Dücker hat hiermit gleichzeitig zeigen wollen, wie er über „seiner“ Arbeiter informiert ist, denn als er diesen Arbeiter vorhatte, standen der junge Woermann und verschiedene Meister dabei. Ganz genau ist der Herr Kapitän doch nicht unterrichtet gewesen, sonst hätte er wissen müssen, daß der Verbandsleiter gerade von einem Streik der Woermannleute im vergangenen Jahre abgeraten hat. Der Arbeiter gibt zu, daß er damals in der Versammlung ein Schimpfwort gegen seine Kollegen gebraucht hat, weil an einem Sonnabend Morgen gemeinsam beschlossen wurde, abends nach Schluß der Arbeit eine Versammlung ab-

zuhalten, keiner solle länger arbeiten. Er sei dann beauftragt, den Wizen hiervon in Kenntnis zu setzen, daß an dem Abend kein Schiff verholt werde. Trotz dem hätten sich acht Mann gefunden und hätten das, was sie morgens beschlossen, gebracht. In der Versammlung habe er diese Handlungsweise als Gallimathesie (war es etwas Besseres? Red.) bezeichnet. Warum sind diese acht Mann nicht sofort an dem Montag zu dem Wize gegangen, um sich über den Ausdruck, der gefallen ist, zu beschweren. Warum erst jetzt, nach einem Jahr? Nachdem der Mann zum Invaliden geworden ist, hindern sie ihn in seinem weiteren Fortkommen? Der Mann könnte gleiches mit gleichem Vergelten, aber eine solche schlechte Natur hat er nicht. Jetzt ist er aus dem Betrieb heraus und kann sehen, wie er sich mit seinen paar Kröten Invalidentgeld durchschlägt.

Kiel. Am Sonntag, den 13. August fand eine Versammlung der Hafenarbeiter statt. Koll. W. teilte mit, daß ein Rundschreiben eingelaufen ist, in welchem wir aufgefordert werden, eine Statistik auszuarbeiten, wie sich am Hafen die Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse entwickelt haben. Kollege W. erstattete den Bericht der Lohnkommission. Es haben sich in letzter Zeit viele Kollegen bei der Ortsverwaltung beschwert, die früher bei der Gesellschaft gearbeitet haben und jetzt keine Arbeit mehr bekommen. Sie glaubten sich gemahrt. Kollege W. teilte uns mit, daß jeder Beschwerdepunkt einzeln verhandelt worden ist. Herr Direktor Hartmann war nicht abgeneigt, die Kollegen wieder einzustellen, nur bei einzelnen Kollegen hatte er Bedenken und wollte deswegen mit seinem Inspektor Rücksprache nehmen. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich die meisten der betreffenden Kollegen. Ferner teilte uns Kollege W. mit, daß wir unsere Pflichten ebenso erfüllen müssen, wie die Unternehmer. Wenn derartige Fälle wieder vorkommen, müßten diese der Ortsverwaltung sofort unterbreitet werden. Kollege W. teilte uns mit, daß die Firma Satori u. Berger ihre Arbeit vom 14. August dem Unternehmer W. Kippe übergeben hat und daß von diesem ein Schreiben eingelaufen ist, in welchem er uns mitteilt, daß er den Lohnvertrag, welchen wir mit der Firma Conradt abgeschlossen haben, vollständig anerkennt. In der lebhaften Diskussion stellte Kollege Kr. den Antrag, sofort eine Versammlung der in Frage kommenden Kollegen einzuberufen, um darüber zu beraten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde die Versammlung vertagt.

Magdeburg. Erfolgreicher Streik bei der Firma Herm. Dieck, Magistratsstraße Magdeburg-Buckau. Am Dienstag, den 15. August, legten sämtliche im Getreidespeicher bei obiger Firma beschäftigten Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder. Bereits im April d. J. waren seitens der Verbandsleitung der Firma die Forderungen der Speicherarbeiter, welche in der Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Pf., höhere Bezahlung der Überstunden- und Sonntagsgarbit bestanden, unterbreitet. Die Erfüllung dieser Forderungen lehnte die Firma damals ab, da sie ungünstige Geschäftslage vorzuziehen. Die Arbeiter ließen vorherhand diesen nach ihrer Meinung nicht stichhaltigen Grund gelten und warteten. Am 11. August wurde die Firma seitens der Verbandsleitung im Auftrage der Arbeiter die Mitteilung gemacht, jetzt die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Mit der Bemerkung, daß man sich augenblicklich in der Ernte befinde und mit Lohnfragen jetzt nicht befassen könne, war für die Firma die Sache abgetan. Anders dachten die Arbeiter. Nochmals unterbreiteten sie ihre Forderungen dem Expedienten in Form eines Tarifvertrages. 42 1/2 Pf. pro Stunde, also eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 1/2 Pf. wurde den Arbeitern angeboten. Nachdem keine Aussicht bestand auf friedlichem Wege die weiter verlangten 2 1/2 Pf. Erhöhung pro Stunde durchzudrücken, wurde die Arbeit niedergelegt. Jetzt setzte der Kampf mit aller Schärfe ein. Insuperate, wie: „Kräftige Leute finden dauernde Beschäftigung“, oder: „Einige Arbeiter bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn“, prangten in den hiesigen Tageszeitungen. Aber trotz dieser Insuperate bekam die Firma am Orte keine Arbeiter. Expedienten, Kontoristen und Lehrlinge mußten eingreifen, um die allernotwendigsten Arbeiten zu verrichten. Vom Standesbewußtsein dieser Stehkrägenproletarier war in diesem Augenblick nichts zu merken. Man genierte sich gar nicht mit Handwertbüschen nebst den dazu gehörigen „Wienen“ zusammen zu arbeiten. Unseren Bemühungen gelang es aber bald, diesen Handwerksbüschen dem gästlichen Dorado zu entziehen. Nun erschienen in den „Allmänner Kreisblättern“ und in den umliegenden „kleinstädtischen Wochenblättern“ ähnliche Insuperate. Aber durch eine intensive Tätigkeit gelang es uns, den hier in ziemlicher Anzahl herandrückenden Knechten und Arbeitern vom Lande, die notwendige Aufklärung zu geben und vom Betriebe fernzuhalten. An einem Tage gelang es der Firma, durch einen Anstand, vier „nationale Arbeitsbrüder“ zu bekommen. Damit diese aber unter keinen Umständen mit den Streikenden zusammenkommen, wurden sie früh morgens unter dem Schutze von „Schuleuten“ in den Betrieb und abends per „Automobil“ nach ihrer Wohnung befördert. Trotzdem waren am andern Tage von vier nur zwei Arbeitswillige zur Arbeit erschienen, — und zwar ein Arbeiter Paul Druz und ein Wuchhinderer Wilh. Niemeyer. Daß mit diesen „Arbeitswilligen“ der Betrieb nicht aufrechtzuerhalten war, war wohl jedem Eingeweihten klar. Inzwischen war seitens der Verbandsleitung

nochmals der Versuch unternommen, eine Verständigung mit der Firma herbeizuführen. Auch dieser Versuch mißlang. Die Firmeneinhaber erklärten: Die sich im Streik befindenden Arbeiter würden nicht wieder eingestellt, bei dem für sie günstigen Wetter halte man es aus; der Herrgott hat uns bisher in dieser Weise unterstützt und wird uns auch noch weiter unterstützen.“ Bereits acht Tage dauert der Streik und trotz aller Bemühungen der Firma „Arbeitswillige“ zu bekommen, gelang es ihr nicht, außer den beiden „Arbeitswilligen“ noch brauchbare Arbeitskräfte zu bekommen. Nochmals versuchte die Verbandsleitung eine Verständigung mit der Firma herbeizuführen, welche nun auch erzielt wurde dahingehend, daß der geforderte Stundenlohn von 45 Pf. sofort den Arbeitern gezahlt wird. Zu leistende Überstunden werden mit 10 Pf. Aufschlag bezahlt. Nachtschichten, welche von abends 6 bis morgens 6 Uhr dauern, werden mit Unterbrechung der sonst üblichen Pausen mit 60 Pfennig pro Stunde bezahlt. Schuppen am Elevator wird ebenfalls pro Stunde mit 60 Pf. bezahlt. Sonntagsgarbit wird in Zukunft pro Stunde mit 60 Pf. bezahlt. Bei Musterungen, Kontrollversammlungen, öffentlichen Wahlen, behördlichen Terminen usw. werden für die dazu nötige Zeit Lohnabzüge nicht gemacht. Die beiden im Betriebe beschäftigten Arbeitswilligen — der Arbeiter Paul Druz und der Wuchhinderer Wilhelm Niemeyer — werden sofort entlassen. Sämtliche Streikende werden wieder eingestellt.

Diese Vereinbarungen wurden von den Streikenden einmütig gutgeheißen, so daß diese Bewegung mit einem vollen Erfolg beendet werden konnte. Hervorgehoben zu werden verdient, daß infolge des niedrigen Wasserstandes der „Elbe“, hunderte von Arbeitern zur Zeit beschäftigungslos sind; aber auch nicht ein einziger dieser ist seinen kämpfenden Brüdern in den Rücken gefallen. Ein gutes Zeichen der „Solidarität“, welches sich hoffentlich in den uns noch bevorstehenden Kämpfen bewähren wird.

Strasbourg i. G. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straburger Kohlenarbeiter spotten jeder Beschreibung, sie sind wohl die schlechtesten am ganzen Rheinstrom. Die Löhne schwanken zwischen 3,20 bis 3,40 Mk., also für ganze 32 bis 34 Pf. die Stunde muß der Straburger Kohlenarbeiter die nicht leichte und angenehme Arbeit verrichten. Zudem gehört ja Straburg mit zu dem teuersten Pflaster bezüglich der Lebensmittelpreise. Seit 1907, wo die Arbeiter 20 Pf. pro Tag zugelegt erhielten, hat seitdem eine Lohnerhöhung nicht mehr stattgefunden. Im Gegenteil, die Firma Raab, Karher, ging vor 5 Wochen dazu über und machte Abzüge. Die Schiffs- und Hochbahnarbeiter erhielten nämlich pro Tag 3,80 Mk., diese Löhne hat die Firma für die Arbeiter auf 3,40 Mk. reduziert.

Die Arbeiter der Firma Raab, Karher ließen durch die Organisation am 10. August Forderungen einreichen mit dem Ersuchen, bis zum 17. August ihnen eine zustimmende Antwort zukommen zu lassen. Die Forderungen, die die Arbeiter an die Firma gestellt haben, betreffen sich im Verhältnis zu der zu leistenden Arbeit in sehr minimalen Grenzen. Für Arbeiter auf der Hochbahn und im Schiff, die am Greifer beschäftigt werden, werden 46 Pf. pro Stunde und für Hafenarbeiter 42 Pf. pro Stunde gefordert. Gewiß sehr bescheidene Forderungen und derjenige, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, wird unbedingt zugeben müssen, daß die Forderungen der Arbeiter nicht zu hoch sind; anders die Firma Raab, Karher u. Co., sie schiebt sich außer Stande, von der Ausage und Vermittlung der Organisation Gebrauch zu machen, sie sei gewohnt, mit ihren Arbeitern direkt zu verhandeln. Auch die Vermittlung des Herrn Weingeordneten Dr. Looni, die Sache auf gütlichem Wege zu regeln, lehnte die Firma ab mit der Begründung: Sie zahle am hiesigen Plage die höchsten Löhne. Das ist aber durchaus nicht richtig, die Firma zahlt nicht höhere Löhne als die andern Firmen auch zahlen. Aber fest steht, daß die Firma erst vor kurzem einen Lohnabzug von 40 Pf. pro Tag vorgenommen hat, und das alles bei den teuren Zeiten. Die Firma will eine Einigung auf friedlichem Wege nicht haben, sie lehnt jede Vermittlung der Organisation in dieser Richtung ab; auf der andern Seite wollen aber die Arbeiter nicht mehr für den hohen Lohn arbeiten und sind gewillt, in den Kampf einzutreten, was in den nächsten Tagen geschehen kann.

Der Streik der Hafenarbeiter in Calais dauert noch fort. Infolge einer nachts zwischen ausständigen Hafenarbeitern und Streikbrechern vorgekommenen Schlägerei verbot der Bürgermeister den Streikbrechern, sich nachts auf der Straße zu zeigen. Um den kämpfenden Hafenarbeitern von Calais ihre Sympathie zu bezeugen, erbaten sich die Hafenarbeiter von Dünkirchen, während des Kampfes die Kinder der Streikenden zu sich zu nehmen. Das Anerbieten wurde angenommen.

Handelsarbeiter.

Die Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen. Die Bestimmungen des § 139c der Gewerbeordnung, welche die Ruhezeit der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen regeln, finden nach § 139d keine Anwendung auf Arbeiten für die Aufnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur. Ueber die Ausdehnung dieses Begriffes der „gesetzlich vorgeschriebenen“ Inventur hatte sich das Kammergericht in einem Strafprozeß gegen den Geschäftsführer Zacharias zu äußern. Zacharias ist Geschäftsführer einer Groß-Werlener Firma Lotter, welche in einer größeren Anzahl von Filialen Backwaren vertreibt. Allmonatlich am letzten Tage erfolgt eine Aufnahme des Warenbestandes. Diese debütierte sich im stiftlichen Falle aus über die Geschäftszeit hinaus, und zwar so, daß den Vorschriften des § 139c der Gewerbeordnung nicht mehr genügt war. Die betreffenden Verkaufsstellen hatten

an dem Tage die gesetzliche Ruhezeit nicht. Der Angeklagte berief sich auf die Ausnahmebestimmung über die Inventur. Das Landgericht verurteilte ihn jedoch mit folgender Begründung: Bezüglich der Inventuren komme Artikel 39 des Handelsgesetzbuches in Betracht. Danach seien aber Inventuren in kleineren Geschäften nur alle 2 Jahre und in größeren Geschäften nur alle Jahre vorzunehmen. Die hier allmonatlich vorgenommenen Warenbestandsaufnahmen könnten deshalb nicht unter den Begriff der „gesetzlich vorgeschriebenen“ Inventur fallen. Somit greife die Vergünstigung des § 139d der Gewerbeordnung hier nicht Platz und Angeklagter müsse verurteilt werden. Das Kammergericht, bei dem Angeklagter Revision einlegte, hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der vom Landgericht gezogene Schluss sei verfehlt. Die angezogene Bestimmung im Handelsgesetzbuch bedeuete nur, daß mindestens alle 2 Jahre eine Inventur vorgenommen werden müsse. Daraus sei zu folgern, daß an sich keine Bedenken dagegen beständen, diese Inventur so zu zerlegen, daß sie in verschiedene Akte zerfalle, so wie hier, wo jährlich zwölfmal Aufnahmen des Warenbestandes erfolgten. Der Angeklagte habe geltend gemacht, es ginge bei den Aktes und sonstigen Nachwaren viel verloren, so daß die allmonatliche Bestandsaufnahme notwendig sei. Das habe auch der Vorderrichter unterstellt, aber auf Grund des falschen Schlusses verurteilt, daß die Vergünstigung des § 139d der Gewerbeordnung nur für die alljährlich oder alle 2 Jahre erfolgenden Inventuren zutrefte. Die Sache müsse deshalb nochmals das Landgericht beschäftigen. Dieses müsse nachprüfen, eventuell unter Hinzuziehung von Sachverständigen, ob die allmonatlichen Bestandsaufnahmen wirklich notwendig gewesen seien. Sei das der Fall, dann müsse Angeklagter mit Rücksicht auf § 139d der Gewerbeordnung freigesprochen werden.

Aus dem Saarrevier. Ein Eldorado für unsere Kollegen scheint der Betrieb des Mineralwasserfabrikanten W. zu sein; beschäftigt er doch Leute in seinen Verkaufsstellen, welchen er täglich sage und schreibe zwei ganze Mark bezahlt, und das bei einer Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 10 Uhr, also 16 Stunden. Das gibt einen Stundenlohn von 12½ Pf. Wer nun aber glaubt, daß das fürfällige Gehalt anstandslos ausgezahlt wird, der irrt sich, denn W. versucht noch durch allerhand Schikane von den armeneligen Grobchen abzuzwängen. Auch interessierte sich schon die Polizei für seinen Betrieb und beschlagnahmte verschiedene Flaschen. Kollegen! Wenn es nicht im Saarrevier wäre, sollte man diese Zustände nicht für möglich halten, denn es wird wohl in deutschen Reiche kaum eine Gegend geben, wo die Kollegen so schwer für die Organisation zu gewinnen sind, wie hier. Das muß anders werden, ihr seid es euch selbst und eurer Familie schuldig, daß ihr vorwärts strebt und daß ihr bei den teuren Zeiten mehr Geld verdient, und das könnt ihr nur, wenn ihr euch Mann für Mann dem deutschen Transportarbeiterverband anschließt, denn der ist es nur allein, der unsere Interessen vertritt. Werft endlich einmal eure Gleichgültigkeit ab, gebt die Interessen am Klimbin und dergleichen auf und kämpft mit uns Schulter an Schulter für eine bessere Lebensstellung, denn einzeln sind wir nichts, aber vereint sind wir alles. Dann wird niemand mehr wagen, uns solchen Hungerlohn zu bieten wie dieser Herr W. Die uns noch fernstehenden Kollegen finden jeden Samstag Abend Gelegenheit, im Gewerkschaftshaus Livoli sich aufzunehmen zu lassen. Und wenn die Welt voll Teufel wäre, es muß uns doch gelingen.

Aus den Jugend-Abteilungen.

Berlin. Am Sonnabend, den 19. August, tagte die Abteilung Schönhäuser Vorstadt 1. Ein Vortrag wurde auf Wunsch der Kollegen nicht gehalten, sondern ein Kollege las einige Abschnitte aus einem für die Jugendlichen sehr interessanten Buche vor. Aufmerksam folgten die Zuhörer der Vorlesung und welcher Beifall belohnte den Vorleser. Von einer Diskussion über das Gehörte wurde abgesehen. Ueber die Beitragserhöhung informierte ein Mitglied der Sektionsleitung die jungen Kollegen. Nachdem sich zwei Redner zur Sache geäußert, beschloß die gut besuchte Versammlung die Erhöhung gegen eine Stimme. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, am 2. September die letzte Nachpartie stattfinden zu lassen; dieselbe soll gemeinschaftlich mit Schönhauser Vorstadt 2 nach Bickenwerder-Dransburg gehen.

Die Abteilung Prenzlauer Vorstadt tagte an demselben Tage. Hier hielt ein Kollege einen Vortrag über „Thomas Münzer und die Reformator“. Der Redner entrollte den aufmerksamen Zuhörern ein Bild der wirtschaftlichen Zustände und der unerträglichen Bedrückung besonders der Bauern seitens der Ritter und Heiligen. In kurzen Zügen zeichnete der Redner den Lebensgang des Märten und beschäftigten Führers der Bauern, Thomas Münzer, bis zu dessen bitterem Ende. Reicher Beifall wurde dem Redner gezollt. Nach kurzen Ausführungen eines Kollegen der Sektionsleitung über die Beitragsregelung wurde dieselbe von der mäßig besuchten Versammlung gegen drei Stimmen angenommen. Vor Schluß der Versammlung wurde noch auf die am 10. September stattfindenden Partien aufmerksam gemacht.

Ebenfalls am 19. August tagte die Abteilung Weddinger. Ein Kollege sprach über „Fritz Reuter“. Der Redner verstand es sehr gut, diesen in seiner Art einzigen Heimatsdichter dem Verständnis unserer jungen Kollegen näher zu bringen. Hierzu trug auch wesentlich die gelungene Rezitation plattdeutscher Dichtungen bei, und reichen Beifall spendeten die Zuhörer dem Vortragenden. Der Antrag auf Beitragserhöhung wurde nach kurzer Debatte von der nicht besonders

gut besuchten Versammlung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Nachdem noch längere Zeit über Abteilungsangelegenheiten gesprochen war, erfolgte mit Hinweis auf die am 10. September stattfindende Partie nach Bickelwerder Schluß der Versammlung.

Organisations- und Agitationsfragen wurden in der am 19. August tagenden Versammlung der Abteilung Zentrum behandelt. Durch die fortschreitende Entwicklung der inneren Stadt zum Geschäftszentrum wird die Mitgliederzahl der Abteilung ungünstig beeinflusst, da ein fortwährender Wegzug der Kollegen nach den äußeren Stadtteilen zu beobachten ist. Durch Festlegung neuer Abteilungsgrößen stieg die Mitgliederzahl auf 100, und Aufgabe der Kollegen im Zentrum muß es nun sein, durch eifrige Propaganda unter den in ihrem Bezirk wohnhaften jugendlichen Transportarbeitern diese Zahl nicht nur zu halten, sondern zu vergrößern. Nachdem sich die Kollegen über die zukünftige Agitation ausgesprochen, legte ein Kollege der Sektionsleitung den Anwesenden die Gründe für eine Beitragserhöhung dar. Nach kurzer Aussprache hierüber wurde der Antrag einstimmig angenommen. Mit einem Hinweis auf die am 10. September stattfindende Partie nach Bickelwerder wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Schaustellergehilfen.

Coburg. Am Sonnabend, den 5. August, nach beendeter Arbeit hielten die gelegentlich des Schützenfestes anwesenden Schaustellergehilfen eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Wie stellen sich die organisierten Schaustellergehilfen zu den offenen Briefen im „Vornel“ an die Besucher des Nürnberg Volksfestes und der Besucher des Oktoberfestes in München.“ Hierzu sprach Kollege Müller. Redner verliest obenstehenden, in Nr. 1375, Seite 11, des „Vornel“ enthaltenen „Brief“, der von einem früher ausgegliederten gewissen Mitalle der „Vereinigung reisender Schaustellergehilfen“, Sitz Nürnberg, verfaßt ist, und in welchem ein gewisser Heinrich Müller, angeblicher Vertrauensmann des deutschen Transportarbeiterverbandes“ auf die gemeinste Art und Weise angerempelt wird. Der Kollege Heinrich Müller geht nun näher auf die einzelnen Punkte des Briefes ein, wobei mancher Entrüstungsruf gegen den Briefschreiber laut wurde, da derselbe auch Arbeiter, ja selbst Kollege ist; aber ein Kollege von der sogenannten Hinggarde, sonst könnte er nicht so ungereimtes Zeug gegen den deutschen Transportarbeiterverband zusammenschreiben. Reicher Beifall lohnte den Redner, ein Beweis, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Resolution, die sich mit der Tätigkeit des Kollegen Müller einverstanden erklärt und ihm Vertrauen schenkt, fand einstimmige Annahme. In der hierauf folgenden Diskussion über Vertriebsstände kamen nette Zustände zur Sprache. So hat z. B. einer der Unternehmer mit einem Latienstück ausbezahlt. Ein anderer zahlte, als Voranschuß verlangt wurde, sage und schreibe 12 Pf. Dieses sind alles Beweise, wie notwendig es ist, daß sich die Kollegen auch in diesem Verufe der Organisation anschließen, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Von einem Coburger Kollegen wird nun das Statut erläutert und hauptsächlich auf die Unterstützungen hingewiesen. Auch das Statut des Vereins reisender Schaustellergehilfen wird einer Kritik unterzogen und den unserigen gegenübergestellt. Daß die Anwesenden das Vorgetragene begriffen hatten, beweist, daß sich eine ganze Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen ließ.

Transportarbeiter.

Wer nicht hören will, muß fühlen. Die Firma C. Wölle, Meierei, bedingt sich von ihren Kutschern 100 Pf. Kaution aus, mit der dieselben für etwaigen durch sie verschuldeten Schaden haften sollen und die außerdem in vollem Umfange verfällt, wenn sich der Verreißende eines Diebstahls oder einer Unterschlagung schuldig macht. Der Kutscher H. hatte sich Waren im Werte von 2,20 Mk. angeeignet und war deshalb im Strafverfahren zu 30 Mk. Strafe rechtskräftig verurteilt worden. Wölle verweigerte nun die Herausgabe der Kaution. H. hielt es für mit den guten Sitten nicht vereinbar, daß er neben der Strafe noch die Kaution für das im Werte geringe Objekt einbüßen sollte. Er rief deshalb das Gewerbegericht an, welches gestern unter Vorsitz des Magistratsrats Wölbling darüber zu entscheiden hatte.

Dieses wies die Klage mit der Begründung ab, daß nicht nur die Frage vom klägerischen Interesse aus geprüft werden müßte, sondern von dem Interesse beider Teile. Da sei aber zu beachten, daß das Interesse der beklagten Firma ein viel höheres sei. Denn sie habe ein sehr großes Interesse am Unterbleiben von Diebstählen. Somit siehe auch die Vereinbarung, daß die Kaution in voller Höhe als Vertragsstrafe verfällt, den guten Sitten nicht entgegen, zumal die Strafe verhältnismäßig nicht zu hoch ist.

Dies Urteil eines Gewerbegerichts muß lebhaftes Bedenken wachrufen. Das Interesse der Firma Wölle an dem Ertrag der Unterschlagung in Höhe von 2,20 Mark kann diese Summe nicht übersteigen. Was darüber ist, ist eine durch nichts gerechtfertigte zweite Privatbestrafung wegen der Straftat. Das verstößt gegen den Rechts- und Moralssatz: ne bis in idem (es darf eine Tat nicht zweimal bestraft werden). Ueberdies ist es unmoralisch, daß eine solche Strafe dem Geschädigten zufallen sollte. Weiter ist zu bedenken, daß die Höhe der Strafe geradezu einen Anreiz für die Firma bieten kann, die Angestellten zu kleinen Unterschlagungen zu verleiten. Dies insbesondere dann, wenn, wie es scheint, die Vertragsstrafe nicht zugunsten einer Wohlfahrtskasse, sondern zugunsten der Firma selbst verfallen sollte. Berücksichtigt man noch, daß der Festlegung der Vertrags-

strafe zugunsten der Angestellten keine ähnliche zugunsten der Firma für Vertragsverletzungen gegenübertritt und daß die den Angestellten ungünstige Vertragsabrede durch die wirtschaftlich weit mächtigere Firma erfolgt ist, so erscheint der Einwand der Nichtigkeit wegen Verstoßes, ja wegen groben Verstoßes gegen die guten Sitten durchaus gerechtfertigt. Es hätte demnach der Klage stattgegeben werden sollen.

Wir haben die Kollegen oft genug gewarnt, solche Sklaventreue zu unterschreiben. Sie haben leider immer unsere Warnung auf die leichte Schulter genommen und glaubten nicht, daß ihre Unterschrift solche Konsequenzen haben könnte. Auch Herr Wölle kam das Skautionsnehmen abgedöhnt werden, es bedarf dazu nur einer frommen Organisation der Angestellten, deren Macht er dann nicht widerstehen kann. Ob die materialistische Mahnung der Skautionskassatlon nun die Kollegen endlich zur Vernunft bringen wird?

Eine Illustration zur „Rohheit“ der Kutscher. In allen „besseren“ Kreisen gehört es zum guten Ton, sich darüber zu entäußern, wenn einmal ein Kutscher sein störrisches Pferd mit der Peitsche antreibt. Jedes parfümierte Dämchen rümpft über solche Rohheiten das Näschen, läuft zum Tierclubverein oder zur Postzeit, damit diese für die Bestrafung des Kutschers Sorge trage. Als Illustration dazu, wie „roh“ die Kutscher in Wirklichkeit zu ihren Arbeitstameraden, den Pferden sind, sei folgender Vorfall der sich kürzlich in Wien abgespielt hat, notiert:

Die Kutscher der Großhändlerunternehmung Richard Mittler und Komp. (Depot Erzherzog Karlsplatz) stellten am Mittwoch die Arbeit ein, um die Firma zu zwingen, den Pferden besseres Futter zu geben, nachdem sie schon einige Tage ohne Erfolg für die Pferde durch den Vertrauensmann der Kutscher interveniert hatten. Der den Kutschern für die Pferde gelieferte Hafer war in einem Zustand, daß keines der Pferde etwas fraß; sie magerien daher ungemein schnell ab und entkräfteten. Die Kutscher, die mit den Pferden Mitgefühl hatten, konnten nicht zusehen, wie die Pferde hungern; sie erklärten am Mittwoch Fröh, nicht früher einzuspannen, bis sich die Pferde wieder mit gutem Futter sattgefressen haben. Die Unternehmung ließ es zum Streik kommen und erst nach der Intervention durch den Gehilfenobmann Genossen Lufsch wurde der Streik nach fast halbtägiger Dauer mit Erfolg für die Pferde beigelegt; die Pferde bekamen wieder gutes Futter. Interessant ist, daß die Firma Mittler den Verband für den Streik verantwortlich machen wollte, nachdem im Vertrag bestimmt ist, daß während der Vertragsdauer weder Streik noch Aussperrung verhängt werden dürfe. Nun bezieht sich diese Bestimmung aber auf die Arbeitsverrichtung durch die Kutscher und die Gegenleistung der Unternehmung und nicht auf die Arbeitsleistung und Nahrungsbedürfnis der Pferde, so daß sie mit ihrem Anspruch an den Verband der Transportarbeiter, mit dem Vertrag geschlossen wurde, nicht viel Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Dem Tierclubverein wurde von dem Streik berichtet und ihm auch eine Futterprobe vorgelegt; auch dort wurde erklärt, daß dieser stinkende Hafer gänzlich ungenießbar ist, daß er ungeeignet zum Füttern der Pferde, auf den Mist gehört und daß die Handlung der Kutscher sich als ein sehr humaner Sozialitätsakt darstellt. Ob vom Tierclubverein aus diese Angelegenheit weiter verfolgt wird, ist uns unbekannt, doch sicher ist, daß die Kutscher erregt worden wären, wenn sie mit den halbverhungerten Pferden Unfug zu irgend einem Aufsehen auf der Straße gegeben hätten; sie wären wegen Tierquälerei abgefrakt worden. Der Hafer wird nun auch vom Veterinäramt untersucht, so daß die Firma Mittler die amtliche Bestätigung für ihre schädliche Profitgier erhält. Es wird ihr auch bestätigt werden, daß die Kutscher in diesem Falle — abgesehen von der Verurteilung zum Streik — einen hochherzigen Akt begangen und ihre Handlung als ein Ruhmeszeichen der Kutscher gelten kann. Die Kutscher waren gewillt, ihren Verdienst zu opfern und auch andere Opfer zu bringen, aus Liebe zu den Tieren, mit denen sie arbeiten müssen. Hätte der Streik auch längere Zeit gedauert, Streikbrecher hätten sich doch nicht gefunden. Die Kutscher waren bereit, samt ihren Pferden zu hungern, bis der Erfolg für die Pferde — sich satt zu fressen an gutem Futter — zu verzeichnen gewesen wäre. Oft werden die Kutscher als „roh“ bezeichnet. Wie unrecht diese Bezeichnung ist, beweist dieser Streik. Welch ein Kontrast: Der Profitgier zuliebe kauft die Firma ungenießbares Futter und läßt die Tiere hungern: Kapitalismus. Die Kutscher sind bereit, um einen Erfolg für die Pferde herbeizuführen, durch den der Hunger dieser beseitigt wird, selbst Opfer zu bringen und zu hungern: Sozialismus. Auf welcher Seite ist die wahre Stillschheit?

Chemnitz. Wie mitunter Streitprozesse zustande kommen, dafür lieferte die gegen den Möbeltransportarbeiter Emil Rämmler geführte Verhandlung ein typisches Beispiel. E. wurde beschuldigt, am Morgen des 27. Juni während des hiesigen Streites der Möbeltransportarbeiter zu dem 21 Jahre alten Handarbeiter Köhler, der eben bei der bestreikten Firma May Meinig in Arbeit getreten war, gesagt zu haben: Du weißt doch, daß hier gestreift wird, und daß du deine Dresche kriegst, weißt du auch! Der Beschuldigte bestritt entschieden, diese Aeußerungen getan zu haben; er sei an Köhler herangetreten und habe zu ihm nur gesagt: Kollege, hier wird gestreift, falle uns nicht in den Rücken! Das andere sei völlig aus der Luft gegriffen. Der als Zeuge vernommene Geschäftsgewisse Meinig, der Sohn des Geschäftsinhabers, bestätigte Wort für Wort die inkriminierenden Aeußerungen, auf die sich die Anklage stützte. In einem Meter Entfernung wollte er sie gehört haben. Auf Veranlassung des Verteidigers Rechtsanwält Dr. Kupfer gab der Zeuge zu, daß sich Köhler bei ihm nicht beschwert hat und daß er selber — Meinig — ohne Veranlassung

Schölers, Anzeige bei der Polizei gemacht hat! — Der hierauf betroffene Zeuge Schöler, der vom Vorsitzenden darauf hingewiesen wurde, daß er die reine Wahrheit sagen müsse, auch wenn er etwa Angst vor dem Beschuldigten habe, gab folgende Schilderung des Vorfalls: Er sei am 27. Juni früh vor 6 Uhr bei Meinig in Arbeit getreten. Als er den Möbelwagen habe besteigen wollen, sei der Beschuldigte an ihn herangetreten und habe zu ihm gesagt: Hier wird gestreift! Meinig habe dann sofort zu ihm gesagt: gehen sie auf den Wagen! Er habe den Wagen auch sofort bestiegen und sei mit ihm fortgefahren. Ob der Beschuldigte weitere Meinungen gelau, wisse er nicht; jedenfalls habe er nichts weiter gehört. Daß in dem Betrieb gestreift wurde, habe er bei Annahme der Arbeit nicht gewußt. Veranlaßt, die Arbeit eine Viertelstunde nach Beginn aufzugeben, habe ihn die Mitteilung eines anderen Arbeitswilligen, der ihm unbekannt geblieben. Derselbe hat gesagt: Sieh dich vor, hier wird gestreift! So brach die Anklage in sich zusammen; der Anklagevertreter selbst ließ sie fallen und stellte das Urteil in das Ermessen des Gerichtes. Der Verteidiger hatte es bei dieser Sachlage leicht. Nachdem er den Schöffen selbst die Legalität des Streikpostenfrens dargelegt hatte, beantragte er die Freisprechung des Angeklagten, die auch nach kurzer Beratung verkündet wurde. — Der Antragsteller, Herr Geschäftsgehilfe Meinig, ist mit seiner Anzeige abgeblieben worden. — Der Staat aber hat das Vergnügen, die Kosten des Verfahrens zu tragen!

Darmstadt. Wie schon vor einiger Zeit berichtet, sind die Kohlenarbeiter usw. mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen unzufrieden. Da die Unternehmer aber keine Anstalten trafen, ihrem Personal entgegenzukommen, so richteten die Arbeiter durch den deutschen Transportarbeiterverband ihrerseits Forderungen ein, welche in einer tariflichen Vereinbarung festgelegt werden sollten. Aus dem Tarifentwurf ist zu entnehmen, daß für die Fuhrleute eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und für die Arbeiter von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gefordert wird. Außerdem werden entsprechende Pausen zur Einnahme der Mahlzeiten gewünscht. Die Löhne sollen betragen für Einspänner 26 Mk., für Zweispänner 28 Mk. und für Arbeiter 25 Mk. pro Woche. Ferner wird gefordert eine bessere Bezahlung der Ueberstunden, eine 15tägige Kündigungsfrist, sowie die Heranziehung der Organisationsleiter zur Schlichtung von eventuellen Differenzen zwischen Personal und Unternehmer.

Der Tarifentwurf wurde den Unternehmern unterbreitet und eine Antwort bis zum 22. d. Mts. erbeten.

Gestern fand nun eine Versammlung der Kohlenkutscher usw. statt, um die Antwort entgegenzunehmen. Vor den zahlreich erschienenen Arbeitern wurde seitens der Lohnkommission mitgeteilt, daß die Unternehmer nicht geantwortet, aber Rücksprache mit den Vertrauensmännern der Betriebe genommen haben. Nach dieser Lehnte sie jede Verhandlung mit der Organisationsleitung ab, wollen aber den Arbeitern im Durchschnitt pro Woche 2 Mk. Lohnzuschlag bewilligen, sowie den Hausbrand in Höhe eines Zentners Kohlen. Aus den weiteren Ausführungen ging hervor, daß nicht einmal festgesetzt werden konnte, ob alle Arbeiter usw. eine Lohnaufbesserung erhalten sollten. Nach ziemlich erregter Diskussion ergriff der Vertreter des Hauptverbandes das Wort und erklärte, daß auch er diese Angebote der Unternehmer für völlig ungenügend halte. Jedoch bitte er, den letzten Weg zu einer Verständigung nicht abzubrechen, weil nach den gemachten Zugeständnissen immerhin noch die Möglichkeit besteht, die Differenzen in friedlicher Weise zu erledigen. Aus der Mitte der Versammlung wurde nunmehr folgende Resolution vorgeschlagen:

„Die heute am 22. August er. tagende Versammlung der Kohlenkutscher usw. hat von den Vorschlägen der Unternehmer Kenntnis genommen und erklärt diese für völlig ungenügend. Jedoch erblickten die Anwesenden in den gemachten Zugeständnissen die Möglichkeit, daß eine Verständigung mit den Unternehmern ausgeschrieben erscheint, und beauftragt die Verbandsleitung, bevor weitere Maßnahmen getroffen werden, noch einmal zwecks Unterhandlungen an die Unternehmer heranzutreten. Es wird jedoch der Verbandsleitung nahegelegt, bei eventuellen Verhandlungen beachten zu wollen, daß die im Tarifentwurf aufgestellten Forderungen das Mindeste sind, was in Anbetracht der herrschenden Verhältnisse gefordert werden muß.“

Nachdem noch ausdrücklich erklärt wurde, daß der Verbandsleitung eine gebundene Marschroute nicht vorgeschrieben werden sollte, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Ob die Unternehmer von ihrem bisherigen Standpunkt abgehen oder ob sie es durchaus auf einen Kampf ankommen lassen wollen, wird die Zukunft lehren.

Essen-Muhr. Unter welchen elenden und traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen unsere Kutscher und Fuhrleute ihr beschwerliches Dasein fristen müssen, davon einige Beispiele. Bei der Firma Meintrich u. Strothe in Bergeborbeck werden Kutscher beschäftigt, welche pro Tag 50 Pf. zum Vertrinken bekommen, Kost und Logis frei haben und des Sonntags dann noch 1. — bis 2. — erhalten; einen weiteren Lohn gibt es nicht. Die Arbeitszeit dauert von morgens 8 Uhr bis abends ultimo. Bei der Firma Koch, Fuhrgeschäft in Bergeborbeck, erhalten die Fuhrleute pro Tag einen Schoppen Schnaps, freie Kleidung, Kost und Logis. Weiteren Lohn gibt es nicht. Arbeitszeit ebenfalls von morgens früh bis abends spät. Bei der Firma Janiar werden drei Kollegen beschäftigt, welche außer Kost und Logis den Monat für 20 Mk. fausten müssen; auch hier ist die Arbeitszeit von morgens früh um 5 Uhr bis durchschnittlich 9 Uhr abends. Feste Pausen sind auch hier unbekannt.

Genau so ist es bei den Fuhrleuten, die in den Kolonialwaren-Engros-Geschäften beschäftigt sind. Man kann es verstehen, wenn die größte Mehrzahl derselben nachher mit dem Staatsanwalt Bekanntschaft macht. Ist es doch vorgekommen, daß ganze Waggons Waren von der Bahn abgefahren und glatt verkauft worden sind. Trotzdem nun die Verhältnisse so im Argen liegen, ist es noch nicht möglich gewesen, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, im Gegenteil, sie stehen derselben noch meist feindlich gegenüber, aber in den Fuhrmannsvereinen, da spielen sie eine große Rolle, dort stellen sie sich als Parade-Regiment für ihre Unternehmer hin, organisieren historische Festzüge usw. Dies trotzdem sie meistens noch nicht mal einen Sonntagsanflug ihr eigen nennen können, um eine Versammlung des Sonntags zu besuchen. Auch die Behandlung der Leute läßt natürlich ebenfalls noch vieles zu wünschen übrig, bei vielen Unternehmern arbeitet noch der Grummelschlauch, und wer nicht pariert oder sich den Wünschen des Unternehmers fügt, bekommt eben noch Schläge zu seiner Arbeit als Strafgeld. — Kollegen! Wie lange sollen diese haarsträubenden Zustände denn noch dauern? Wir leben doch heute nicht mehr im Mittelalter! Hier gibt es nur ein Mittel und das ist die Organisation, nur sie ist im Stande, hier Abhilfe zu schaffen, oder Kollegen, wollt ihr euch ewig diese Unrechtlichkeit gefallen lassen? Deshalb Kollegen aufgewacht, werft allen Ballast von euch und besucht die Versammlungen, lest eure Verbandszeitung und tretet ein die Reihen des Verbandes, dann wird es auch in kürzester Zeit möglich sein, menschenwürdige Zustände für euch zu schaffen. Aufnahmen werden jederzeit auf dem Büro, Grabenstr. 67, Zimmer Nr 6 entgegengenommen.

Fürstenwalde. Wir sehen uns veranlaßt, einmal an dieser Stelle einige ernste Worte an unsere Verbandsmitglieder am Orte zu richten. Der Besuch unserer Versammlungen läßt in letzter Zeit zu wünschen übrig, das muß entschieden besser werden. Das Beitragszahlen allein tut's nicht, die Kollegen müssen auch an der Verbandsarbeit teilnehmen. Die Kollegen Kutscher bei der Schlossbrauerei müssen dafür sorgen, daß auch die Abzieher und Mitfahrer dem Verbande zugeführt werden. Das gleiche müssen die organisierten Expeditionskutscher tun, wollen sie daß ihre Arbeitsverhältnisse in nicht allzu ferner Zeit eine den teuren Zeiten entsprechende Aufbesserung erfahren. Jeder Kollege hat zur nächsten Versammlung wenigstens einen unorganisierten mitzubringen und so unsere Reihen stärken zu helfen. Zum auf die Bärenhautlegen sind die Zeiten wirklich zu schlecht. Also an die Arbeit Kollegen.

Hamburg I. Am Dienstag, den 22. August, tagte abermals eine Versammlung der Möbeltransportarbeiter, die sich mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigte und es nach langer, lebhafter Debatte an die Verhandlungskommission zurückverwies. Strittig sind vor allem noch zwei Punkte: die Bezahlung der Pausen, in denen gearbeitet wird, und die Bezahlung des Nachhauseweges. Die Arbeiter wollen die angebrochenen Pausen abrunden und so als Ueberstunden verrechnen, was ihnen auch bereits zugestanden war, die Arbeitgeber dagegen wollen die in den Pausen gearbeitete Zeit zusammenrechnen und diese so bezahlen. Der Nachhauseweg, der sich bei entfernten Transportorten häufig sehr ausdehnt, wurde den Arbeitern bisher mit einer halben Stunde angerechnet. Nachdem die Arbeitszeit jetzt um eine Stunde, von elf auf zehn Stunden, verkürzt werden soll, will man auf Seiten der Arbeitgeber die Bezahlung des Nachhauseweges gänzlich fallen lassen, worin die Arbeiter eine teilweise Aufhebung der zugestandenen Arbeitszeitverkürzung erblicken. Wie sich die Arbeitgeber zu der Willensklärung der Arbeiter stellen werden, bleibt abzuwarten. Es dürfte jedoch besonders im Interesse der Unternehmer liegen, die Verhandlungen bis zum Ungangstermin, dem für ihr Gewerbe kritischen Zeitpunkt, zu beenden.

Ferlohn. Recht traurige Zustände herrschen hier bei den Abladern auf dem Westbahnhof. Die Arbeitszeit beträgt 13 und 14 Stunden, es wird gearbeitet von morgens 7 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr, ohne daß ein Pfennig für die Ueberstunden bezahlt wird. Pausen kennt man überhaupt kaum, die Ablader haben das letzte Stück Brot noch im Munde und schon kommt der Unternehmer, Seges ist sein Name, wieder und treibt die Leute zur Arbeit an, in einem Tone, als wenn er eine Herde Büffel vor sich hätte. Der Mann hat ganz und gar vergessen was er früher gewesen ist, und daß ihm nur seine Ablader zu dem verholten haben, was er jetzt ist. Aber es wird auch bei diesem Herrn mal anders kommen. Die Arbeiter haben erkannt, wodurch ihnen geholfen werden kann. Der Anfang ist gemacht, und wir werden nicht eher ruhen, bis der letzte Mann in der Organisation ist; dann wird auch in diesem Betriebe die Arbeitszeit geregelt, die Ueberstunden werden bezahlt und die Behandlung wird eine anständige werden. Ablader Ferlohn sucht euren Trost nicht in der Fußfische, sondern in der Organisation; tretet Mann für Mann ein in den deutschen Transportarbeiter-Verband.

Birmasens. Unsere letzten Versammlungen waren nur mittelmäßig besucht, trotzdem die hiesigen Kollegen nicht die geringste Ursache haben, die Hände in den Schoß zu legen. Unser Lohn bewegt sich nicht in aufsteigender Richtung. Unsere Lebenslage ist im allgemeinen schlechter geworden. Die Lebensmittelpreise sind bedeutend in die Höhe gegangen und es ist dem sparsamen Arbeiter bald nicht mehr möglich, sich und seine Familie ehrlich zu ernähren. Wie fast überall, wo die Organisation nicht kräftig ist, rangieren die Fuhrleute auch hier an letzter Stelle, wenn man die Löhne und die Arbeitszeit in Betracht zieht. Die Organisation hat sich noch nicht überall Geltung ver-

schafft. Die Kollegen können noch immer nicht den einzigen Weg finden, auf dem es ihnen möglich ist, ihre Wünsche zu erfüllen. Der deutsche Transportarbeiterverband hat hier schon sichtbare Beweise geliefert, daß durch die Organisation vieles zu erreichen ist. Mit verschiedenen Firmen wurden schon Tarifverträge abgeschlossen, in denen die Arbeitszeit geregelt und der Lohn erhöht wurden. Leider wird der Tarif in einer hiesigen Groß-Brauerei nicht hochgehalten, und die Kollegen lassen in fahrlässiger Weise das mühsam Erzwungene wieder verloren gehen, wo sie nur darauf dringen brauchen, daß die Tarifbestimmungen eingehalten werden. Die Kollegen einer größeren Expeditionsfirma stellten kürzlich Forderungen auf höheren Lohn und waren gewillt, dem Verband beizutreten, wozu eine Versammlung anberaumt wurde. Nachdem aber eine Lohnzulage von wöchentlich 1 Mk. gewährt war, hielten es die Kollegen nicht mehr nötig, in die Versammlung zu gehen. Hier war der Verband indirekt die Ursache der Lohnaufbesserung. Hätten sich die Kollegen organisiert und dann Forderungen gestellt, wäre zweifellos ein besserer Erfolg erzielt worden. So hat es die Firma jederzeit in der Hand, bei passender Gelegenheit wieder eine Lohnreduktion vorzunehmen. Solche Augenblickserfolge sind bedeutungslos und haben keinen Bestand. In den Kollegen liegt es, daß es anders werde. Es heißt unablässig organisieren, agitieren, damit die Indifferenten dem Verband gewonnen werden. Unter allen Umständen die Versammlungen besuchen, jeder an seinem Platze seine Pflicht erfüllen, ist die vornehmste Aufgabe eines überzeugten Gewerkschaftlers. Dies gilt für einige Vorstandsmitglieder, die in letzter Zeit etwas faunig waren. Kollegen! Wir wollen miteinander raten und raten, und wenn wir uns das große Ziel der Arbeiterbewegung vor Augen halten, können wir desto leichter kleine Meinungsverschiedenheiten schlichten und vergessen. Vorwärts!

Trier. Unter dem neuen Vereinsgesetz. Vor einiger Zeit gelang es nach langen Mühen auch hier in diesem dunklen Winkel eine Zahlstelle unseres Verbandes zu errichten und in kurzer Zeit hatten sich 60 Fuhrleute dem Verband angeschlossen. Die Verhältnisse in unserem Gewerbe waren auch im Laufe der Jahre so traurig geworden, und man sich eben der Einsicht nicht mehr zu verschließen vermochte, daß nur eine starke Organisation hier helfen kann. Aber den Arbeitgebern war natürlich das endliche Erwachen der Kollegen unbehaglich und man glaubte, am schnellsten hier zum Ziele zu gelangen, wenn man die Hilfe der Polizei dazu in Anspruch nimmt. Anders vermögen wir uns das Verhalten der Polizei, von dem wir nachstehend berichten, nicht erklären, als daß ja hier die Unternehmer die Hand im Spiele haben. Am Sonntag, den 13. v. M. sollte eine Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe hier stattfinden, in welcher Kollege Heugel-Saarbrücken über folgendes Thema reden sollte: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fuhrmannsgewerbe.“ Schon vor der Versammlung kamen zwei Polizeibeamte ins Lokal und suchten den Wirt zu veranlassen, die Versammlung nicht abhalten zu lassen, da dieselbe nicht ansgemeldet sei, er habe also eine Verstrafung zu erwarten. Als wir trotzdem die Versammlung abhielten, erschienen die Beamten und erklärten einfach, das Thema sei ein politisches, infolgedessen müßte die Versammlung angemeldet sein. Der Vortag dürfte nicht gehalten werden. Nur die Besprechung reiner Vereinsangelegenheiten sollte erlaubt sein. Die Beamten beriefen sich bei ihrem Vorgehen auf eine Entscheidung des Reichsgerichts. (Es handelt sich hier um einen Fall, der durch die ganze Presse ging und eifrig kommentiert wurde. Das Reichsgericht hatte entschieden, daß auch der Polizei ein gewisses Mitbestimmungsrecht darüber zustehe, ob eine Versammlung politisch sei oder nicht.) Die Entscheidung des Reichsgerichts ist allerdings geeignet, teilweise das Vereinsgesetz aufzuheben, aber selbst wenn man die Deduktion des Reichsgerichts sich in weitestem Maße zu eigen macht, könnte für die Beamten im vorliegenden Falle dieses Urteil nicht in Frage kommen, denn es bezieht sich selbstverständlich nur auf öffentliche Versammlungen. Dadurch, daß nun die Beamten das vorgenannte Thema als ein politisches erklärten, würde natürlich die Organisation einfach als eine politische erklärt; das dies zu geradezu ungeheuerlichen Konsequenzen führen würde, liegt auf der Hand. Als nun die Beamten auf das ungeschickliche ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht, zum Verlassen des Lokals aufgefordert wurden, leisteten sie dieser Aufforderung keine Folge und versuchten dann weiterhin ihr Verbleiben damit zu motivieren, daß an der Versammlung auch Angehörige anderer Gewerbe teilnahmen (es waren einige Mitglieder des Gewerkschaftsstarke, die in der ersten Zeit die Ortsgruppe leiteten). Trotzdem also auch dieser Einwand hin-fällig war, verließen die Beamten das Lokal nicht. Kollege Heugel hielt dann allerdings seinen Vortrag nicht, an seiner Stelle beschäftigte sich aber dann der Genosse Müller in einer längeren, oft von Beifall unterbrochenen Rede mit dem Verhalten der Polizei. In scharfen Worten gethete er dieses ungeschickliche Vorgehen, an vielen interessanten Beispielen zeigte er den Anwesenden, daß die Polizei eben nur bei Arbeitern sich derartige geschwindige Maßnahmen herausnehmen kann, während die Unternehmer ungeschoren auch die verwerflichsten Mittel anwenden, um die Arbeiter aus-zubeuten, ohne daß die Polizei irgendwie einschreiten würde. Und so kam es, daß die Polizei das Gegen-stell von dem erreichte, was sie damit bezweckte, denn von den anwesenden noch nicht organisierten Kollegen ließen sich alle in den Verband aufnehmen. Gegen die Beamten ist natürlich Beschwerde erhoben und werden wir über den Ausgang berichten. An die Kollegen aber richten wir die Mahnung, nun erst recht zusammenzutreten, dann wird weder das Unternehmertum noch die Polizei es verhindern können, daß wir

endlich auch hier eine Verbesserung unserer traurigen Lage erreichen.

Ulm a. D. Endlich scheinen auch die hiesigen Kollegen aufzuwachen, um ihre Menschenrechte zu verlangen. Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, wird sich sicher nicht wundern, wenn die Ulmer Transportarbeiter danach trachten, ihre 15-17stündige Arbeitszeit etwas zu verkürzen und die niederen Löhne zu verbessern. Die dortigen Arbeitgeber wissen genau, warum sie die Organisation aus ihren Betrieben fernhalten wollen, denn ein nur halbwegs aufgestärkter Arbeiter würde eine Lohnerhöhung mit Arbeitszeitverlängerung entschieden zurückweisen, weil er weiß, daß auch seine Arbeitskraft eine Grenze hat und er, sobald dieselbe zu Ende geht, aus dem Betriebe entfernt wird, gleichviel wie lange er sich dem Unternehmer zur Verfügung gestellt hat. In dem Transportgewerbe ist noch vielfach die unregelmäßige Arbeitszeit anzutreffen, aber Ulm dürfte in dieser Beziehung doch an der Spitze marschieren, da dort die Unternehmer ganz nach ihrer Willkür arbeiten lassen, weil unsere Kollegen den Wert des Zusammenschlusses noch zu wenig erkannt haben. Nicht viel besser sieht es im Handelsgewerbe aus. Wenn dort die Arbeitszeit etwas geregelter ist, so sind dafür die Löhne mit wenig Ausnahmen um kein Haar besser als im Transportgewerbe, weil auch die Kollegen Handelsarbeiter in allen möglichen Vereinen zu finden sind, nur nicht in der Organisation, um ihre Lage zu verbessern. Aber einmal reißt auch dem Langmütigsten die Geduld, besonders wenn er sich mal die Mühe nimmt und seinen Lohn auf die Stunde umrechnet, dann wird er finden, daß es mit der soviel gepriesenen Bezahlung nicht weit her ist. Unsere Ulmer Kollegen arbeiten wöchentlich 110-115 Stunden, was 20 bis 22 Pf. Stundenlohn ergibt. Würden die Kollegen nur den niedrigsten Stundenlohn eines Tagelöhners erhalten, so müßten sie nahezu den doppelten Lohn bekommen. Unter solchen Umständen kann der Unternehmer am Jahreschlusse leicht eine kleine Gratifikation gewähren, die er im Jahre mehr als zwanzigfach hereinbringt. An den Kollegen liegt es nun, diesen Mißständen energisch auf den Leib zu rücken, indem sie danach trachten, die Organisation zu verstärken, damit wenigstens vorerst die größten Mißstände beseitigt werden können. Der gegenseitige Haß muß begraben werden und an dessen Stelle die Solidarität und das Kollegialitätsgefühl bei jedem einzelnen treten. Die Uneinigkeit der Arbeiter ist überall der Nutzen der Unternehmer und das Ende von diesem traurigen Liebes ist lange Arbeitszeit und schlechter Lohn. Mögen die Kollegen die richtige Lehre aus dem Gesagten ziehen und trotz aller Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt werden, unentwegt weiter an dem Ausbau ihrer Organisation arbeiten, dann wird auch in Ulm der Tag der Abrechnung näher rücken.

Öffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Am Sonntag, den 13. August 1911, fand im Königsplatz-Kasino eine Versammlung der Vertreter statt. Als Delegierte zur General-Versammlung wurden folgende Kollegen gewählt: Oskar Sill, Adolf Nadife, Fritz Singmann, Wilhelm Genschow, August Schulz, Paul Karnal, Wilhelm Walter, Albert Naumann, Rudolf Szibor, August Dehn und August Schmidt. Dann erklärte Kollege Werner, er hätte aus dem verlesenen Protokoll entnommen, daß auf die Verwaltung Angriffe gemacht worden sind, dahingehend, als wenn die schlechten Erfolge der letzten Lohnbewegung dieser zuschreiben wären; er erklärt, daß die Verwaltung voll und ganz ihre Pflicht getan hat und der Mißerfolg in anderen Ursachen zu suchen sei. Von einem Mißerfolg könne überhaupt nicht gesprochen werden, da bei den meisten Firmen 5 Pf. Stundenlohn und 1/4 Pf. Akkordzuschlag zugebilligt worden sei, was er nur als einen Erfolg bezeichnen könne. Er spricht dann über 2 Anträge von der Abteilung Kitzdorf, deren erster dahingehend, den Kollegen Bernhardt als Branchenberater abzulehnen; der zweite, zur heutigen Versammlung die Ortsverwaltung zu laden. Er berichtet, daß über die Anträge bereits eine Sitzung der Ortsverwaltung mit der Branchenkommission stattgefunden hat, in welcher zu der Angelegenheit Stellung genommen wurde. Werner ist der Meinung, daß es ungerecht sei, jemand, der nicht anwesend ist, anzuzurechnen, und gibt bekannt, daß ihm Kollege Bernhardt mitgeteilt habe, daß er krank sei. In der weiteren Diskussion wird von verschiedenen Kollegen Klage über das Verhalten des Kollegen Bernhardt geführt; derselbe macht was er will und fragt die Kollegen nicht, er handelt stets selbständig und fügt sich nicht den Beschlüssen der Versammlung. Kollege Karnal erklärt, daß bei unserer Branche nicht der Stundenlohn, sondern der Akkordlohn ausschlaggebend sei, er wendet sich gegen den vom Kollegen Bernhardt im „Courier“ veröffentlichten Artikel, in welchem die vorhergehenden Lohnbewegungen der Vertreter als resultatlos dargestellt wurden, was nicht den Tatsachen entspricht, deren Erfolge waren ebenso groß, wenn nicht größer, als die beim letzten Streik. Kollege Pelz spricht über das Verhältnis der Wasserleute zu den Glasleuten und erklärt den gegenwärtigen Zustand, daß die Wasserleute als Arbeitslose und nicht als Streikende betrachtet werden, als ungerecht und unhaltbar, er ist der Meinung, daß da so bald wie möglich eine Aenderung geschaffen werden müßte. Kollege Hornmann ist der Meinung, daß sich aus dem jetzigen Wasserarbeiter-Verhältnis Zustände entwickeln werden, wie sie gegenwärtig in Charlottenburg bestehen. Aus den Reihen der Kollegen kommen Zwischenmeister, welche nachher einen Krebschaden für die Kollegen und Organi-

sation bilden. Diese Ansicht wird von den Kollegen bekräftigt. Dann Schluß.

Deuthen (D.-Schl.). Am Sonntag, den 23. Juli, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Bemerkenswert aus der Abrechnung ist, daß unsere Zahlstelle trotz eifriger Agitation nicht vorwärts kommen kann. Wie ein Kollege sehr richtig bemerkt, liegt die Schuld an allen Mitgliedern, einzelne derselben geben sich die größte Mühe, um auch hier einmal Remedur zu schaffen, doch die Mehrzahl der Mitglieder legt die Hände müßig in den Schoß, ja sie finden es gar nicht einmal nötig, in den regelmäßigen Versammlungen zu erscheinen. Aus dem Vortrage eines Kollegen über: „Rechte und Pflichten des Arbeiters“ geht sehr deutlich hervor, daß der Arbeiter sich von der Wiege bis zum Grabe sehr viele Pflichten auferlegt, dafür aber sehr wenig Rechte eingeräumt werden. Kedner bedauert auch sehr, daß vor den wenigen Rechten, welche der Arbeiter hat, er meiste damit die beiden wichtigsten, das Koalitionsrecht und das Wahlrecht, so sehr wenig Gebrauch gemacht wird. Würde dies der Fall sein, dann müßten hier in Oberschlesien ganz andere Verhältnisse herrschen, als es bisher der Fall ist. Dann erläutert ein Mitglied den Zweck und die Ziele der Arbeiterschuttkommission, welche vom Gewerkschaftskomitee eingesetzt worden ist und er sucht um die Wahl von zwei Hilfsmittelliedern zu dieser Kommission, welche auch gleich mit vorgenommen wird. Doch sagt einmal ihr Deuthener Kollegen, was war das wieder für ein Versammlungsbesuch, ihr müßtet doch nun bald wissen, daß nur der zu einem tatkräftigen Gewerkschaftler erzogen wird, welcher in keiner Versammlung fehlt, denn durch die Versammlungen werdet ihr doch zu tüchtigen Streikern erzogen. Daß es an belehrenden Vorträgen bei uns etwa fehlen sollte, kann doch niemand sagen, denn Vorträge sind bis jetzt zu jeder Versammlung festgesetzt gewesen, doch wenn so wenige Kollegen für ihre Pflicht halten hier zu erscheinen, muß der Vortrag selbstverständlich ausfallen.

Wieselsfeld. Quartalsbericht vom 2. Quartal. Die Einnahmen betragen 2713,11 Mk. inkl. 855,11 Mk. Klassenbestand vom 1. Quartal. Die Ausgaben 2713,11 Mk. inkl. 973,68 Klassenbestand. An die Hauptkasse sind eingesandt 1303,12 Mk. Für Arbeitslose wurden 57,70 Mk. verausgabt. Krankenunterstützung 211,50 Mk. Verdingungsbeihilfe 160 Mk. Extraintersubvention 20 Mk. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, wie vorzueinstimmen die Gewerkschaft für ihre Mitglieder in Notfällen zu sorgen weiß. Die Mitgliederzahl betrug 303, ein Mehr von 9 Mitgliedern gegen das letzte Quartal. Dieses ist für uns jedoch noch keine Befriedigung und hoffen wir für die Zukunft, wenn jedes Mitglied seine Schuldigkeit im Werben von neuen Mitgliedern tut, auf eine Besserung. Der Bericht der Ortsverwaltung über den Gang der Geschäfte legte Zeugnis ab für die rege Tätigkeit, welche im 2. Quartal entfaltet wurde. Zunächst wurde eine Statistik aufgenommen über das Befehdsbedürfnis der Mitglieder. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß wir von dem Resultat befriedigt sind, so brauchen wir uns doch auch vor den anderen Gewerkschaften am Orte nicht zu verbergen. Diejenigen, welche es noch nicht für nötig befunden haben, die Arbeiterpresse zu halten, werden bei passender Gelegenheit bearbeitet werden. Lohnbewegungen fanden mehrere statt, ohne daß der Verband Kosten dadurch hatte, wohl aber die betr. Mitglieder Erfolge in Gestalt von Lohnerhöhungen und teilweise günstige Arbeitsbedingungen. Bei Sprick kommen 4 Mann in Frage mit einer Lohnerhöhung von 2-3 Mk. pro Mann und Woche. Bei der Firma Stahlmann erzielten 4 Mann eine jährlich berechnete Erhöhung von 70-90 Mk., außerdem wurde statt der halbmönatlichen Lohnzahlung die wöchentliche eingeführt. Durch diese Lohnbewegung erzielten auch die Arbeiter bei der Firma Siedmeyer eine jährliche Verbesserung von 60-90 Mk., ohne daß dieselben bis jetzt zu bewegen waren, dem Verbands beizutreten, hoffentlich haben diese Kollegen den Wert der Organisation nun begriffen und lassen es nicht mehr beim Versprechen, der Organisation beizutreten, bewenden, sondern halten dieses Versprechen auch. Bei der hiesigen Mollerei war es uns auch möglich, unter Anerkennung der Organisation Vorteile, die sich auf ca. 3 Mk. pro Woche belaufen, für die Milchleutchen herauszuholen, außer anderen Regelungen im Betrieb. Eine Lohnbewegung bei der Firma Seypler konnte leider nicht zum Abschluß kommen, da durch verschiedene ungünstige Umstände dieselbe auf ein totes Gleis geraten war, jedoch bedeutet in diesem Falle: Aufgeschoben ist aufgehoben. Welche Beurteilung dem Verbands durch die Speiditeure beigelegt wird, erhellt am besten die Aufstellung einer Betriebsordnung. Es waren schon mehrfach Zusammenkünfte der vereinigten Speiditeure mit der Ortsverwaltung abgehalten worden, jedoch waren die Herren unter sich nicht recht einig, worauf dann kurz entschlossen die größte Speiditeurfirma Dreher mit der Organisation allein abschloß. In dieser Betriebsordnung ist unter anderem ein Bonus enthalten, daß bei Differenzen über Sachbeschädigungen oder Verluste, die Firma 2 Vertreter und 2 die Ortsverwaltung stellt unter Aufsicht des Gewerbegerichts vorstehen. Für die betr. Kollegen gewiß die beste Gewähr, daß ihre Sache gut aufgehoben ist. Als nun dieser Vertrag abgeschlossen war, was täten nun die anderen Herren Speiditeure? Sie ahnten nun denselben Vertrag im gewissen Wortlaut nach und setzten den Verband als Schiedsrichter ein, ohne das wir mit ihnen unterhandelt haben. Gewiß ist dieses eine Anerkennung der Gewerkschaft, auf die wir stolz sein können. Im übrigen läuft der Tarifvertrag mit den Speiditeuren am 1. April 1912 ab und werden wir da auch noch an Lohnerhöhungen herauszuholen was nur irgend möglich ist.

Flensburg. Gemeinsame Mitgliederversammlung. Ein Kollege aus Kiel hielt einen sehr beifällig auf-

genommenen Vortrag über das Thema: „Unternehmertum und Staatsgewalt im Kampfe gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse.“ Alsdann kam ein Antrag, den Beitrag von 55 auf 60 Pf. zu erhöhen, zur Beratung. Den Antrag bekräftigte der Vorsitzende. In der Diskussion wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, den Beitrag zu erhöhen. Nur eine Stimme wendete sich dagegen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wurde ein weiterer Antrag angenommen, welcher besagt, daß alle diejenigen, welche am ersten Oktober mit ihrem Beitrage im Rückstande sind, für die rückständige Zeit auch 60 Pf. leisten müssen. Alsdann trat eine Diskussion ein über das Verhalten der Konsumvereinsleitung und unser dort beschäfftigter Kollegen. Laut Tarif dürfe am Sonntag morgen nur Frühgebäck ausgefahren werden, ohne dafür bezahlt zu erhalten. Die hiesige Konsumvereinsleitung übe aber die Praxis, indem die Kutscher des Sonntag morgens mit Probefahrt behelligt werden, was keineswegs als Frühgebäck bezeichnet werden könne und demzufolge auch bezahlt werden müsse weil es Ueberstundenarbeit sei, was aber die Konsumvereinsleitung ablehne. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß zu diesem Zwecke eine Extraversammlung der Gruppe Transportarbeiter stattfinden solle, um ganz energisch gegen diese Vorfälle zu protestieren und alle Mittel in Anwendung zu bringen, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. An Stelle zweier aus-geschiedener Verwaltungsmittglieder wurden die Kollegen Ehr. Weber und C. Cohn gewählt. Nach Beendigung einer tariflichen Angelegenheit betr. Hafenarbeiter, fand Schluß der Versammlung statt.

Magdeburg. Am Sonntagabend, den 12. August, tagte die ordentliche Generalversammlung für das 2. Quartal, welche sich trotz der Hitze eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte. Das Andenken neun verstorbenen Mitglieder wurde in der üblichen Form geehrt. Den Geschäftsbericht erstattete der Bevollmächtigte Schwierste. Hieraus sei hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Konjunktur eine zufriedenstellende nicht gewesen ist, da noch 138 arbeitslose Mitglieder vorhanden waren; diese Zahl ist durch den niedrigen Wasserstand augenblicklich weit überschritten worden. Die Mitgliederzahl steigerte sich von 3186 auf 3269 am Schluß des 2. Quartals. Wochenbeitragsmarken wurden 39 076 Stück verkauft. Abgehalten wurden 103 Sitzungen und Besprechungen sowie 22 Versammlungen; ferner fanden zwei Ausflüge statt. Rechts-schutzgesuche wurden in diesem Quartal sehr zahlreich gewährt, hauptsächlich die von Kontrollleuten der Straßensbahn gegen Angeestellte aus Anlaß der Lohnbewegung eingeleiteten Klagen wegen Beleidigung führten zu Verurteilungen und Geldstrafen. Auch zwei Chauffeure nutzten sich ihr Recht auf gerichtlichen Begehren. In einer Klage handelt sich um Lohnansprüche im Betrag von 540 Mk. Die Tätigkeit der Verwaltung in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder war befriedigend. 11 Lohnbewegungen in 41 Betrieben wurden erfolgreich durchgeführt. Die Bewegungen erstreckten sich auf Eisenhandlungen, Holzhandlungen, Kohlenhandlungen, Papierhandlungen, Speiditions-geschäfte, Glashandlungen, Destillationen, Wermutlager, einen Waggereibetrieb, eine Kaffeebäckerei und einen Zeitungsverlag. Insgesamt wurde für 352 Mitglieder ein jährlicher Mehrlohn von 26 488,15 Mk. erzielt; ferner für eine ganze Anzahl von Mitgliedern eine Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung von Ferien, Freitags-Lohnzahlung usw. Hervorgehoben zu werden verdient ferner, daß, als von Seiten der Verwaltung an die einzelnen Handelsherren Eingaben um Erhöhung der Löhne eingereicht wurden, die Handelsherren sich gar nicht genug wundern konnten, weshalb sich die Arbeiter ihrer Berufsorganisation angeschlossen hätten. Die Herren meinten dann immer: „Hätten nur die Arbeiter gesagt, daß sie mehr Lohn haben wollten, dann wäre er ihnen auch ohne die Eingaben der Verbandsleitung gewährt worden.“ Und wenn der einzelne Arbeiter wegen Lohnerhöhung vorstellig wurde, sagte man ihm: Mehr Lohn? Na, wenn Sie wo anders mehr verdienen können, gehen Sie doch dahin! Was der Zusammenschluß der Handels- und Transportarbeiter für die Kollegen bedeutet, das beweisen uns die Streiks in England und deren Erfolge. Dem Klassenbericht, welchen der Kollege Weidner erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Die Gesamt-einnahme im 2. Quartal belief sich auf 36 273,03 Mk., wovon eine Ausgabe der Lokalkasse von 7580,06 Mk. gegenübersteht, an die Hauptkasse wurden gesandt 14 713,30 Mk., so daß der Lokalkasse am 1. Juli ein Vorkontostand von 13 976,67 Mk. verbleibt. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt 1357,60 Mk., Krankenunterstützung 4629,95 Mk., Gemafregelungenunterstützung 127,60 Mk., Streikunterstützung 702,60 Mk., Rechts-schutz 272,50 Mk., Sterbefallunterstützung 1480 Mk., Extraintersubvention 130 Mk., Reiseunterstützung 95,40 Mk. Nachdem der Kassierer einige Positionen der Einnahme und Ausgabe des nähere erläuterte hatte, wurde der Geschäftsleitung auf Antrag der Revisoren seitens der Versammlung einmütig Decharge erteilt. Ueber Beschlußfassung über die Errichtung einer Zentralbibliothek und eines Jugendheims der Gewerkschaften Magdeburgs, sprach Kollege Niedzwiedz. Seine Ausführungen, in welchen er die Notwendigkeit einer Zentralbibliothek darlegte, fanden beifällige Aufnahme, und sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für die Einrichtung derselben aus. Ein dahingehender Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Unter sonstige Verbandsangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß in den nächsten Wochen eine öffentliche Chauffeur-Versammlung, eine Versammlung aller jugendlichen Handels- und Transportarbeiter sowie eine große Kutscher-Versammlung, welche sich mit der Polizeiverordnung beschäftigen soll, abgehalten werden sollen. Nachdem die Mitglieder zur regen Mitarbeit aufgefordert waren, trat Schluß der imposanten Versammlung ein.

Verbandskollegen! Habt Ihr Euch schon das Jahrbuch 1910 die Versäumnis sofort nach!

Nowawes. In der am 30. Juli stattgefundenen Generalversammlung wurde bekannt gegeben, daß der Kollege Jahnke zum Obmann der Agitationskommission gewählt worden ist. Die Kollegen wurden ermahnt, die Kaufondsmarken zu fleben. Die Einnahmen betragen im abgelassenen Quartal 677,53 Mark, nach Abzug der Ausgaben verbleibt am Orte ein Kassendbestand von 170,47 Mk. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. Dann wurde noch der Kartellbericht gegeben und die Versammlung nach Regelung einiger interner Angelegenheiten geschlossen.

Stettin. In der Generalversammlung vom 16. August erstattete Kollege Lünser den Kassensbericht vom 2. Quartal. Einnahme: 23 534,33 Mk., Ausgabe: 16 347,60 Mk., Kassendbestand am 1. April 1911: 5584,43 Mk., am 1. Juli 1911: 7186,73 Mk. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Lokalkasse 4010,52 Mark, die Hauptkasse für Arbeitslosenunterstützung 1577 Mark, Beerdigungshilfe 1055 Mk., Extraintersubstanz 40 Mk., Rechtsschutz 229,10 Mk.; in bar erhielt die Hauptkasse 6306,03 Mk., in Summa 12 337 Mk. 08 Pf. sind an die Hauptkasse abgeliefert. Mitglieder hatten mit Quartalschluß 2831 männliche, 41 weibliche und 14 jugendliche männliche zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Alsdann gab Kollege Steinmüller den Bericht vom ersten Halbjahr. Redner führte an, daß das erste Halbjahr sich in aufsteigender Linie bewegte. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Angelegenheiten in 13 Sitzungen; ferner fanden 35 Sektionsitzungen und Betriebsbesprechungen statt und insgesamt 58 Versammlungen. Neuaufnahmen hatten wir 542, Uebertritte von andern Gewerkschaften 48 zu verzeichnen, ergibt eine Zunahme von 590 Mitgliedern. Da aber die Fluktuation in den Reihen der Transportarbeiter groß ist, so hatten wir wiederum einen Abgang von 392 Mitgliedern zu verzeichnen. Redner forderte die Anwesenden auf, mehr denn je mitzuarbeiten, um die gewonnenen Mitglieder zu halten. Postfächer waren 1405 zu erledigen und zwar gingen 444 ein und 961 aus. Groß war jedoch die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten. Mit Eröffnung der Schiffsahrt schwand auch allmählich die Arbeitslosigkeit. Wir hatten im ersten Halbjahr 893 Arbeitslose mit 31 344 Tagen, unterstützt wurden 824 Kollegen für 26 916 Tage mit 43 934,80 Mk. An Krankenunterstützung wurden 8282 Mk., an Reiseunterstützung an 13 Kollegen 26 Mk. ausgezahlt. An Lohnbewegungen hatten wir die der Sektion Hafenarbeiter, welche momentan noch nicht erledigt ist, da noch immer Streitigkeiten betreffs des Tarifs zu erledigen sind. Ferner ist es der Gruppe Kohlenarbeiter gelungen, einige Vergünstigungen zu erlangen. Die Sektion Transportarbeiter hatte eine Lohnbewegung mit dem Unternehmer Rud. Scheel u. Co. (Eisenlager), welche mit vollem Erfolge für die Kollegen endete. Weiter erhielten die Seelente eine Feuerzulage von 2 Mk. monatlich ab 1. März d. J., so daß Stettin jetzt mit den andern Ortschaften in der Feuer gleichsteht. Betreffs Gründung einer Zentralbibliothek machte Kollege Neumann eingehende Ausführungen; er teilte mit, daß die Ortsverwaltung sich bereits auf Grund eines Fragebogens, der vom Kartell zugestellt wurde, mit der Frage beschäftigt hat und zu dem Entschlusse gekommen ist, der Gründung einer Zentralbibliothek nur dann zuzustimmen, wenn den Gewerkschaften keine Kosten dadurch entstehen und solange eine abwartende Haltung einzunehmen, bis die Gründer derselben mit positiven Vorschlägen kommen. Die Versammlung stimmte dem zu. Weiter wurde der Kollege Robert Falkenberg, Sektion Transportarbeiter, an Stelle von Otto Linke, der infolge Wehrdienstes zurückgetreten ist, als Ortsverwaltungsmitglied bestätigt. Gegen den Kollegen Artur Gruchow soll auf Antrag der Sektion Transportarbeiter, weil er bei der Firma Stoewer Arbeitswilliger geprüft, das Ausschlußverfahren beim Hauptvorstand beantragt werden. Alsdann erstattete Kollege Hauptschild die Abrechnung vom gemeinsamen Sommerfest, welche mit einem Ueberschuß von 130,60 Mk. abschließt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wiesbaden. In unserer gut besuchten Mitgliederversammlung vom 12. August referierte der Gauleiter über das Thema: „Unser Verband und seine Erfolge im Jahre 1910.“ Redner schilderte in ausführlicher Weise den enormen Zuwachs der Mitglieder, und ist der Ansicht, daß wir eventuell mit dem Jahreschluß 1911 mit 200 000 organisierten Kollegen rechnen könnten. Alsdann wies Redner an der Hand von Zahlen nach, was im Jahre 1910 durch die Organisation den Kollegen an Mehrlohn und Arbeitszeitverkürzung errungen worden ist, und forderte die Kollegen auf, mehr wie bisher für ihre Organisation zu agitieren, daß auch hier in Wiesbaden Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, wie sie in anderen Städten bereits bestehen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Der Bevollmächtigte sprach den Wunsch aus, daß die Kollegen die Ausführungen des Referenten beherzigen und kräftig an der Agitation teilnehmen sollten. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, in Zukunft Branchen-Versammlungen abzuhalten und Agitationskommissionen wählen zu lassen, welche gemeinsam mit der Ortsverwaltung die Agitation betreiben sollen. Den Kartellbericht gab Kollege Mez. Er wies besonders auf die im Herbst stattfindenden Stadtverordneten- und Gewerbegerichtswahlen hin und machte darauf aufmerksam, daß es Ehrenpflicht eines jeden

Kollegen sei, bei den Wahlen seinen Mann zu stellen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Allgemeines.

Verpuffte Staatsaktion gegen Streikfänger!
Seit die Posenen Transportarbeiter sich organisiert und im März gestreikt haben, sind Polizei und Gerichte dabei, sich derselben in liebevoller Weise anzunehmen, indem sie mehrfach ziemlich hohe Strafen wegen Beschäftigung resp. Nötigung von Streikbrechergestanden verhängt haben. Im Juni d. J. wurde der Kollege Studzies zu einem Monat Gefängnis verurteilt wegen Anstiftung zur Nötigung, weil er einen streikpostenstehenden Kutscher veranlaßt haben sollte, daß er seinen Wagen der Expeditionsfirma Nadelmann vom Hofe fahren lassen sollte. Studzies legte Berufung ein und fand nun am 22. August Termin vor der 1. Strafkammer statt. Die Verhandlung endete mit der kostenlosen Freisprechung des Kollegen Studzies. Der Staatsanwalt selbst beantragte Freispruch.

In der Sitzung des Schöffengerichts im Juni, in der Kollege Studzies zu einem Monat verdonnert wurde, bemerkte der Vorsitzende Richter Ucker, daß Streikpostenstreiken überhaupt verboten werden müßte, und sprach seine Genugthuung darüber aus, daß es endlich mal gelungen sei, einen Anstifter zu solchen Streikereisen in der Person des Angeklagten Studzies zu belangen. Und nun, verehrtester Herr Amtsrichter, schlüpft dieser Anstifter aus den Fangarmen des Gesetzes, weil der damalige Zeuge es vor der Strafkammer nicht wagte, die Unwahrheit zu sagen, sondern wahrheitsgemäß aussagte, daß der Angeklagte Studzies ihn nicht zu der Tat angestiftet hätte. Unser Velleid, Herr Amtsrichter; diesmal müssen Sie sich schon trösten, wie Sie sich auch trösten mußten mit der Herabsetzung der Strafen der 5 Streikfänger, welche auch unter Ihrem Vorhitz zu Strafen von 4, 2 und 1 Monat verurteilt wurden und dann von der Strafkammer auf 3, 2 und 1 Woche Gefängnis kamen. — Bei uns heißt es: „Wange machen gilt nicht!“

Eine Staatsaktion wegen Uebertretung des famosen Reichsvereinsgesetzes! Unser Kollege Studzies in Posen erhielt neulich einen richterlichen Strafbefehl in der Höhe von 30 Mk. oder 6 Tage Haft, weil er in Obornit eine Transportarbeiterversammlung, 1. weil sie nach Annahme der Oborniter Polizei eine öffentliche sein sollte, und nicht 24 Stunden vorher, 2. weil in derselben polnisch referiert wurde und nicht dieserhalb dreimal 24 Stunden vorher angemeldet worden war. Kollege St. erhob Einspruch gegen diesen Strafbefehl und fand am 19. Juli Termin in dieser Sache vor dem Oborniter Schöffengericht statt. Die Aktion endete mit Freispruch; der Verteidiger Rechtsanwalt Mannheim aus Posen zerpflichtete in überzeugender Weise die Haltlosigkeit der Anklage, so daß der Staatsanwaltsvertreter, der Bürgermeister von Obornit, selbst für Freispruch plädierte, dem sich dann auch der Gerichtshof anschloß. Die Kosten trägt die Staatskasse, d. h. die Steuerzahler.

Es konnte weder eine öffentliche Versammlung mit Erörterung politischer Angelegenheiten, noch eine anmeldepflichtige Versammlung betr. den Sprachenparagrafen herausgedreht werden. Es wird bemerkt, daß der Denunziant ein fanatischer Anhänger des polnischen katholischen Arbeitervereins in Obornit ist, der in einer Versammlung dieses Klimbinvereins unseren Einladungszeitel vorgelesen hat, worauf gleich vom Geistlichen ein hochnotpeinliches Verbot angezettelt wurde, wer im Transportarbeiterverbande Mitglied ist und dem wurde Ausschluß aus dem Klimbinverein angedroht. Man sieht hier wieder einen polnischen Arbeiter gegen seine Arbeitskollegen im Dienste des Merkantilismus und des Kapitalismus! Glücklicherweise werden ja diese Kriechernaturen immer weniger, da die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auch in den schwärzesten Winkeln festen Fuß fassen.

Literarisches.

Nach dem Abschluß der Verhandlungen im Reichstag über die Reichs-Verfälschungsbekämpfung wird wohl eine größere Anzahl literarischer Erscheinungen über die neugestaltete Gesetzesmaterie angeboten werden.

Für die Arbeiter dürfte eine Broschüre von ganz besonderem Interesse sein, die bereits erschienen ist. In einer Stärke von 96 Seiten soll die Broschüre zu dem sehr billigen Preise von 30 Pf. pro Stück vertrieben werden.

Bekanntes Sozialpolitiker aus der Arbeiterschaft, die Arbeitersekretäre Gildenberg und Kleis zu Halle a. S., Müßlinger und Undeutich zu Magdeburg, sind die Verfasser dieser Broschüre; ihre Namen bürgen für den Wert des Inhalts des angekündigten Werkes. In einzelnen Abhandlungen werden die verschiedenen Versicherungszweige beleuchtet und ist besondere Sorgfalt auf die klar verständliche Darstellung der Rechtswege gelegt worden. Die Broschüre wird in allen Fragen der Arbeiterversicherung einen leicht verständlichen Ratgeber darstellen.

Bei Herausgabe der Broschüre wird von einer Gewinnerzielung abgesehen, daher erklärt sich der billige Verkaufspreis.

Soeben erschienen:
Protokoll der Verhandlungen des 8. Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 26. Juni bis 1. Juli 1911 in Dresden, und der 3. Konferenz der Arbeitersekretäre, abgehalten am 3. und 4. Juli 1911 in Dresden.

Die Schrift ist durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt 1 Mark pro Exemplar. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten das Protokoll zum Selbstkostenpreis von 25 Pfennig.

Das 28 Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Resorale und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben. Die Schrift verdient die weiteste Verbreitung.

Oliver Twist. Dieser Roman des berühmten Schriftstellers Charles Dickens findet bei den Lesern der Zeitschrift „In Freien Stunden“ allgemeines Interesse. Mit besonderer Spannung werden auch die Veröffentlichungen des russischen Revolutionärs Gregor Gerschumi verfolgt, der den Lesern ein Bild der entsetzlichen Qualen gibt, die die russischen Freiheitskämpfer in den Gefängnissen zu erdulden haben. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expediteure, Kolporteurs sowie die Postanstalten entgegen.

Briefkasten.

N. B. 16. 1. Der Sprechapparat nebst Zubehör bleibt Eigentum der Firma Wial u. Freund, bis die letzte Rate gezahlt ist, kann folglich durch einen dritten Gläubiger nicht gepfändet werden für Forderungen, die dieser an Sie hat.

2. Dadurch, daß Sie den Gerichtsvollzieher aufmerksam machten, daß der Apparat der Firma Wial u. Freund gehört und dieser von der erfolgten Pfändung Mitteilung machten, haben Sie Ihrer Pflicht genügt.

Voraussetzung ist allerdings, daß Sie der Firma Wial u. Freund auch Name und Adresse des Pfänders angegeben haben. Diese muß gegen die Pfändung Einspruch erheben, Freigabe des Pfandes absetzen verlangen und wenn dem nicht stattgegeben wird, Interventionsklage einreichen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Abhandlen gekommen sind die Mitgliedsbücher nachstehend aufgeführter Kollegen: In Berlin: Hermann Meißner, Spt.-Nr. 74 248, eingetr. 19. 5. 1911, Georg Schmidt, Spt.-Nr. 39 422, eingetr. 13. 6. 10, Otto Schröder, Spt.-Nr. 10 076, eingetr. 8. 3. 04, Karl Wilde, Spt.-Nr. 74 394, eingetr. 15. 5. 11. In Frankfurt a. M.: Heinrich Holy, Spt.-Nr. 171 131, eingetr. 25. 5. 11. Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzufenden.

Aus dem Verbandsausgeschieden wurden auf Grund des § 3, Abs. 7a und b des Verbandsstatuts nachstehend genannte Mitglieder: In Brandenburg: Karl Gauert, Spt.-Nr. 229 508, Ernst Schreiber, Spt.-Nr. 229 547; in Essen (Mhr): Heinrich Courz, Spt.-Nr. 241 334, Josef Heyer, Spt.-Nr. 241 069, Heinrich Kurfürst, Spt.-Nr. 241 134, Konrad Ulrich, Spt.-Nr. 241 389; in Stettin: Artur Gruchow, Spt.-Nr. 306504; in Nowawes: Michael Konieczny, Spt.-Nr. 284 026, Gustav Roschinsky, Spt.-Nr. 284 023, Wilhelm Majeski, Spt.-Nr. 284 006; in Weimar: Hermann Barthel, Spt.-Nr. 339 533, Robert Bauer, Spt.-Nr. 339 602, Julius Wank, Spt.-Nr. 339 595, Julius Wlaff, Spt.-Nr. 339 591, Ferdinand Wüchener, Spt.-Nr. 339 532, Hugo Focke, Spt.-Nr. 339 592, Friedrich Fuchs, Spt.-Nr. 339 608, Paul Fuchs, Spt.-Nr. 339 613, Walter Grobe, Spt.-Nr. 339 617, Wilhelm Gryan, Spt.-Nr. 339 582, Wilhelm Heinius, Spt.-Nr. 339 574, Friedrich Hool, Spt.-Nr. 339 571, Paul Luther, Spt.-Nr. 339 573, Rudolf Michael, Spt.-Nr. 339 599, Hermann Neubauer, Spt.-Nr. 339 594, Hermann Reichmuth, Spt.-Nr. 339 584, Franz Röder, Spt.-Nr. 339 598, Schmidt, Spt.-Nr. 339 539.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

F. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Käßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufenden.

Verantwortl. Redaktion: Karl Milchsahn, Sichtenberg, Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.

Verbandsfunktionäre!

Betriebsvertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmglieder, Distrikts-, Agitationskommissionsmitglieder und Obleute.

Am **Mittwoch**, den 20. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, in den „Rustkassalen“, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. (Thema und Referent werden in der nächsten Mitteilungsbeilage bekannt gegeben). 2. Geschäftliches.

NB. Die grüne Kontrollkarte ist als Legitimation mitzubringen und zwecks Abstempelung am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen.

Gleichzeitig ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Sonnabend, den 14. Oktober 1911:

Zur Feier des Stiftungs-Festes: Großer Kunst-Abend

in den Gesamträumen der **Brauerei Friedrichshain**, Am Königstor,

bestehend aus **Konzert, Gesang, künstlerische Aufführungen** etc. Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen, ebenso wird gebeten, nicht zu rauchen. — Da namhafte Künstler ihre Mitwirkung zugesagt haben und ganz besondere Veranstaltungen getroffen werden, wird Massenbesuch erwartet.

Entrée inkl. Programm und Tanz nur 50 Pfg.

Billets sind bei den Einkassierern, Vertrauensleuten, Zahlstellen und in den Büros der Sektionen zu haben.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: **August Werner**, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Engros-Konfektion!

Hausdiener und Packer aus der Damen-, Herren-, Pelz-, Kinder- und Blusen-Konfektion, Hü-, Mützen-, Putzledern-, künstliche Blumen-Branche!

Am **Montag**, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im **Arbeitsnachweisssaal**, Alte Leipzigerstr. 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Berichterstattung der Delegierten von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Kein Zutrittswang.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet das Erscheinen sämtlicher Berufs-Kollegen

Die Branchenleitung.

Textilbranche!

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Woll-, Baumwoll-, Teppich-, Manufaktur-, Weisswaren-, Wäsche- u. Dekatur-Branche!

Am **Donnerstag**, d. 7. September, abends 8 1/2 Uhr:

Gr. Branchenversammlung

im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthalerstr. 11-12.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Welche Schritte haben die Arbeiter zu unternehmen, um unvertretbarer Ausbeutungswillkür wirksam entgegenzutreten zu können? 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten von der örtlichen Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir richten das dringende Ersuchen an alle Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Kein Betrieb darf unvertretbar sein! Das Verbandsmitgliedsbuch muß am Eingang des Saales zur Kontrolle vorgelegt werden.

Die Branchenleitung.

Voranzeige

Textilbranche! Vertrauensleute!

Am **Mittwoch**, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr findet im **Arbeitsnachweisssaal**, Alte Leipzigerstr. 1. eine äußerst wichtige

Vertrauensmänner-Versammlung

statt. **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. Jeder Vertrauensmann der Branche muß anwesend sein.

Am **Samstag**, den 22. Oktober, abends 5 Uhr:

Geselliger Abend

verbunden mit **humoristischen Vorträgen** im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthalerstraße 11-12.

Am **Samstag**, d. 12. November, nachmittags 1 Uhr:

Besichtigung d. Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in **Charlottenburg**, **Fraunhoferstraße 11-12**, seitens unserer Branche.

Zu beiden Veranstaltungen erwarten wir eine recht rege Beteiligung sämtlicher Kollegen mit ihren Familien.

Die Branchenleitung.

Kollegen aus der Herren-, Damen-, und Uniformbranche, sowie alle in Ladengeschäften tätigen Hausdiener, Packer Radfahrer, und Jugendliche

Am **Mittwoch**, den 20. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, findet eine

Gr. öffentliche Versammlung

in den „**Arminhallen**“, Kommandantenstraße 57-59 (Großer Saal), statt.

Tages-Ordnung: 1. „Die Verschleppung der Sonntagsruhe in Groß-Berlin.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn. 2. Diskussion.

Kollegen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung. Bringt die Unorganisierten und pure Frauen mit.

NB. Die Branchenversammlung fällt wegen dieser Versammlung aus.

Die Branchenleitung.

Lederbranche!

Hausdiener und Packer aus obiger Branche werden ersucht, in der am **Donnerstag**, den 11. September 1911, abends 8 Uhr, im Lokal von **Nichter**, Klosterstr. 62, stattfindenden

Branchen-Versammlung

bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten von der General-Versammlung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Lebens- und Genussmittel-Branche.

Hausdiener, Packer und Radfahrer aus den Bäckereien, Konditoreien, Schlächtereien, Kolonialwaren-, Delikatess-, Fisch-, Wild-, Geflügel-, Obst-, Gemüse-, Schokoladen-, Zigarrogengeschäften usw.

Am **Mittwoch**, den 20. September, abends 8 Uhr:

Gr. öffentl. Versammlung

in den „**Arminhallen**“, Kommandantenstr. 58-59. **Tages-Ordnung:** „Die Verschleppung der Sonntagsruhe in Groß-Berlin.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn.

Kollegen! In dieser Versammlung soll Protest gegenüber der Polizeibehörde erhoben werden wegen der in den letzten Monaten eingeführten Taktik der Unternehmer unserer Branche. Zeigt durch vollzähliges Erscheinen, daß Ihr nicht gewillt seid, diese Willkür ohne weiteres hinzunehmen. Bringt die Unorganisierten mit.

Die Branchenleitung.

Holzindustrie!

Kollegen **Packer, Hausdiener, Kutscher** usw. aus **Tischlereien, Vergoldereien u. Möbelgeschäften** **Berlins und Umgegend!**

Am **Donnerstag**, d. 21. September, abends 8 Uhr:

Große Versammlung

im **Arbeitsnachweisssaal**, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Seitenflügel III.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Orts-Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Wir richten das dringende Ersuchen an alle Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Kein Betrieb darf unvertretbar sein! Das Verbandsmitgliedsbuch muß am Eingang des Saales zur Kontrolle vorgelegt werden.

Die Branchenleitung.

Hausdiener, Packer, Chauffeure, Fahrstuhlführer, Radfahrer und Jugendliche aus allen Betrieben.

Am **Mittwoch**, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „**Arminhallen**“, Kommandantenstr. 58-59:

Gr. öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: „Die Verschleppung der Sonntagsruhe in Groß-Berlin und die Antwort der Handels- und Gewerkschaften.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn.

NB. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Fahrstuhlführer und Portiers!

Am **Mittwoch**, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung.

im **Arbeitsnachweis**, Alte Leipzigerstr. 1.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Da die Tagesordnung eine sehr wichtige, erwarten wir einen starken Besuch. Ganz besonders werden die säumigen Kollegen gebeten, sich auch mal in der Versammlung sehen zu lassen. Es muß jeder Kollege einen Abend für die Organisation opfern können.

Gleichzeitig ersuchen wir die nichtorganisierten Kollegen und diejenigen, die anderen Organisationen angehören, ebenfalls zahlreich zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Verbandsmitglieder aller Branchen!

Wir weisen nochmals ausdrücklich darauf hin, daß der Betrieb

Heinrich Freese, Nieder-Schönhäusen,

Holzplaster- und Salouffefabrik,

wegen Nichtanerkennung des freien Koalitionsrechtes für Ihre Arbeiter, für jeden

frei organisierten Arbeiter als gesperrt zu betrachten ist.

Niemand wolle dort Beschäftigung annehmen.

Die Sektionsleitung.

Betriebsvertrauensleute und Mitglieder der einzelnen Branchenleitungen.

In letzterer Zeit sind vielfach Kollegen aus ihren Betrieben als Betriebsvertrauensleute ausgeschieden, ohne ihrer Branchenleitung, bezw. der Sektion II hiervon Mitteilung gemacht zu haben. Wir richten deshalb an alle unsere Funktionäre das dringende Ersuchen, beim Ausscheiden aus ihren Betrieben, sowie bei jeder Wohnungs- oder Branchenveränderung ihren Branchenleitern oder der unterzeichneten Sektionsleitung hiervon sofort Mitteilung zu machen. Die Mitteilung kann schriftlich am besten durch Postkarte erfolgen. Hierbei muß die Betriebsstätte sowie die Branchenzugehörigkeit, ob Kolktütscher, Geschäftsführer, Kellerarbeiter usw. mit angegeben werden.

Ferner bitten wir dringend, beim Ausschneiden aus dem Anzeiger als Verbandsfunktionär um sofortige Rückgabe der grünen Legitimationskarte. Alle dergleichen Meldungen sind im Zimmer 33, Engelauer 15, abzugeben.

Die Sektionsleitung. J. A.: Albert Uthke.

Leitergerüstbauer, Platzarbeiter u. Kutscher.

Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 10. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, statt.

Tagesordnung: Berichterstattung von der örtlichen Generalversammlung, Diskussion; Geschäftliches.

Beitragsmarken für die Unfallunterstützungskasse sind in dieser Versammlung zu haben, ferner bei Goldmann, Engelauer 12, und bei Jul. Reibnitz, Tempelhofer Berg, im Lokal.

Die Branchenleitung.

Branche der Keller- u. Mineralwasserarbeiter und Kutscher.

Im Monat September finden folgende Bezirksversammlungen statt:

Bezirk Centrum am Sonnabend, den 9. September, abends 7 Uhr bei Freitag, Krausenstr. 76.

Bezirk Osten am Sonnabend, den 9. September, abends 7 Uhr bei Hüner, Grüner Weg 72.

Bezirk Wedding am Sonnabend, den 9. September, abends 7 Uhr bei Buchholz, Gartenstraße 81.

Bezirk Südwesten am Sonnabend, den 9. September, abends 7 Uhr bei Schünemann, Alte Jakobstr. 144.

Bezirk Moabit am Sonnabend, den 9. September, abends 7 Uhr bei Ventuhn, Wilhelmshavenerstr. 9.

Bezirk Norden am Dienstag, den 12. September, abends 7 Uhr bei Böhl, Voltastr. 43.

Bezirk Nordosten am Dienstag, den 9. September, abends 7 Uhr bei Nison, Landsberger Allee 14.

Bezirk Landsberger Tor am Dienstag, den 12. September, abends 7 Uhr bei Haseloff, Landsbergerstr. 8.

Bezirk Oranienburger Tor am Dienstag, den 12. September, abends 7 Uhr bei Rüdterlein, Vorjägerstr. 13.

Bezirk Lichtenberg-Rummelsburg am Dienstag, den 12. Sept., abends 7 Uhr bei Krüger, Türschmidtstr. 40.

Bezirk Westen am Donnerstag, den 14. September, abends 7 Uhr bei Freitag, Krausenstr. 76.

Bezirk Kottbuscher Tor am Donnerstag, den 14. September, abends 7 Uhr bei Döring, Gräfelstr. 92.

Bezirk Südosten am Donnerstag, den 14. September, abends 7 Uhr bei Dieckhöfer, Eisenbahnstr. 15.

Bezirk Niddorf am Sonnabend, den 16. September, abends 8 Uhr bei Scholz, Bobbinstr. 58.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Die Agitation in den Betrieben. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Es gilt, die Zeit vor der Reichstagswahl noch zu eifriger Gewerkschaftsarbeit auszunutzen; erscheint daher Mann für Mann in diesen Versammlungen und bringt die unorganisierten Kollegen mit.

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften, wie den Mineralwasser- u. Essigfabriken Berlins u. Umg.

Am Mittwoch, den 20. September 1911, abends 7 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweisbüro, Alte Leipzigerstr. 1:

Große Branchen-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht von der örtl. Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches, Aufnahme neuer Mitglieder und Abterapung der Kontrollkarten.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist das Erscheinen aller unbedingt erforderlich. Die der modernen Arbeiterbewegung noch fernstehenden Kollegen sind uns als Gäste willkommen. Erscheint in Massen!

Die Branchenleitung. J. A.: Friedrich Volgt.

Mitglieder aus sämtl. Brauereien Gross-Berlins.

Am Donnerstag, den 14. September, abends 8 Uhr, Musterverfälen, C. Kaiser Wilhelmstr. 18 m

Mitglieder-Versammlung

aller in den Brauereien tätigen, dem Parteil angehörenden Organisationen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die mit den Brauereien und den Zentral-Vorständen gehaltenen Verhandlungen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertreters in das Einigungsamt. 4. Geschäftliches.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Die Bezirksleitung.

Rollkutscher, Begleiter, Stalleute und Bodenarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins!

Sonntag, den 10. September, vormittags 10 Uhr

Große Versammlung

bei Anton Böter, Weberstraße 17.

Tagesordnung: 1. Bericht von der örtlichen Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, vollständig in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzuzeigen! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Wer mit seinen Beiträgen länger als acht Wochen rückständig ist, hat ebenfalls keinen Zutritt. Niemand darf fehlen!

Die Bezirksleitung. J. A.: Fritz Werner.

Vertrauensleute aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Gross-Berlin.

Am Sonntag, den 3. September 1911, nachmittags 4 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelauer 14/15, Saal 3

Sitzung sämtlicher Vertrauensmänner der oben genannten Branche.

Tages-Ordnung: I. Der Ausbau der Branche der Bau- und Arbeitskutscher. Referent Kollege Otto Franke. II. Diskussion. III. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Kollegen! In dieser Sitzung muß jeder Betrieb der Bau- und Arbeitskutscher-Branche durch Vertrauensleute vertreten sein.

Das Verbandsbuch gilt als Legitimation. Jede Bezirksleitung hat zu dieser Sitzung eine Vertretung zu entsenden.

Die Branchenleitung.

Kollegen Kutscher, Mitfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Lichtenberg, Boxhagen-Rummelsburg und einem Teil des Ostens von Berlin.

Am Montag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von J. Ertel, Lichtenberg, Pfarr-Str. 74,

Bezirks-Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: I. Ein Rückblick auf unsere Lohnbewegung, und wie werden die Vereinbarungen gehalten? Referent Kollege Otto Franke. II. Diskussion. III. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Wir erwarten, daß alle Kollegen der oben genannten Branche und des Bezirks wie immer, so auch diesmal, Mann für Mann in dieser Versammlung erscheinen mit ihren Frauen.

Ganz besonders sind die Kollegen von den Firmen Albert Hinge, Wilhelm Rood und Robert Rost zu dieser Versammlung eingeladen.

Auch sind die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen freundlichst eingeladen.

Die Branchenleitung.

Kollegen aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben der Firmen M. Baer, K. Meissner, M. Neumann und H. Zimmermann.

Am Dienstag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale M. Pickenhagen, Lysnar-Str. 24, Ecke Nord-Ufer eine

Versammlung

statt. Tages-Ordnung: I. Warum muß ein jeder Bau- und Arbeitskutscher organisiert sein? Referent Kollege Otto Franke. II. Diskussion. III. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Sorgt alle dafür, daß auch die Kollegen der nicht genannten Betriebe in dieser Versammlung erscheinen.

Die Branchenleitung.

Kollegen Kutscher, Mitfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben Gross-Berlins.

Am Sonntag, den 17. September, nachmittags 4 1/2 Uhr im Englischen Garten, Alexander Str. 27 c, Unterer Saal

Branchen-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: I. Die Entwicklung zum Industrie-Verband und den Wert eines solchen! Referent Kollege August Werner. II. Diskussion. III. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann mit Euren Frauen in dieser Versammlung, denn durch starken Versammlungserfolg ist das Zeichen gegeben, daß wir mit unseren so schlechten Lohn und Arbeitsbedingungen nicht mehr zufrieden sind. „Einigkeit macht stark.“

Die Branchenleitung.

Bezirk Adlershof.

Mitglieder sämtlicher Branchen.

Am Sonnabend, den 9. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Otto Ziege, Adlershof, Kronprinzeng-Str. 20, eine

Bezirks-Versammlung mit Frauen

statt. Tages-Ordnung: I. Die Lebenshaltung des deutschen Proletariats! Referent Kollege Otto Franke. II. Diskussion. III. Verbandsangelegenheiten.

Wir erwarten, daß alle Kollegen mit ihren Frauen des oben genannten Bezirks zu dieser Versammlung erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Oberschöneweide.

Kollegen Kutscher, Mitfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Oberschöneweide und angrenzenden Ortschaften.

Am Montag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Schäffler, Oberschöneweide, Siemens-Str. 28

Bezirks-Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen Otto Franke über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche und wie können wir dieselben verbessern.“ II. Diskussion. III. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Wir erwarten von Euch, daß Mann für Mann in dieser Versammlung anwesend ist.

Die Branchenleitung.

Tempelhof-Mariendorf.

Kutscher, Mitfahrer, Stalleute und Arbeiter aus den Bau- und Arbeits-Fuhrwerksbetrieben von Tempelhof, Mariendorf und angrenzenden Ortschaften.

Am Dienstag, den 12. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Albert Thiel, Tempelhof, Berlinerstraße 41-42

Bezirks-Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Welche Bedeutung hat der Deutsche Transportarbeiter-Verband? Referent Kollege Otto Franke. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Branchenleitung.

Jugend-Abteilung.

Am Sonntag, den 10. September, unternimmt die Jugendsektion einen

Ausflug nach Pichelswerder zum „Alten Freund“.

Die jugendlichen Teilnehmer treffen sich um 1/8 Uhr morgens an folgenden Punkten:

Moabit: Stromstraße, Ecke Turmstraße. Wedding: Malplaquetstraße, Ecke Nazarethkirchstraße. Gesundbrunnen I: Badstr., Ecke Hochstr. Gesundbrunnen II: Bernauer-, Ecke Brunnenstraße. Schönhauser Vorstadt I: Ringbahnhof Schönhauser Allee. Schönhauser Vorstadt II: Danzigerstraße, Ecke Bappel-Allee (Normaluhr). Prenzlauer Vorstadt: Danzigerstraße, Ecke Prenzlauer Allee. Osten: Wartenplatz (Normaluhr), Küstner Platz (Normaluhr). Süd-Osten: Mariannenplatz (Denkmal). Süd-Westen: Belle-Alliance, Ecke Gneisenaustraße. Centrum: Alexanderplatz (Berolina). Lichtenberg: Ringbahnhof Frankfurter Allee. Niddorf: Ringbahnhof Hermannstraße und Bergstraße, Ecke Berliner Straße (Denkmal). Pankow: Berliner Straße, Ecke Florastraße. Schönberg: Hauptstraße (Kaiser Wilhelmplatz). Weiskensee: Antonplatz.

Von 12 Uhr an treffen die Abteilungen in Pichelswerder ein.

Nachmittags: Waldspiele mit Überraschungen!

Wiederbuch mitbringen!

Zahlreiche Beteiligung der jugendlichen Transportarbeiter erwartet

Die Sektionsleitung.

Sektion IV.

Kraftdroschenführer.

Bezirks-Versammlungen

finden statt:

Bezirk Schönhauser Vorstadt. Am Montag, den 4. September, abends 7 Uhr, im Genossenschafts-Wirtshaus, Stargarderstr. 3.

Bezirk Wedding. Am Mittwoch, den 6. September, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale von Stazerowst, Rauenstr. 6.

Bezirk Niddorf. Am Dienstag, den 19. September, abends 7 Uhr, im Lokale von Schünemann, Weichsel- Ecke Donaustraße.

Bezirk Schönberg-Friedenau. Am Donnerstag, den 7. September, abends 8 Uhr, im Lokale von Obst, Martin Lutherstr. 51.

Tages-Ordnung in allen Bezirken: 1. Vortrag. 2. Geschäftliches. 3. Diskussion und Verschiedenes.

Die Bezirksleiter.

Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherrn, Kutscher und verw. Berufsgenossen „Eintracht“ (E. N. Nr. 86) zu Berlin.

Außerordentliche General-Versammlung

am Donnerstag, den 7. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 57, stattfindet, zu welcher sämtliche Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tages-Ordnung: 1. Anträge auf Aenderung der §§ 2, 3, 9 und 37 des Statutes. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

J. A.: J. Suhr, 2. Rendant.

Berliner Lokales.

Berlora am Sonntag, den 30. Juli, abends, auf dem Wege von Halensee nach Unter den Linden, ein Droschenkutschermantel. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben bei Gaebler, Marienburgerstr. 29, abzugeben.

Sektion V.

Industriearbeiter.

Transportarbeiter der A. E. G., Brunnenstr. und Voltastraße.

Am Donnerstag, den 7. September 1911, abends 7 Uhr, bei Kramer, Duffenstr. 40:

Betriebsversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die letzten Vorgänge im Betriebe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung. Keiner darf fehlen!

Die Vertrauensleute.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Nettig, Berlin.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.